

Zeitschrift: Das Konzept : die Monatszeitung
Herausgeber: Verband der Schweizerischen Studentenschaften VSS
Band: 3 (1974)
Heft: 6

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

konzept

Auflage 37 000 Preis Fr. 1.20

Redaktion: Pierre Freimüller, Ruedi Küng, Rolf Nef, Beat Schweingruber

Redaktions- und Verlagsadresse: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Telefon 0 (01) 47 75 30

Abonnemente: Jahresabonnement Inland Fr. 12.—, Ausland Fr. 14.— Bestellungen beim Verlag

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, 8023 Zürich, Tel. 0 (01) 47 34 00

Streik im Frack
Bemerkungen zum «Scheitern» der Bundesanleihe Seite 3

Fremdarbeiterpolitik
Ist die KAB-Initiative eine brauchbare Alternative? Seite 3

Studienplätze gegen Geld?
Sollen die Nichthochschulantone zur Kasse gebeten werden? Seite 5

Aus der Werkstatt geschrieben
Arbeiterliteratur in der Schweiz Seite 7

Stellung der Frau in der Schweiz
Doppelrolle, «Minderwertigkeit» und «Andersartigkeit», Protest Seite 9

Buchhinweise
Rosinen aus der Flut der Neuerscheinungen Seite 10

Shopping-Center-Geschwür
Wer steht dahinter? Wer profitiert? Seite 11

Reichtumssteuer
Konzertierte Aktion der Superreichen Seite 13

Alexander Solschenizyns «heiles Innenleben»

Von Walter Matthias Diggelmann

Am 31. Mai dieses Jahres wurde Alexander Solschenizyn – Schriftsteller russischer Provenienz, westeuropäischer Nobelpreisträger, Offizier A. D., derer Roten Armee, Antikommunist, prominentester Gastarbeiter der Schweiz, seit Jahrzehnten einziger politischer Flüchtling, der vom ostschweizerischen katholischen Bundesrat Furgler die einmalige Bewilligung bekommen hat, sich als politischer Flüchtling politisch zu äussern, und zwar ausschliesslich antikomunistisch – in Zürich von eindeutig rechtsgerichteten italienischen Journalisten den Preis des «Goldenen Klichs» überreicht.

Solschenizyn, Millionär in westlicher Währung, Bewohner des Mittelstandviertels Zürich 6, begrüsst bei seiner Ankunft durch den Vorstand des Schweizerischen Schriftstellerverbandes, der bis Frühjahr 1974 präsidiert wurde von einem Psychiater, der einen hochdotierten Posten bei der Basler Chemie innehatte, dem PEN-Präsidenten sein durfte (oder gerade deswegen?), neuerdings präsidiert wird durch den «Ex-Stalinisten» Alfred A. Häslar, ständiger Mitarbeiter der bedeutenden Tageszeitung «Die Tat», deren bedeutender Chefredaktor Jaekle noch heute im Verdacht steht, ein «Blut- und Boden-Nazi» gewesen zu sein, bedankte sich für die Ueberrundung des «Klichs-Preises» mit den Worten (zitiert nach der NZZ, deutsch von Ilma Rakusa): «An Anbetracht der Tatsache, dass dieser Preis bereits im elften Jahr vom Italienischen Journalistenverband vergeben wird und heute nun mir zufällt (Zufall? der Verf.), weiss ich mich nicht nur zur Dankbarkeit verpflichtet, sondern hege auch einen gewissen Stolz darüber, unter meinen Vorgängern so würdige und tapfere Menschen zu finden, wie es die Prager Jugend von 1968 war.»

Konrater Konrad Adenauers (westdeutscher Chef vom Dienst bzw. Feldmarschall im kalten Krieg), steht dieser Fred Luchsinger, hat den Alexander Solschenizyn kürzlich auch in einem Leitartikel bemüht. A. S. macht es diesen wohlgezogen und gutgekleideten Burschen einfach: «Emotional gefärbte Klischees führen uns eher auf Irrwege, als dass sie uns Einsicht in die Lage der heutigen Welt gewähren.»

Herr Solschenizyn, wohlbestellter Hojnar des Westens (er hat bloss noch nicht gemerkt, welche Rolle man ihm gegeben hat, und dass Heinrich Böll darauf hereingefallen ist, ändert ja nichts an der grossartigen Verlogenheit...), dieser A. S. quatscht also ernstlich von unserem heilen Innenleben. Aber er sagt nicht etwa nicht, nein, er spricht von «wir». (Wo bleibt da James Schwarzenbach?)

A. S. verbreitet sich auch über das 14. und das 16. Jahrhundert. Das waren für ihn «heile» Jahrhunderte. Von päpstlicher Inquisition hat A. S. nie etwas gehört, nichts von den Bauernkriegen, nichts von Repressionen, wie sie nicht einmal der Stalinismus produzieren konnte. Historisches Bewusstsein, Wissen überhaupt, geht A. S. total ab. Ironie des Schicksals: Solschenizyns Rechtsanwalt Dr. Fritz Heeb ist auch ein Ex-Stalinist. Und Mailand und Brescia hat A. S. wohl völlig vergessen. Von Guernica gar nicht zu reden. Auch nicht von der Schlacht um Stalingrad... Ich will folgendes unmissverständlich sagen: Es gibt, Herr A. S., glaubwürdigere Literatur als die Ihre! Wenn schweizerische Autoren gleich Ihnen und Sacharow wöchentlich der «Prawda» Interviews, die gegen ihre Heimat gerichtet sind, geben würden, würden sie auch ausgebürgert. Auch wir Schweizer haben Schriftsteller ausgebürgert, zum Beispiel Jakob Schaffner, und unsere antisemitische Flüchtlingspolitik während des Zweiten Weltkrieges war kein Drecks besser als die Judenpolitik Ihres Landes. Sie haben bei uns durch Ihre antisowjetischen Schriften Millionen verdient. Nutzen Sie diese Millionen und schreiben Sie nun den Roman über unsere Arbeiter, über unsere Kranken, über unsere Alten!

«Ist denn wirklich der Mensch das höchste Wesen, gibt es nicht ein höheres geistiges Prinzip?» So fragt A. S. in seiner Dankesrede. Dazu kann ich nur eine Antwort geben: «Bei uns, Herr Nobelpreisträger A. S., können Sie sicher sein, dass der Mensch nicht das höchste Wesen ist. Als «geistiges Prinzip» haben wir in der Schweiz einerseits den Freisinn, andererseits die «Neue Zürcher Zeitung» und den bärtigen lieben Gott eingesetzt (bärtig wie Sie).

«konzept»-Gespräch mit LdU-Nationalrat Franz Jäger:

Sozialer Liberalismus: «Möglichst viel Freiheit für alle»

Das parteipolitische Spektrum ist in Bewegung geraten – zumindest an der Basis. Am Luzerner Parteitag der SPS verpflichteten die Delegierten den Parteivorstand in Sachen Bodenrecht auf eine konsequenter linke Linie. Die Tendenz zur Profilierung nach links innerhalb der SPS hat sich damit einmal mehr bestätigt. Die aktive Basis des Landesrings und deren enga-

gierte Vertreter im Parteivorstand versuchen die «Bewegung» Duttweilers in eine sozialliberale Grundsatzpartei, in eine Partei der sozialen Mitte umzuformen. Im folgenden Gespräch mit Nationalrat Franz Jäger sollen einige Aspekte dieser ideologischen Offensive des Landesrings in Richtung sozialen Liberalismus etwas näher betrachtet werden. Rolf Nef

konzept: In welchen Punkten unterscheidet sich der soziale Liberalismus, auf dessen Grundlage die neuen Grundsätze und Richtlinien des Landesrings ausgearbeitet worden sind, vom Liberalismus klassischer Prägung?

Jäger: Der Liberalismus im herkömmlichen Sinn legt das Schwergewicht auf die individuelle Entfaltungsmöglichkeit, auf den individualistischen Freiheitsbegriff. Der Liberalismus soll hier vor allem dem Wohl des einzelnen zugute kommen. Das sind Grundgedanken, die m. E. zu gewissen Fehlentwicklungen geführt haben, indem durch diesen rein individualistisch verstandenen Freiheitsbegriff Privilegien und Machtkonzentrationen entstanden sind – Anhäufung von Macht z. B. durch Verfügung über Produktionsfaktoren in wenigen Händen. Diese Privilegien und Machtkonzentrationen äussern sich auch in grossen Einkommens- und Vermögensunterschieden, in Klassengegensätzen.

Zusammenfassend kann man sagen, dass der Altliberalismus durch die Betonung des individualistischen Freiheitsbegriffs zu einem Liberalismus für Privilegierte, zur Rechtfertigung der Freiheit weniger auf Kosten der Freiheit anderer geworden ist.

Der Liberalismus moderner Prägung geht zurück auf die altersursprüngliche Vorstellung von Liberalismus, die sich im Satz von John Stuart Mills zusammenfassen lässt: das grösste Glück der grössten Zahl. Das heisst also nicht eine Maximierung der Freiheit des einzelnen, sondern möglichst viel Freiheit, möglichst viel Selbstentfaltung für alle.

Bedürfnisse der Gemeinschaft als Grenzen

k. In einem der «Grundsätze» wird darauf hingewiesen, dass die Freiheit des einzelnen ihre Grenzen nicht nur an der Freiheit des anderen, sondern auch an den «Bedürfnissen der Gemeinschaft» finde. Wie sind diese «Bedürfnisse der Gemeinschaft» zu bestimmen? Wer soll sie bestimmen? Ist es heute nicht so, dass wenige Privilegierte und Mächtige ihre Bedürfnisse als diejenigen der Gemeinschaft «verkaufen» können?

J. Der modern konzipierte Liberalismus wird sicher nicht ohne gewisse gesellschaftspolitische Veränderungen verwirklicht werden können, denn die Bedürfnisse der Gemeinschaft müssen auf demokratische Art und Weise fixiert werden. Ich möchte mich hier nicht einfach mit dem Schlagwort von «De-

abhängigen, wie ist es dann überhaupt möglich, auf liberalem Weg – also ohne die z. B. von der Linken geforderte grundlegende Systemveränderung (Aufhebung des Gegensatzes Produktionsmittelbesitzer Lohnabhängiger usw.) – reale gesellschaftliche und wirtschaftliche Gleichheit zu schaffen?

J. Ich glaube ja. Nach der neoliberalen Konzeption ist diese Erweiterung der Chancengleichheit seiner möglich. Ein Ausbau der Chancengleichheit setzt voraus, dass die Mitbestimmungsmöglichkeiten in allen Bereichen ausgedehnt werden. Dieses Postulat steht natürlich dem Altliberalismus diametral entgegen.

k. Grundsätzliche Veränderungen würde also heissen: Vergrösserung der Partizipationsmöglichkeiten der Bevölkerung in allen Bereichen?

J. Sicher. Ich möchte noch hinzufügen, dass ich unter Chancengleichheit nicht unbedingt eine exakt gleiche Verteilung verstehe. Chancengleichheit im Bildungswesen z. B. bedeutet für mich nicht unbedingt, dass im Idealfall jeder an der Hochschule studieren soll. Sondern Chancengleichheit bedeutet m. E., dass jeder die gleichen Ausgangschancen haben soll. Dies ist ja heute bei uns nicht der Fall – und zwar weniger aus finanziellen als aus milieubedingten Gründen. Im Endeffekt sollte es so sein, dass jeder entsprechend seinen Neigungen und seinen Fähigkeiten den Bildungsweg beschreiben kann, der ihm persönlich am ehesten entspricht.

J. Chancengleichheit bedeutet m. E., dass jeder die gleichen Ausgangschancen haben soll. Dies ist ja heute bei uns nicht der Fall – und zwar weniger aus finanziellen als aus milieubedingten Gründen. Im Endeffekt sollte es so sein, dass jeder entsprechend seinen Neigungen und seinen Fähigkeiten den Bildungsweg beschreiben kann, der ihm persönlich am ehesten entspricht.

k. Was aber heisst nun konkret «Chancengleichheit» im wirtschaftlichen Bereich?

J. Chancengleichheit heisst hier zum einen Verbesserung der sozialen Mobilität. Gewiss besteht in der Schweiz schon heute eine recht grosse soziale Mobilität; diese muss aber weiter verbessert werden.

Zum anderen gibt es eine echte Chancengleichheit im wirtschaftlichen Bereich nicht ohne Partizipation. In diesem Sinn besteht Chancengleichheit heute sicher nicht. Im weitern ist die Tatsache zu berücksichtigen, dass heute die Inflation die verschiedenen sozialen Personengruppen in unterschiedlichem Ausmass trifft. Ein Beispiel: Die Inflation begünstigt den Schuldner und schädigt den Gläubiger. Es ist ganz klar, dass die Inflation den Schwächeren mehr trifft als den Starken. Dies gilt auch regional. Hier liegt also noch eine Chancengleichheit nach sozialen Gruppen verborgen. Soll also Chancengleichheit realisiert werden, so ist unter anderem auch ein konsequenter Kampf gegen die Inflation zu führen.

k. Der soziale Liberalismus versucht, «herkömmliche liberale und sozialistische Vorstellungen miteinander zu ver-



Landesring-Parteitag in Bern: «Ordnung in Freiheit soll Mass unserer Politik sein. Im Interesse kommender Generationen haben wir das quantitative Wirtschaftswachstum einzuschränken, schädliche Entwicklungen zu unterbinden und allen Bürgern gleiche Chancen und soziales Wohlergehen zu gewährleisten.»

söhnen». Wie soll diese Versöhnung vor sich gehen?

J. Dies ist natürlich eine Frage des Standorts. Sie werden diesem Grundsatz nicht zustimmen, wenn Sie auf der linken oder auf der rechten Seite stehen. Es handelt sich hier um den Versuch – sehr vau ich gebe das doch aus zu – eine Position der Mitte zu suchen. Wenn wir postulieren, dass wir aus einer Position der sozialen und liberalen Mitte heraus unsere politischen Anliegen formulieren, so ist das in erster Linie eine ideologische Fixierung unseres Standpunkts. Eine solche Position der sozialen und liberalen Mitte liegt in der heutigen politischen Realität, in der gegenwärtigen schwererischen politischen Landschaft links von der Mitte.

Zum einen rücken wir allein dadurch, dass wir den Liberalismus neu definieren – möglichst viel Wohlstand, möglichst viel Selbstentfaltung für möglichst viele – den Liberalismus der Sozialen dem Sozialismus näher. Zum ändern halten wir daran fest, dass auch die Freiheit des einzelnen, die individuellen Freiheitsrechte gewahrt bleiben müssen. Wir machen also den Vorbehalt gegenüber den Sozialisten dort, wo die Sozialisierung freifeindschaftlich wird.

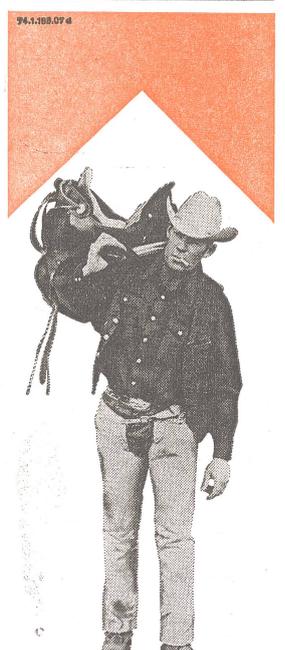
k. Im Zusammenhang mit der Versöhnung von liberalen und sozialistischen Vorstellungen wird auch von der echten Verantwortung von Kapital und Boden gegenüber der Gemeinschaft gesprochen. In der Vernehmung zum Mitbestimmungsartikel erklärt sich der Landesring der Idee des «sozialen Kapitals» verpflichtet. Was verstehen Sie unter echter Verantwortung von Kapital und Boden und unter «sozialem Kapital»?

J. Angesprochen ist hier die Sozialpflichtigkeit von Kapital und Boden. Diese Sozialpflichtigkeit ist in unserem Staat zu wenig klar normiert. Alles spricht von Sozialpflichtigkeit – sogar die Freisinnige Partei. Im Bereich der konkreten Aktionen sieht es dann freilich häufig ganz anders aus. In dieser Richtung sind nun sicher gesellschaftsrechtliche Reformen notwendig. Wir sehen hier – das mag mit unserer Tradition in Verbindung stehen – das Schwergewicht im gesellschaftsrechtlichen Bereich, d. h. vor allem bei der genossenschaftlichen Idee. Wir glauben, dass die genossenschaftliche Idee – übrigens eine urliberale Idee – die soziale Verpflichtung des Kapitals am Besten gewährleisten kann. In diesem Zusammenhang ist auch

die Mitbestimmung von Bedeutung: Im Moment, wo die Mitbestimmungsmöglichkeiten ausgedehnt werden, verstärkt sich natürlich die Sozialpflichtigkeit des Kapitals.

k. Fördern nicht auch die Jungliberalen – z. B. die freisinnigen Jungtürken – eine Verstärkung der Sozialpflichtigkeit des Kapitals in dieser Richtung?

J. Mein Eindruck geht genau in die andere Richtung. Ich bin der Meinung,



Mariboro
Freiheit und Abenteuer

das die Jungliberalen, die Jungtirkler im Freisinn, eher eine rückwärtsgerichtet oder - wenn ich so sagen darf - reaktionäre Profilierung besitzen. Sie möchten den rein individualistischen Liberalismusbegriff und das gefährliche Prinzip der überhöhten Selbstverantwortung wieder in den Vordergrund stellen. Unter einem radikalen Liberalismus verstehen diese Kreise wieder mehr den Liberalismus, wo jeder möglichst viel Freiheit für sich selbst beanspruchen kann. Sozial- und Wohlfahrtsstaat werden unter dieser Perspektive «freihandelsfeindlich», es droht die «Schwedisierung» usw. Selbstverständlich gibt es auch bei den Jungliberalen eine eher linke Tendenz.

Dominant scheint mir jedoch - ganz deutlich hier in St. Gallen - die Absetzung nach rechts zu sein. Die Jungliberalen nehmen denn auch unser Programm am meisten unter Beschuss. Sie werfen uns vor, wir propagierten einen verwässerten Liberalismus, einen Liberalismus, der letzten Endes im Sozialismus enden werde. In diesem Sinn möchte ich ganz klar unterscheiden haben zwischen der ideologischen Profilierung des Landesrings und der der Jungfreisinnigen.

Freiheitliche Wirtschaftsordnung als Prinzip

k. Im Entwurf zu Thesen über «umweltgerechten Wirtschaften» bekennt sich der Landesring zu einer «freiheitlichen Wirtschaftsordnung», da nur eine derartige Wirtschaftsordnung imstande sei, einerseits ausreichend Güter und Dienstleistungen bereitzustellen und andererseits möglichst viel

Selbstentfaltung für alle Menschen zu sichert. Was heisst «freiheitliche Wirtschaftsordnung»?

j. Wenn wir von einer «freiheitlichen Wirtschaftsordnung» sprechen, meinen wir eine möglichst pluralistische, partizipative Wirtschaftsordnung. In diesem Zusammenhang ist unter «freiheitlicher Wirtschaftsordnung» etwas ganz anderes als beispielsweise der Freisinn der beispielsweise die Mitbestimmung auf Unternehmensebene ausschliessen will. Wir schliessen die Mitbestimmung auf dieser Ebene nicht nur nicht aus, sondern postulieren sie sogar - freilich in einer «vernünftigen» Form. Wenn wir die Mitbestimmung auf Unternehmensebene vorsehen, ist dies durch die Zerstückelung der Machtkonzentration an, Zerstückelung der Macht - ein altes liberales Postulat - hat auch in der Wirtschaft, nicht nur im Staat zu gelten. Dadurch wird ein gewisser Pluralisierungseffekt ausgelöst.

Eine «freiheitliche» Wirtschaftsordnung muss letzten Endes an ihrem Erfolg gemessen werden, d. h. an der durch sie hervorgebrachten Wohlstandsverbesserung für alle, an der sozialen und gerechteren Verteilung von Vermögen, Einkommen und Macht. Unter diesem Aspekt sind natürlich erhebliche Korrekturen am althergebrachten Freiheitsbegriff anzubringen. Eine freiheitliche Wirtschaft, die an ihren Erfolgen gemessen wird, muss bereit sein, in gewissen Bereichen und Situationen Beschränkungen auf sich zu nehmen. Sie muss in gewissen Situationen gelenkt werden.

Ich denke da vor allem an die Auseinandersetzungen um den Konjunkturartikel. Hier hat sich der Landesring

praktisch als einzige Gruppe klar und deutlich herausgestellt, dass neben den «klassischen» sogenannten marktkonformen Massnahmen eben auch nichtklassische Massnahmen akzeptiert werden müssen. Solche nichtklassischen Lenkungsmaßnahmen dürfen dabei nicht die Schwachen, die schon jetzt Benachteiligten treffen. Dies kann man am Problem der Einkommenspolitik darlegen: Neben einer durchgehenden Preisüberwachung muss in gewissen Situationen auch die Preiskontrolle eingeführt werden können. Eine direkte Gewinnkontrolle ist unter den heutigen Umständen nicht möglich. Im Zusammenhang mit der Lohnkontrolle, z. B. einer modifizierten Indexierung der Löhne, stellt sich die Frage, ob dadurch nicht die Tarifautonomie tangiert wird und vor allem ob wieder die sozial Schwachen darunter zu leiden haben.

Problematische Lohnkontrolle

k. Die Gewerkschaften lehnen ja bekanntlich die Einkommenspolitik, vor allem die Lohnkontrolle, mit Entschiedenheit ab, unter anderem mit dem Argument, dass, wenn es um die Gewerkschaften geht, die Lohnkontrolle unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen nicht realisiert werden könne, eine staatlich gelenkte Einkommenspolitik nur zur Zementierung der ungleichen Machtverhältnisse beitrage. Wie kann verhindert werden, dass eine primär aus konjunkturellen Gründen betriebene Einkommenspolitik die Macht der Lohnabhängigen schwächt?

j. Noch eine Bemerkung zu Ihrer vorherigen Frage: eine strikte Preiskontrolle ist natürlich implizit auch Gewinnkontrolle. Nun zu Ihrer Frage: Indem man eine isolierte Lohnpolitik zum Vorneherein ausschliesst. Einer «Lohnkontrolle» könnte ich nur dann zustimmen, wenn sie erstens im sozialpartnerschaftlichen Einvernehmen erfolgen und zweitens mit dem sogenannten investivlohn gekoppelt würde. Der Lohnabhängige darf auf keinen Fall in seinem berechtigten Kampf um den gerechten Anteil am Sozialprodukt behindert werden. Lohnpolitik darf ausserdem nach meinem Dafürhalten stets nur befristeten, sozusagen notrechtlichen Charakter haben.

Nichtmarktkonforme Staatsinterventionen

k. Auch wenn der Landesring der Meinung ist, dass der Bund die Möglichkeit haben muss, ohne permanente Strapazierung des Notrechts ausserhalb der «klassischen» Bereiche zu intervenieren, kommt dem Staat doch weiterhin die Hauptaufgabe zu, den Wettbewerb zwischen den Wirtschaftskräften zu erhalten. «Staatliche Massnahmen, die - ohne gesellschaftliche Notwendigkeit eingesetzt - Wettbewerbsverzerrungen zur Folge haben, werden abgelehnt. Wann besteht eine derartige gesellschaftliche Notwendigkeit, die eine wettbewerbsverzerrende Intervention des Staates rechtfertigt?

j. Ich habe schon ausgeführt, dass wir gesellschaftliche Vorteile für alle postulieren. Dieses Postulat besagt, dass gewisse gesellschaftliche Bedürfnisse bestehen, denen andere Ziele untergeordnet sind. Es ist klar, dass durch eine reine Wettbewerbswirtschaft z. B. die Fragen des Umweltschutzes nicht gelöst werden können, weil die reine Wettbewerbswirtschaft immer auf Kosten gewisser sozialer Güter geht. Hier liegen dann m. E. die Grenzen der sogenannten wirtschaftlichen Handlungsfreiheit. Hier wird der Staat eingreifen und gewisse Pflichten auferlegen müssen, die dann unter Umständen zu Wettbewerbsverzerrungen - zu erwünschten Wettbewerbsverzerrungen - führen können. Wenn beispielsweise eine Unternehmung ein Gut herstellt und dadurch sehr grosse Umweltimmissionen verursacht, müssen diese sozialen Kosten der Unternehmung auferlegt werden. Diese Kosten würden sich dann auf die Preise niederschlagen. Damit würden die sozialen Kosten für die Herstellung eines Produktes gesellschaftlich relevant.

k. Dies ist aber nur dann sinnvoll, wenn Wettbewerb resp. Konkurrenz zwischen den Unternehmen besteht, die ein Gut herstellen. In diesem Zusammenhang mit grossen Immissionen verbunden ist. Besteht diese Konkurrenz nicht, hat also ein Anbieter oder eine «kartellierte» Gruppe von Anbietern das Monopol, so spielen die Wettbewerbskräfte ja nicht mehr, die Entwicklung weniger umweltgefährdender Technologien wird verzögert und die Konsumenten hat höhere Preise die vom Produzenten verursachten gesellschaftlichen Kosten der Produktion zu bezahlen...

j. ... Besteht eine monopolistische Konstellation, so ist mein Vorschlag nicht mehr wirksam, das gebe ich zu. Dann muss die staatliche oder, besser gesagt, die demokratische Kontrolle des Monopols eintreten. In diesem Zusammenhang ist wiederum die Mitbestimmung von Bedeutung.

k. Verhält sich der Staat in dieser Situation nicht in erster Linie reaktiv, indem er erst dann eingreift, wenn die

Meinung vorherrscht, dass das freie Spiel der Kräfte das erwartete Produktionsoptimum nicht hervorbringt? Ist längerfristig nicht eine substantiellere, umfassendere staatliche Wirtschaftsplanung ins Auge zu fassen, in deren Rahmen der Wettbewerb zwischen einzelnen Unternehmen durchaus noch möglich und notwendig ist?

j. Als Ökonom bin ich hier - das muss ich zugeben - ein ewiger Zweifler. Niemand wird heute sozusagen mit einem Anspruch auf Fehlerbarkeit postulieren können: man muss integrale Investitionsplanung machen, um das Problem der Gemeinwirtschaftlichkeit, das Problem des möglichst grossen Nutzens für möglichst viele durch die Wirtschaft zu lösen. Wir streben die Lösung dieses Problems eher auf dem pragmatischen Weg - so viel Planung als nötig, so viel Freiheit als möglich - an. Ich bin der Auffassung, dass vom politisch Möglichen her gesehen, der partielle, der pragmatische Weg der wirkungsvollere ist. Nicht so attraktiv, aber wirkungsvoll.

k. Auch Sie vertrauen also in gewisser Hinsicht - wie dies der klassische Liberalismus in extremis tat - darauf, dass das freie Spiel der Kräfte (eingeschränkt durch staatliche Interventionen) im Prinzip ein Maximum an Wohlstand hervorbringt?

j. Erstens muss ich nochmals präzisieren: «Freies Spiel der Kräfte» nur soweit und solange keine gemeinwirtschaftlichen und sozialen Güter gefährdet werden. Innerhalb dieser klaren Wertangabe dieser gesellschaftspolitischen Prioritätenlisten, sollen die ökonomischen Mechanismen - soweit möglich - frei zum Spiel kommen, denn sie garantieren den relativ grössten ökonomischen Nutzen. Dieser ist - das wird oft vergessen - letzten Endes ebenfalls ein soziales Gut. Uebrigens bin ich mit dieser Auffassung in guter Gesellschaft prominenter sozialistischer Ökonomen. Verweise ich auf das Godesberger Programm. Ich befürworte also die staatliche Intervention nicht aus ideologischen Gründen, sozusagen um ihrer selbst willen. Allerdings ist für mich das Signal «notwendig», das heisst die gesellschaftliche Legitimation des staatlichen Eingriffs, sehr viel früher gegeben als für die «klassischen» Liberalen.

k. Besteht nicht die Gefahr, dass - angesichts der Stärke des Einflusses der Wirtschaftslobby auf die Gesetzgebung und die öffentliche Verwaltung - die (beschränkten) Interventionen des Staates in die freie Spiel der Kräfte in hohem Mass den partikulären Bedürfnissen gewisser Wirtschaftsgruppen folgen?

j. Hierin liegt zumindest pragmatisch gesehen, ein Widerspruch der linken Ideologen, wenn ich so sagen darf. Denn im Moment, wo wir die staatliche Einflussphäre ausdehnen, verstärken wir zwangsläufig die Macht der Lobbies. Daher müsste eine Reform des Wirtschaftssystems begleitet sein von einer gezielten politischen Reform. Ich meine nicht es vor allem darum pluralistischere Machtstrukturen zu schaffen. In diesem Zusammenhang muss man sich allerdings prinzipiell die Frage stellen, ob derartige grundsätzliche Reformen überhaupt möglich sind. Ich möchte nicht pessimistisch sein, aber ich würde das Problem nicht für gelöst betrachten, wenn beispielsweise die bestehenden Lobbies einfach durch neue ersetzt würden. Wenn z. B. die Macht des Arbeitgeberverbands durch die Macht der Syndikate oder anderer Kooperationen abgelöst würde. Die Reform muss dahingehen, dass die Macht auf die verschiedenen Interessengruppen möglichst gleichmässig verteilt ist. Wenn wir diesen Pluralismus herbeiführen können, wären die Planungsvorgaben und der Kriterien, auf einer solchen Planung führen, auf eine breitere Basis gestellt und würden dadurch auch einen breiteren politischen Konsens zum Ausdruck bringen.

Gleichmässige Verteilung der Macht

k. Besteht in einem kapitalistischen System - wenn wir unsere Gesellschaft einmal so bezeichnen wollen - nicht generell die Tendenz, dass sich einmal bestehende - Unterschiede (z. B. Unternehmern zwischen dem Einkommen) vermehren, zwischen der Macht der Unternehmen vergrössern? Ist es durch partielle Eingriffe (Verzicht auf öffentliche gesellschaftliche Zielplanung) überhaupt möglich, diesen Prozess zu verändern? Wie wollen Sie z. B. in einer Zeit, wo die Konzentration und die Macht in immer mehr wirtschaftlichen Bereich stark voranschreiten, den «Abbau der Ballung wirtschaftlicher Macht» bewerkstelligen, ohne fundamental in diese Dynamik einzugreifen?

j. Zum einen muss dieses Problem ausserhalb unserer politischen Auseinandersetzungen gelöst werden. Ich meine, dass eine grundlegende Reform des Kapitalismus, das heisst die Schaffung eines sogenannten sozialen Kapitalismus, erst dann möglich sein wird, wenn verschiedene wirtschaftliche und politische Reformen gleichzeitig politisch betrieben. Immerhin: In dieser Hinsicht lässt sich doch nicht bestreiten, dass sich heute ganz deutliche

Tendenzen zu einem sozialen Europa abzeichnen.

Zum anderen gibt es die Mechanismen zur Konzentration, wie Sie Sie beschrieben haben, tatsächlich. Das sagen wir ja in unserem Programm ganz unmissverständlich. Ihnen gilt es aber auf nationaler Ebene - kompromisslos entgegenzuwirken. Wir postulieren deshalb klare Gegengewichte, eben z. B. mehr Pluralität, mehr Emanzipation, mehr Partizipation der bisher Abhängigen, Ausdehnung des öffentlichen Planungs- und Interventionsbereichs sowie wirkungsvollere Umverteilungsmassnahmen.

Mitbestimmung: ja - aber

k. Sie haben während der Mitbestimmungsdebatte im Nationalrat dafür plädiert, dass der Bund befugt werden soll, Vorschriften über eine angemessene Mitbestimmung, welche die persönliche Entfaltung und die innerbetriebliche Zusammenarbeit fördert und die Wirtschaft in ihrem Funktionsfähigkeit der Unternehmung wahrhaftig aufzustellen. In welchen Punkten unterscheidet sich ihr Vorschlag von der Initiative der Gewerkschaften, und wieso legen Sie diese anderen Schwergewichte?

j. Sie sagen richtig: wir legen andere Schwergewichte. Im Prinzip und in der Zielsetzung liegen wir wahrscheinlich kaum sehr weit auseinander. Ich möchte vorausschicken, dass ich anerkenne: Mitbestimmung ja, und zwar in allen Bereichen! Für mich stellt sich die Frage vor allem die Frage, wie diese Mitbestimmung realisiert werden soll. Hier scheint mir der pragmatische Weg der erfolgversprechendere zu sein. Das heisst nicht, dass man mit dem Pragmatismus so weit gehen muss wie die Freisinnigen, die den Status quo zementieren oder gar noch einen Schritt zurück gehen wollen.

Wenn ich die Mitbestimmung auf Unternehmensebene postuliere, möchte ich freilich nicht verhehlen, dass m. E. im gegenwärtigen Zeitpunkt eine partielle Mitbestimmung politisch nicht realisierbar wäre. Diese könnte aber auch sachlich negative Konsequenzen haben, solange wir noch ein Aktienrecht besitzen, in dem das Aufsichtsrats (Verwaltungsrat) auch geschäftsführende Kompetenzen hat. Auch die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften wollen ja nicht Mitbestimmung in der Geschäftsführung, Information, Mitsprache sicher ja, aber nicht Mitbestimmung in der Exekutive. Wir wollen das im Bereich der politischen Demokratie ja auch nicht. Hier müssen also gesellschaftsrechtliche Reformen in die Wege geleitet werden, d. h., wir müssen die Trennung zwischen Geschäftsführung und Aufsichtsfunktion institutionalisieren, wie dies in der BRD schon heute der Fall ist. Liegt diese Trennung einmal vor, so wird man sich neu überlegen können und müssen, wie nun die partielle Mitbestimmung zu realisieren sei. Die Gewerkschaften wollen schon heute die partielle Mitbestimmung. Ich möchte das Problem etwas pragmatischer und differenzierter angehen und zwar im Interesse der Sache und der Idee und nicht etwa, um die ganze Entwicklung aufzuhalten.

Ein zweiter Unterschied liegt darin - da bin ich in Ihren Augen wahrscheinlich reaktionär -, dass meiner Meinung nach eine falsch realisierte Mitbestimmung zu Wohlstandseinbussen führen und dass durch eine am falschen Ort realisierte Mitbestimmung die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft tatsächlich tangiert werden kann. Unter den Wohlstandseinbussen hätte in erster Linie wieder die sozial schon heute nicht besonders gut Gestellten zu leiden.

Fortsetzung auf Seite 13

«Sozialer» Kapitalismus als Ausweg?

Seit Jahren war die Politik des Landesrings - von Duttweiler mehr als Bewegung mit weitgehender Standpunktfreiheit denn als Partei mit festumrissenen, verpflichtendem Programm gegründet - von Orientierungslosigkeit und Unstetigkeit gekennzeichnet (sieht man einmal vom Fixpunkt Konsumentenpolitik ab). Der Landesring vermochte meist dann Stimmengewinne zu realisieren, wenn die Wähler mit den Leistungen der übrigen Parteien nicht zufrieden waren - Sündenböcke, die dann häufig schon bei der nächsten Wahl wieder verloren gingen. Dies beschränkte dem Landesring den dauernden Vorwurf, ein profillos, opportunistisches Auffangbecken für Protestwähler zu sein.

Dies soll nun nach der Verabschiedung der neuen «Grundsätze und Richtlinien» an den Parteitagen von St. Gallen und Bern anders werden. Der Landesring soll eine sozial-liberalen Grundsatzzarte, vergleichbar mit der FDP von Flach und Malhofer, umgemodelt werden. Geschaffen werden soll eine Partei der sozialen und liberalen Mitte, die (nach den Worten eines der geistigen Väter dieser ideologischen Profilierung) ein der politischen Landschaft der Schweiz links von der Mitte stehen wird. Im folgenden werden einige u. E. konstitutive Elemente des sozialen Liberalismus, des «Versuchs, herkömmliche liberale und sozialistische Vorstellungen miteinander zu versöhnen», etwas näher betrachtet:

Wettbewerb und Planung

Tragendes Element der Wirtschaftsordnung soll der Wettbewerb unabhängiger privater Unternehmen sein. Dem Staat kommt dabei vor allem die Aufgabe zu, den Wettbewerb aufrechtzuerhalten resp. diesen, wo er nicht mehr besteht, wiederherzustellen. Wertehende nicht marktkonforme staatliche Interventionen sollen nur dort zugelassen werden, wo dies «gesellschaftlich notwendig» ist - zum Beispiel in Fragen des Umweltschutzes (Vorschriften für eine Produktion ohne Umweltgefährdung).

Zentrales Motiv der privat kontrollierten Produktion in unserer Gesellschaft ist unzweifelhaft der Profit. Darüber vermögen auch weitschweifige Ausführungen über den Zusammenhang zwischen kollektivem Wohlstand und freier Wirtschaft nicht hinwegzutäuschen. Diese Profitorientierung führt nicht nur zu einer mangelnden Berücksichtigung der gesellschaftlichen Kosten der Produktion (Verwendung umweltgefährdender Produktionsverfahren und Technologien) sondern auch zur Produktion «sinnloser» Warenberge und zur Nichtausnutzung von innovations- und Produktionsmöglichkeiten.

Sowohl die Brechung dieser disruptiven Tendenzen des kapitalistischen Systems als auch die Schaffung einer systematisch am gesellschaftlichen Wohl orientierten Nutzung und Entwicklung der Produktivkräfte wird jedoch kaum ohne reale Ver gesellschaftlich der Produktion der öffentlichen Kontrolle der Zielbestimmung und Organisation des Wirtschaftsprozesses möglich sein, sind doch die vom Landesring kritisierten negativen Folgen der liberal-kapitalistischen Entwicklung auch in den Staaten nicht verschwunden, wo der Staat schon viel stärker in den Wirtschaftsprozess stabilisierend interveniert, als dies heute für die Schweiz vorgeschlagen wird. Dass eine öffentliche wirtschaftliche Zielplanung eine reale demokratische Kontrolle des Staates voraussetzt ist klar.

Da der Landesring in seinem Programm auf die Forderung nach gesellschaftlicher Zielplanung verzichtet und zumindest implizit - weiterhin zentral auf die Produktivität des freien Spiels der Kräfte vertraut, wird der «sozialen» Liberalismus kaum in der Lage sein, den disruptiven Tendenzen der kapitalistischen Entwicklung Einhalt zu gebieten.

Partizipation und Pluralisierung

Durch den Ausbau der Partizipationsmöglichkeiten in allen gesellschaftlichen Bereichen soll die Macht zerstückelt, auf möglichst viele Gruppen verteilt und somit ein «Pluralisierungseffekt» ausgelöst werden.

In dem Ausmass, in dem vermehrte Partizipation mehr Selbstverwirklichung und Selbstentfaltung, mehr Einfluss, Macht und vermehrte reale demokratische Kontrolle der Institutionen mit sich bringt, ist die Forderung nach vermehrter Mitbestimmung sicher unterstützungswürdig. Nicht vergessen werden darf jedoch, dass die Schaffung von Partizipationsmöglichkeiten o h n e parallel verlaufende Demokratisierung der Machtverhältnisse dazu führen kann, dass die Abhängigen in den Status quo integriert, an der Verwaltung der eigenen Abhängigkeit beteiligt werden. Dieser Gesichtspunkt ist vor allem im Zusammenhang mit der Mitbestimmung im wirtschaftlichen Bereich von Bedeutung, wo u. E. die Mitbestimmung längerfristig gesehen - nur ein Ueberzug zur Selbstbestimmung zur Aufhebung des Gegensatzes respektive der «Gleichheit» von Kapital und Arbeit sein kann.

Was nun den «Pluralisierungseffekt» anbetrifft, so muss man sich die Frage stellen, in welchem Ausmass in einer kapitalistischen Gesellschaft überhaupt eine pluralistische Interessen- und Machtstruktur besteht. Sowohl im heutigen als auch im sozialistischen Kapitalismus bestehen zwei prinzipielle Interessengruppen: die Gruppe der Kapital- und Produktionsmittellbesitzer und die Gruppe der Lohnabhängigen (was nicht heisst, dass diese Gruppe in sich selbst nicht wieder stark aufgeteilt sein können). Daran dürften weder die forcierte Vermögensbildung in den Händen der Lohnabhängigen noch die Förderung der Partizipation ohne grundlegenden Strukturwandel viel ändern. Solange dieser grundsätzliche Interessen- und Machtgegensatz besteht, läuft jede «Pluralisierung» Gefahr, zur Scheinpluralisierung zu entarten. Wenn zum Beispiel die Wahl von betriebsfremden Gewerkschaftsvertretern in den Verwaltungsrat auch längerfristig ausgeschlossen wird, so ist die Machtverteilung auf den ersten Blick wohl relativ pluralistisch, jedoch - da für die Seite der Kapitalgeher nicht das gleiche gilt (nicht gelten kann) - alles andere als ausgeglichen und symmetrisch.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass es kaum möglich sein wird, im Rahmen des «sozialen» Kapitalismus die von der liberal-kapitalistischen Entwicklung produzierten negativen Errungenschaften in Richtung auf grundsätzlich neue Strukturen zu überwinden. Somit besteht die Gefahr, dass der «pragmatische» Weg, der Weg zum «sozialen» Kapitalismus, nur zu einer Rationalisierung des Status quo führt. Zu hoffen ist indes, dass durch die ideologische Offensive des Landesrings einmal diejenigen Kreise klar und deutlich Farbe bekennen müssen, die heute unter dem Stichwort «liberal» bloss die Interessen einer kleinen Gruppe von Privilegierten vertreten. Rolf Neff

konzept

Herausgeber: Verein «konzept» (Mitglieder: Verband der Schweizerischen Studentenschaften, Studentenschaft der Universität Zürich, Verband der Studierenden an der ETHZ).

Er erscheint monatlich an allen Hochschulen, Technika, Lehrerseminaren, Musikonservatorien, Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialbel der deutschen Schweiz sowie am Kiosk, Auflage 37 000.

Redaktion und Administration: Rämistrasse 65, CH-8001 Zürich, Schweiz; Telefon 0 (01) 47 75 30, Postcheckkonto: 80-37626.

Redaktion: Pierre Freimüller, Ruedi Küng, Rolf Neff, Beat Schweingruber.

Die im «konzept» erscheinenden Artikel geben jeweils die Meinung des Verfassers wieder.

Nachdruck nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

Für unverlangt zugesandte Unterlagen wird keine Verantwortung übernommen.

Inserate: Mosse-Anzeigen AG, Limmatquai 94, CH-8023 Zürich, Tel. 0 (01) 47 34 00, Telex 55 235.

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich; Telefon (01) 39 30 30.

Redaktionschluss: Nr. 7: 18. 6. 74
Inserationschluss: Nr. 7: 21. 6. 74

Das Fremdarbeiterproblem:

Eine helvetische Identitätskrise?

In der Fremdarbeiterpolitik unseres Landes lassen sich seit der Nachkriegszeit vier Konstanten feststellen, die als ungelöste Teilprobleme die Widersprüchlichkeit der Entwicklung bestimmen:

- Angst der Arbeitgeber vor Lohnauftrieb wegen Verknappung am Arbeitsmarkt
● Angst breiter Bevölkerungskreise vor «Ueberfremdung»
● Ruf nach drastischen Lösungen und
● Ruf nach Menschlichkeit bei der Lösung der Probleme

Es handelt sich um ein nationales Dilemma, dessen Gründe zum Teil im Selbstverständnis der Schweizer als besonders

glücklicher Sonderfall, in der sehr weitgehenden Integration der Arbeitnehmervertretungen ins politische System der Konkordanz und im internationalen Charakter des Problems, das man national lösen will, zu suchen sind. Die siebziger Jahre begannen mit der Schwarzenbach-Abstimmung und mit einer neuartigen Spaltung des Schweizer Volkes, die sich als dauerhaft herausgestellt hat. Gegen Ende des Jahrzehnts (so der Bundesrat) soll die Lage «normalisiert» sein. Ein Ueberblick und ein Deutungsversuch sollen den heutigen Stand der Entwicklung dieser Krise näher beleuchten. Sie wird uns noch das ganze laufende Jahrzehnt zu schaffen machen.

Silvio Ronzani

«Die negativen Folgen einer Begrenzung der Zulassung liegen vor allem in der Verstärkung des Lohnauftriebs. Weder das geltende noch ein neues und verschärftes System (der Plafondierung, S.R.) kann eine Dauerlösung darstellen. Es verändert in weitem Umfang die Verteilung der Arbeitskräfte nach den Marktgesetzen. Es verhindert, dass der Unternehmer über die Expansion seines Betriebs in personeller Hinsicht frei befinden kann. Es verschafft den Behörden Interventionsmöglichkeiten in die freie Unternehmerrdisposition, die sich nur für kürzere Zeit rechtfertigen lassen.»

So tönte es 1965 in der «NZZ» in einem fast zwei Seiten langen Leitartikel dieses Grundtones (11.1., Nr. 105). Damals musste das Problem aller «Verantwortlichen» klar sein, doch man konnte vor allem aus Furcht vor gewichtigen Lohnsteigerungen bei keiner drastischen Massnahme gegen den anhaltenden Fremdarbeiterstrom konsequent bleiben. Man sprach ja zuerst von einer Stabilisierung bei 400 000, dann 500 000, später 700 000 ausländischen Arbeitskräften. Die Zahlenakrobatik war aber nie ganz glaubwürdig, weil laufend Entlassungen aus der Kontrollpflicht vorgenommen werden mussten und mit der Zeit auch einem Teil der Ausländer der Familiennachzug nicht verweigert werden konnte. Die bekannten Bundesratsbeschlüsse passten sich denn auch stets der «verändernden» Lage und Möglichkeit an, wobei man zunehmend versuchte, die Marktgesetze beim Lohn wieder spielen zu lassen, sobald die «Lohnexplosionsgefahr» etwas nachliess. Die Angst vor Lohnauftrieb löst sich an der bundesrätlichen Politik erkennen und bei den Arbeitgebern schon von 1946 an als Konstante nachweisen.

Angst vor Ueberfremdung

Die Kritik am Einwanderungsabkommen mit Italien, das 1964 (im Jahr der Veröffentlichung des Biga-Berichts einer «Expertenkommission») erneuert und erweitert wurde, brachte die schwellenden fremdenfeindlichen Störungen an die Oberfläche und ins Bewusstsein auch der noch nicht direkt tangierten oder sensibilisierten Kreise. An fremdenfeindlichen Kundgebungen formierten sich die politischen Kräfte, die den «Abwehrwillen» repräsentierten. Die lajvierende bundesrätliche Praxis wirkte nur noch als Katalysator für die neue Opposition, die sich um traditionelle, nationale und ethnozentrische Wertvorstellungen oft widersprüchlichen Charakters scharte, wobei in typisch faschistoider Manier auch generelle Angriffe gegen das (den Mittelstand und das Gewerbe erdrückende) Grossunternehmer-tum nicht ausblieben. Man sprach von erschöpfter Assimilationskraft unseres Volkes (wobei man die gerade dadurch reduzierte), man beschwor die Auslandsabhängigkeit unseres Staats, die möglichen Erpressungsversuche seitens unseres südlichen Nachbarlands mit seiner notorischen politischen Instabilität, den Streiks und dem langsamen «Abgleiten in den Kommunismus».

Einschneidende Massnahmen wurden nicht erst von den Ueberfremdungsgegnern gefordert, sondern sie standen seit Ende der fünfziger Jahre vor allem auch auf dem Forderungskatalog der

Glücklicher Sonderfall, in der sehr weitgehenden Integration der Arbeitnehmervertretungen ins politische System der Konkordanz und im internationalen Charakter des Problems, das man national lösen will, zu suchen sind. Die siebziger Jahre begannen mit der Schwarzenbach-Abstimmung und mit einer neuartigen Spaltung des Schweizer Volkes, die sich als dauerhaft herausgestellt hat. Gegen Ende des Jahrzehnts (so der Bundesrat) soll die Lage «normalisiert» sein. Ein Ueberblick und ein Deutungsversuch sollen den heutigen Stand der Entwicklung dieser Krise näher beleuchten. Sie wird uns noch das ganze laufende Jahrzehnt zu schaffen machen.

Glücklicher Sonderfall, in der sehr weitgehenden Integration der Arbeitnehmervertretungen ins politische System der Konkordanz und im internationalen Charakter des Problems, das man national lösen will, zu suchen sind. Die siebziger Jahre begannen mit der Schwarzenbach-Abstimmung und mit einer neuartigen Spaltung des Schweizer Volkes, die sich als dauerhaft herausgestellt hat. Gegen Ende des Jahrzehnts (so der Bundesrat) soll die Lage «normalisiert» sein. Ein Ueberblick und ein Deutungsversuch sollen den heutigen Stand der Entwicklung dieser Krise näher beleuchten. Sie wird uns noch das ganze laufende Jahrzehnt zu schaffen machen.

Zum Beispiel hat der Gewerkschaftsbund «nie ein Hehl daraus gemacht, dass er einen Abbau der Zahl der ausländischen Arbeitskräfte anstrebt. Er hat sich dabei in erster Linie von staatspolitischer Erwägung leiten lassen. Diese haben in letzter Zeit nicht an Gewicht verloren, sondern eher noch gewonnen (aus einem Brief des SBG an die Biga vom 1.4.71. Darin wird auf die Arbeitskonflikte mit Gastarbeitern in Genf angespielt, bei denen sich das italienische und das spanisch Konsulat eingemischt haben).

Die Angst vor fremder Einmischung und das latente sozialpsychologische Abwehrpotential gegen alles Fremde vorfinden, wobei die Führer der Ueberfremdungsgegner das Bedürfnis nach spektakulärer Opposition zu befriedigen gesucht, welches die Arbeiterparteien usw. nicht mehr erfüllen konnten. Eine Art «Zukunftsschock», d.h. existentielle Verunsicherung aufgrund der raschen Entwicklung unserer Lebensverhältnisse, war schon längere Zeit vorhanden, wozu ein zunehmende Krise des Vertrauens in die «Politik» kam. Politische Strömungen wie diejenige um Schwarzenbach leben von den geweckten Hoffnungen, dass alles wieder gut und wie früher werde, und die Führer stehen unter einem Erfolgszwang, ohne den die Bewegung bald zerrinnt. So ist die hektische Initiativenserie (siehe Kasten) durchaus erklärlich, auch wenn sie ein bisher hoch und heilig gehaltenes Volksrecht über Gebühr strapaziert.

Im Rahmen der drastischen Lösungsvorschläge steht vor allem die vierte Ueberfremdungsinitiative hervor, die eine Entwicklung der schweizerischen Wirtschaftsgesellschaft in die Richtung quasiklavenhalterischer Verhältnisse anstrebt: Schluss mit menschlichen Zugeständnissen, Verlagerung der Ausländerbeschäftigung auf die (besonders ausbeutbaren) Saisoniers und Grenz-gänger usw. usw. Das Zukunftsbild der Schweiz nach dieser Initiative zeigt ein kleinstaatliches Herrenvolk, welches sich legal und «modern» von ausländischen Quasiklaven in den «wichtigen Dienstleistungsbetrieben wie Spitälern, Altersheimen, Pflegeanstalten, öffentlichen Diensten (z.B. Verkehrsbahn, Reinigung von Bedürfnisanstalten, S.R.), Landwirtschaft, Gastgewerbe, Nahrungsmittelverpackungen, Kleingewerbe und Hausdiensten» bedienen lässt (zit. Initiativtext). Natürlich darf keines

Eine menschliche Alternative?

Die «Arbeitsgemeinschaft für eine neue Ausländerpolitik» (auf Veranlassung der KAB zustandekommen) legte Mitte Mai ihre Vorschläge vor, die sie nicht als Gegenvorschlag zu den Ueberfremdungsinisiativen bezeichnen haben möchte, sondern als für sich stehenden Neuanfang, um aus dem Schlamassel der Fremdarbeiterfrage herauszukommen. Das neue Volksbegehren enthält folgende Grundgedanken:

- Gleichstellung Schweizer-Ausländer mit Ausnahme der politischen Rechte, die an die Staatsbürgerschaft gebunden sind.
● Keine Wegweisungen, nur Einreisebeschränkungen für Regulierung der Ausländerzahl
● Ausländer-Mitsprache durch eine Art Vernehmlassung in sie betreffenden Fragen unserer Politik
● Stabilisierung für die nächsten 10 Jahre zwingend vorgeschrieben. Berechnungsbase Erwerbstätige (Ausreisen Vorjahr = max. Einreisen im laufenden Jahr).
● Abschaffung des Saisonarbeitsstatus im Laufe von fünf Jahren (Gleichstellung mit Aufenthaltserlaubnis).

Es fällt auf, dass die früher von der KAB verlangte Arbeitgeberbelastung für Aufwendungen der Öffentlichkeit im Zusammenhang mit Ausländerbeschäftigung weggefallen ist. Begründung: Sie hätte indirekt neue Ungleichheiten zwischen Schweizern und Ausländern geschaffen. Das angekündigte Volksbegehren bringt zweifellos echte Fortschritte im Denken, denn bisher herrschte die Diktatur der Emotionen und der Zahlenakrobatik, die nur aus dem neuen bundesrätlichen Vorschlag findet. Ob mit dieser Initiative die Verschlichung der Diskussion endlich beginnt?

dieser Heineilmännchen, die in allen notleidenden Branchen und bei allen Engpässen eingesetzt werden, je die sungrecht oder gar ein Bürgerrecht zu erwerben (vgl. Punkt 2 des Volksbegehrens).

Verglichen mit diesen Vorschlag ist die dritte Ueberfremdungsinisiativ mit ihrer Ausländerreduktion um mehr als die Hälfte wenigstens noch so konzipiert, dass nachher die Schweizer wieder echt Hand anlegen müssten, erstens, um aus der Wirtschaftskatastrophe, die dieser Abbau bedeutet, herauszukommen, zweitens, um später auch sogenannte «niedrige Verrichtungen» sicherzustellen, immerhin stehen heute die wenigen Wirtschaftsexperten der NA auch nicht mehr ganz hinter dem Vorschlag, den man nur noch halbherzig - um das Gesicht zu wahren - weiterhin vertritt. Die Hoffnung, das Ständemehr zu erreichen, ist nicht hoch.

Die Suche nach menschlichen Lösungen

Beim ersten Volksbegehren gegen die Ueberfremdung hiess es noch, die Zahl der Ausländer sei «unter Wahrung des Gebots der Menschlichkeit» zu reduzieren. Die Schizophrenie lag damit offen

Saisoniers: Sklaverei als Ausweg?

Als Saisonarbeiter-Statut werden die gesamten Sonderbestimmungen bezeichnet, die für den Fall geschaffen wurden, dass Ausländer in der Schweiz eine Arbeit aufnehmen, die man sinnvollerweise nur saisonal organisieren kann. Mit der Zeit entwickelte sich eine Praxis, die dem Sinn der Regelung widerspricht, indem auch für nichtsaisonale Arbeiten und Berufe einem Teil der Beschäftigten nur Saisonbewilligungen erteilt wurden. Das Statut wurde durch die Entwicklung der Arbeitstechnik (ganzzährige Arbeit in früheren Saisonberufen) und durch die effektive Verlängerung der Aufenthaltsdauer der Saisoniers bis zu 11,5 Monaten in der Praxis überholt. Trotzdem hält die Administration mit Unterstützung der Arbeitgeber daran fest, weil ausser der Rechtlosigkeit der Saisoniers gewisse Vorteile bringt: keine Belastung des Wohnungsmarktes (Saisoniers dürfen höchstens in möblierten Zimmern wohnen), keine Belastung der Infrastruktur (Familien nicht hier), Minimalbelastung der Sozialversicherung (Gesundheitskontrolle bei Einreise, nicht aber bei Ausreise, verfallende Ansprüche an Krankenkasse usw.). Dies sind nur wenige Hinweise.

1972 gab es in der Schweiz 181 000 Saisoniers, davon waren mehr als 89 000 länger als die vorgeschriebene Höchstdauer von 9 Monaten im Jahr hier beschäftigt. Viele arbeiten in Berufszweigen, die keinen saisonalen Schwankungen unterliegen. Die Tendenz für diese Kategorie (Bewilligung A) ist zunehmend, wobei versucht wird, durch raffinierte Regelung keinen Anspruch auf Jahresaufenthaltsbewilligung (Umwandlung gemäss bilateralen Verträgen mit Auswanderungsländern) entstehen zu lassen. Das Statut widerspricht in mehreren Punkten der Europäischen Menschenrechtskonvention, weshalb die Schweiz für den beabsichtigten Beitritt einen entsprechenden Vorbehalt machen will.

zu Tage, denn dies gleichzeitig mit der Reduktion und Begrenzung der ausländischen Wohnbevölkerung (damals auf 10% der Schweizer, heute auf 12,5%) zu fördern, kommt einer mindestens indirekten Diskriminierung derjenigen Arbeitssuchenden zu, die nicht bereit sind, allzu lange auf das Zusammensein mit der Familie zu verzichten. Denn statt zum Beispiel einer fünfköpfigen Familie würde man aus dursichtigen Gründen fünf Leute im Erwerbsalter kommen lassen, die sozusagen «freiwillig» nicht auf Familiennachzug bestehen - was eine rein administrative Frage ist und von den Zulassungsbehörden elegant bewerkstelligt werden könnte.

Der Bundesrat hat bis vor kurzem in dieser Frage richtigerweise nicht nachgegeben und nach Erwerbstätigen «plafoniert» und «etabliert», wobei er von den Gewerkschaften darin unterstützt wurde, die 1970 gegen die Schwarzenbach-Initiative anführten, die Stabilisierung der Zahl der ausländischen Wohnbevölkerung mit dem Ziel, die Zahl der nichterwerbstätigen Niedergelassenen so tief als möglich zu halten, sei ein Rückfall in un-menschliche, frühkapitalistische Brutalität.

Die zweite Ueberfremdungsinisiativ, in der das Wort «menschlich» wenigstens nicht mehr vorkam, wurde von den Gegnern durchaus nicht «etwa mit echten Alternativen in der Ausländerpolitik, sondern mit dem Appell an das schlechte Gewissen beim «Inauswurf» bekämpft, das bei einem Teil der Stimmentenden verfangen haben mag, indem sie sich sagten: «So nicht», obwohl sie mittlerweile ein Gefühl der Ueberfremdung bei sich zu erkennen glaubten und meinten, die Nationalen hätten auf ein breiteres Problem zu ferkern gemacht. Dass NA und REP ein schlechtes Verhältnis zur Menschlichkeit haben, dürfte eines ihrer grössten Handkaps sein, denn offenbar ist der Mythos vom international hilfsbereiten humanen Schweizer Volk nach wie vor

Teil des Selbstverständnisses vieler Eidgenossen. Hier haben sich die Nationalgeosten in der Debatte um das Entwicklungshilfegesetz selbst endgültig demaskiert. In einer weiteren Frage auf diesem Gebiet, bei der Diskussion um das Freiwilligenkorps für Katastrophenhilfe, erklärte der Finanz- und Wirtschaftsberater Werner Reich (rep.) im Nationalrat, das Projekt sei eine Humanitätspropaganda, die zu Lasten des Schweizer Volkes gehe!

Das Dilemma bzw. der Widerspruch bei der Forderung nach menschlichen Lösungen liegt im Grunde darin, dass man schlicht nicht erwarten kann, dass in einem vom Profitinteresse angetriebenen Wirtschaftssystem im Fall der Wahl zwischen Humanität und Profit nicht die harten «Sachzwänge» schliesslich die Oberhand gewinnen, nachdem man sich lange genug um eine offene Entscheidung gedrückt hat. Die Leidtragenden sind natürlich die direkt Betroffenen und die unterprivilegierten Teile der Schweizer Bevölkerung, die fatalerweise meist nicht einmal die Möglichkeit haben, die wahren Ursachen und Zusammenhänge einzusehen. Davon können die Leute ein Lied singen, die 1970 im Abstimmungskampf gegen die Schwarzenbach-Initiative antraten und oft genug von den eigenen Partei-Basismitgliedern ausgepiffen wurden.

Das Spannungsverhältnis zwischen geforderter Menschlichkeit und systembedingter Unmenschlichkeit (sogenannte Sachzwänge) konnten die Leute besonders deutlich erfahren, die sich schliesslich in der «Arbeitsgemeinschaft für eine neue (menschliche) Ausländerpolitik» zusammenfanden, um das jüngste Glied dieser Initiativkette zu erarbeiten. Das Suchen der ursprünglichen Initiatoren nach einer überparteilichen Basis für ihr Vorhaben hat sie viel Zeit und Mühe gekostet, wobei sie äusserst demokratisch vorgehen und entsprechende Konzessionen für den abschliessenden Kompromiss machen mussten. Die Delegiertenversammlung der KAB beschloss am 11. November 1973 fünf verbindliche Punkte für die Weiterdiskussion, von denen in der Zwischenzeit zumindest einer, das Prinzip der Arbeitgeberbelastung für

Die «gescheiterte» Bundesanleihe:

Streik im Frack

Der Bund hat eine Anleihe von 450 Mio. Fr. aufnehmen wollen, um 320 Mio. alte Anleihen zu abzutragen und für den Rest noch zusätzliche Mittel zu erhalten. Die Anleihe wurde nicht gedeckt, wie der Bankausdruck heisst, und kurz darauf stiegen die Hypothekarzinsen (und damit die Mieten). Was ist geschehen?

Wer in unserem Wirtschaftssystem grössere Summen braucht, geht zu den Grossbanken und lässt durch sie Obligationen ans Publikum ausgeben. Die Banken verrechnen dafür eine Kommission (dem Bund ca. 1% des Anleihebetrags, also hier 4,5 Mio. Fr.) und machen mögliche Interessenten durch Inserate, Prospekte und Beratung aufmerksam. Von der Höhe des angebotenen Zinssatzes, von der Laufzeit der Obligationensschuld und von der Menge des anliegenden Geldes im Land hängt es ab, ob alle Obligationen verkauft - «gezeichnet» - werden.

Soweit die Lehrbücher. Mangelndes Geld «am Publikum» und zu tiefes Zinsangebot wurden von den Finanzkreisen demgemäss als Gründe für den Fehlschlag der Bundesanleihe aufgeführt. Das Bundesanleihen-Anlegerpublikum ist nun aber nicht bloss eine anonyme Masse, deren Handeln eine weiter nicht zu untersuchende Erscheinung ist. Vielmehr sind Bundesanleihen bisher stets als Papiere erster Qualität betrachtet worden, die sich einem etwas tieferen Zins erlauben konnten, als gerade marktüblich war. Sie werden als risikolose Anlagen vor allem von Pensionskassen und Versicherungen erworben. Dies sind nun aber Mitglieder des «Publikums», die eng mit den Grossbanken zusammenarbeiten, ja sogar mehr und mehr von diesen abhängig sind. Zur Kanalisierung der Gelder aus der zweiten Säule haben alle Grossbanken Institutionen geschaffen, die eng mit den kleinen Kassen und grössten Versicherungen des Landes verzahnt sind. Diese institutionellen Anlegersowie die Investmentfonds der Grossbanken verfügen allwöchentlich über neue Millionen, die angelegt werden müssen.

Wenn aber die Finanzinstitutionen des Landes ihr Geld zurückbehalten, müssen die Geldsuchenden ihre Zins-offerten auf ein Niveau erhöhen, das den Institutionen verlockend genug erscheint. Dieses Spiel des finanziell Stärksten bestimmt, zu welcher volkswirtschaftlichen Höhe das Spekulationskapital der Schweizer aus Pensionskassen und Versicherungsprämien dienen soll. Die Eurofirma, eine Dachgesellschaft europäischer Bahnen, konnte kürzlich 8% offerieren und erhielt auch prompt ihre Anleihe gedeckt, der Bund aber ging für seine Projekte halb leer aus.

Die Zurückhaltung der Investoren hatte aber noch weitreichendere Folgen. Die von den Banken schon lange erstrebte Zinserhöhung zu Lasten einer anderen Schuldnergruppe am Kapitalmarkt konnte unter Hinweis auf die gescheiterte Bundesanleihe durchgedrückt werden: Ein Hypothekenzinsschlag von 0,5 bis 0,75% musste von Schürmann nur Tage darauf zugesprochen werden. Zwar werden auch die Sparzinsen erhöht, damit den Banken neue Gelder zur Hypothekenfinanzierung zuflüssen, aber die Verbesserung der Kapitalrentabilität nützt den Versicherungsimmobilien, die Versicherungen ihre Prämiennehmerinnen nicht verzinsen müssen, und sie nützt auch dem Eigenkapital der Hausbesitzer allgemein, das durch die erlaubte siebenprozentige Mietzinserhöhung eine Rentabilitätsverbesserung erfährt (sofern es mehr als 23% des Hauswerts beträgt, was fast allgemein der Fall ist). Die Versicherungen sollen denn auch besonders zurückhaltend sein: Nach gewissen Informationen haben sie für einen weit geringeren Betrag die neue Bundesanleihe gezeichnet, als sie ihn aus der alten zurück erhielten. Damit hätten sie sogar Gelder nicht nur nicht angelegt, sondern aus dem Markt zurückgezogen.

Der Zusammenhang zwischen dem Anleihenmisserfolg und dem Anstieg der Hypothekarzinsen stellt die Folge eines auf freies Marktspiel gebauten Kapital-zulieferungssystems dar, wo keine gesellschaftliche Autorität die Zwecke des Kapitalmarktes in ethischen und Nützlichkeitskriterien festsetzt. Die zugegebenen Massnahmen vom Bund durch seine konjunkturelle Kreditbeschränkung selbst mitverursachte Geldverknappung wirkt auf seine eigenen Projekte zurück. Auch wenn man bei Kapitalanlegern und Grossgruppen guten Willen voraussetzt, müssten die vorliegenden Bedingungen unter dem freien Spiel der Kapitalkräfte zur Hinterrücksetzung des Bundes auf der Prioritätenliste der Anleger führen. Ist dieser freie Entscheid über Hingabe oder Rückzug von Kapital zu den offerierten Bedingungen ein Teil der akzeptierten gesellschaftlichen Wertvorstellungen, so ist es die freie Hingabe oder der Rückzug der Arbeitskraft - der Streik - kaum. Diese Art des freien Marktspiels ist geschmähte Ausnahme.

Fortsetzung auf Seite 13

Beat Kappeler

KENT
WITH THE FAMOUS MICRONITE® FILTER

Was a good time...

Lesens Tabake. Fein im Aroma. Die exklusive Class-A-Cigarette. Und jede Kent mit Micronite-Filter.

LENTAS K 24°C

Aus USA ORIGINAL

Lee

Armee-Schlafsäcke
Feldjackets und Hosen
Reportermäntel
Fliegerjackets

Buschjackets
Marinejackets
Safarihemden
Seesäcke

Nylon-Gestellrucksäcke
Lee Riders und Jacken
Leder-Armeestiefel
Lederbekleidung usw.

BLUE JEANS:
Wrangler
Lee Cooper
Levi Strauss

Versand ganze Schweiz

Gratisprospekt

PRIMO AND JEANS SHOP
IMBACH

Bäckerstrasse 22
8004 Zürich
Tel. (01) 23 90 67

Verlangen Sie

den Stellenanzeiger des Bundes mit den vielen interessanten Angeboten.

Die Stelle

Für eine Probenummer schreiben oder telefonieren Sie uns!

EDIG. PERSONALMANT
Stellennachweis
3003 Bern Telefon (031) 61 62 53

Wir haben gute Vorsätze* und suchen ein

Medien-Phänomen
(weiblich oder männlich)

* Wir wollen unsere Kunden besser informieren — z. B. über das, was man jenseits von Akropolis und Machu Picchu auch noch wissen sollte. Dazu benötigen wir jemanden, der uns die notwendigen Dokumentationen erstellt, Programme textet redigiert und Artikel schreibt.

Natürlich braucht's journalistische Praxis für diesen Job.

Schweizerischer Studentenreisendienst
Postfach 3244, 8023 Zürich
Tel. (01) 47 75 30 oder (01) 34 62 19

Andermatt

Auf Beginn des Schuljahres 1974/75 sind in unserem Sommer- und Wintersportort folgende Stellen zu besetzen:

1 Sekundarlehrer(in) phil. I
mit Französisch (verschiedene Fächerkombinationen möglich)

1 Sekundarlehrer phil. II
Mathematik, Physik und Geometrie

1 Abschlussklassenlehrer
(auch berufs begleitende Ausbildung möglich)

Wir bieten:

- neuzeitlich gerichtetes Gehalt;
- Teuerungs-, Familien-, Kinderzulagen;
- modern ausgerüstetes Schulhaus;
- angenehme Klassenbestände;
- junges Lehrerteam;
- Anrechnung ausserkantonaler Dienstjahre;
- ausgezeichnete Sommer- und Wintersportmöglichkeiten;
- freie Stundenwahl.

Haben Sie Freude am Wintersport, sind Sie bei uns am rechten Ort.

Auf Anfrage erteilen wir Ihnen gerne weitere Auskünfte.

Anmeldungen und Anfragen sind zu richten an: Schulpräsident Paul Meyer, Telefon (044) 6 74 81, Rektorat J. Meier, Postfach 22, 6490 Andermatt, Tel. (044) 6 76 38.

ATELIERS DU FUTUR

Sommeruniversität 1974
2.-14. Sept. 1974 in Saas Grund (Wallis)

Die Idee

In Basisgruppen, Beststellern und Symposien werden unser Bildungswesen und der Hochschulbetrieb kritisiert und alternative Lernmodelle gefordert. Lernmodelle muss man ausprobieren, nicht bloss diskutieren. Deshalb die zwei Saas-Grunder-Wochen.

Die drei Werkstätten

Umweltbezogenes Lernen

Die Situation der Region erfassen und am Ort selber zur Diskussion stellen. Umfragen bei den Dorfbewohnern, Gespräche im Gasthaus, Aushilfsarbeiten im Dorf, Spiele (z. B. das Inselfeld, das Machtspiel, das Mann-Frau-Spiel).

Diskussion über persönliche und politische Beziehungen in der Gruppe, angeregt durch Kurzfilme. In der 2. Phase werden selber Filme hergestellt und Theaterstücke erfunden, Masken, Puppen, Musik und Bilder angefertigt.

Eine letzte Gruppe macht Landbau Hier werden zunächst vor allem die Arme gebraucht. Ein Stück Boden fruchtbar machen, einen Komposthaufen anlegen.

Einen Teil ihrer Tätigkeit verlegt diese Gruppe in die Küche: Körnerspeisen zubereiten, Brot backen etc.

Diskutiert wird auch z. B. über Kursbuch 33, Ökologie und Politik.

Veranstalter

Die evangelischen Studentengemeinden in der Schweiz.

Anmeldung

bis 1. Juli 1974 an:

Basel: Studentenhäuser, Bursas
Maienengasse 64, 4056 Basel
Tel. 061/43 22 77
(oder 061/47 04 06)

Bern: Evang. Universitätsgemeinde
Postfach 1390, 3001 Bern 1
Tel. 031/65 80 51
(oder 031/23 68 40)

Zürich: Evang. Hochschulgemeinde
Hirschengraben 7, 8001 Zürich
Tel. 01/32 87 55

Preis (ohne Reise): Fr. 200.—
(Reduktionen möglich)

Drei Werkstätten sind vorgesehen mit den Themen:

- alternatives Lernen
- menschliche Beziehungen
- Landbau / alternative Produktion und alternativer Konsum

Für alle gilt gemeinsam:

- die praktische Tätigkeit kommt vor der Reflexion
- es soll etwas getan werden, aber ohne Leistungsdruck
- die beiden Wochen sind ein Experiment, das den Teilnehmern zeigen soll, wie sie sich auch selber verändern können; das Experiment müsste nachher zu Hause fortgesetzt werden
- die Arbeitsgruppen arbeiten selbstständig, ein Forum dient dem gegenseitigen Austausch
- neben die verbale Art, sich auszudrücken, tritt die non-verbale Verständigung
- wichtig ist der Kontakt zu den Dorfbewohnern
- Gespräche mit bestehenden Alternativgruppen sind geplant, Einzelgäste werden für Forumsdiskussionen erwartet
- es gibt genügend Zeit für Vergnügen und Feste

Gemeinde Altdorf

sucht für die Gemeindeschulen

Primarlehrer(innen)
Sekundarschullehrer(innen)
Hilfsschullehrer(innen)
Werkschullehrer
Kindergärtnerin

Eintritt: Schulbeginn 1974/75, 19. August 1974 oder Oktober/November 1974.

Besoldung: gemäss neuem kantonalen Besoldungsgesetz für die Lehrerschaft.

Lehrkräfte, die in aufgeschlossenen Schulverhältnissen unterrichten und in einem jungen Team arbeiten wollen, sind gebeten, ihre Anmeldung unter Beilage von Zeugnissen, Lebenslauf usw. an folgende Adresse zu richten:

Paul Schiltner, Schulratspräsident, Schützengasse 5, 6460 Altdorf, Telefon (044) 2 11 88.

Schulrat Altdorf

Kritisches Lexikon

Homosexualität

Brosch. 196 S. Fr. 15.— (+ Versand Fr. 1.—)
Informiert, deckt Zusammenhänge auf und versucht Lösungsmöglichkeiten zu diskutieren.

«him», das Magazin mit dem Mann

Monatliche Zeitschrift mit Informationen für und über Homosexuelle. Einzelnummer Fr. 9.50 (Versand Fr. 1.—)

«hey», Gay-Magazin

Monatlich. Organ der S.O.H. Einzelnummer Fr. 6.— (Versand Fr. 1.—)

Abonnementspreise (Drucksache, Brief) über Peter Thommen, Buchhändler, Postfach 177, 4018 Basel PC 40-67 761

Canon

Das Qualitäts Preiswunder

Canon LE-83 ein 8stelliger Taschenrechner mit konstantem Faktor und extrem leuchtstarken Zahlen. Echte Canon-Qualität, Batteriebetrieb (Netzgerät lieferbar), modernes Design.

Fr. 195.—

Canon-Taschenrechner von Fr. 195.— bis Fr. 695.—
Für jeden Job den idealen Taschenrechner.

Generalvertretung:

ROBERT CUBLER

Canon
SYMBOL FÜR PREZISION

Stauffacherstrasse 104, 8026 Zürich
Telefon 01/39 43 33

Südfrankreich — Provence — am Fuss des Mont Ventoux:

Austritte — Wanderritte von einem bis sechs Tagen — Reitunterricht

Interessiert Sie das? Dann schreiben Sie uns:
BELLON / MENEQUE (équitation, piscine, camping, parc de jeux et d'animaux) F-84 410 Bedoin / Tel. 00 33 90/85 60 17

Beteiligungsmöglichkeiten der Nichthochschulkantone an der «Hochschule Schweiz»:

Studienplätze gegen Geld?

In einem kürzlich in der National-Zeitung veröffentlichten Gespräch mit den Erziehungsdirektoren der Kantone Basel-Stadt und Basel-Land über die Frage der Mitträgerschaft der Universität Basel durch den Kanton Basel-Land erklärte der baselstädtische Erziehungsdirektor Schneider: «Falls es zum Numerus clausus kommen sollte, kann nur noch die harte Devise gelten: Geld gegen Student.» Und: «Wenn der Kanton Basel-Land bezahlt, werden seine Studenten gleich behandelt wie diejenigen der Stadt – auf Kosten der Stud-

zenten aus der übrigen Schweiz und aus dem Ausland selbstverständlich.» Mit diesen harten Feststellungen ist ein in Zeiten des Studienplatzmangels sehr bedeutendes Problem angeschnitten: Das Problem der Abgeltung der durch die Hochschulkantone für die Ausbildung von Studenten aus Nichthochschulkantonen erbrachten Leistungen durch die Nichthochschulkantone. Im folgenden soll dem Problem allfälliger Ausgleichszahlungen der Nichthochschulkantone nachgegangen werden. **Emil Lehmann/Rolf Neff**

schaftliche Bedeutung der Universität Freiburg in diesem Sinne zu bewerten

Bestimmung der Belastbarkeit

Für die Bestimmung der Höhe allfälliger Abgeltungen muss auf der einen Seite festgelegt werden, in welchem Ausmass Kantone (auch bei einer Ausweitung des Problems auf das gesamte tertiäre Bildungswesen) sind es natürlich von allem die Kantone ohne Universitäten, die durch eine allfällige Abgeltungsergänzung zusätzlich belastet würden) überhaupt durch Ausgaben für das Bildungswesen und in besonderer für das tertiäre Bildungswesen belastet werden können.

Soll nicht einfach die gegenwärtige Finanzkrise im tertiären Bildungswesen mit allen Mitteln überwunden werden, so müssen in die Bestimmung der Belastbarkeit von Kantonen auch die Ausgaben für andere Bereiche des Bildungswesens eingehen. Bekanntlich wird ja über den Zugang zu Institutionen des tertiären Bildungswesens vor allem durch das Angebot an Mittelschulen entschieden. Wird nun für den Ausbau der Hochschulen allzu grosse finanzielle Mittel abgezogen, so gerät der Ausbau des sekundären Bildungswesens ins Stocken, und was auf der einen Seite durch Hiniauschiebung des NC an relativer Chancengleichheit gewahrt bleibt, wird auf der anderen Seite erst recht in Frage gestellt. Im Interesse einer Angleichung und einer allgemeinen Verbesserung des Zugangs zum tertiären Bildungswesen müssten also allfällige Abgeltungsleistungen im tertiären Sektor immer in ihrem Zusammenhang mit den anderen Teilen des Bildungswesens gesehen werden.

Dass auch weitere Gesichtspunkte wie topographische Gegebenheiten, Siedlungsstruktur, Wirtschaftsstruktur, Belastung durch besondere Infrastrukturaufgaben bei der Bestimmung der Belastbarkeit berücksichtigt werden müssen, versteht sich von selbst.

Lastenausgleich als technisches Problem?

Dass alle bis jetzt zusammengetragenen Schwierigkeiten eine techni-

schon Lösung des Problems unmöglich machen, ist offensichtlich, denn es fehlt ganz einfach an den nötigen statistischen Daten und den theoretischen Kenntnissen zur sachadäquaten Verknüpfung dieser Daten, die die Einführung eines den vorangehenden Überlegungen entsprechenden Ausgleichsmodells ermöglichen würden.

Damit stellt sich aber das besondere Problem des Lastenausgleichs im tertiären Bildungswesen neben die bekannten Probleme des allgemeinen Finanzausgleichs. Wittmann hat die Zielsetzung von Finanzausgleichsmassnahmen in die folgende Formulierung gefasst:

«Horizontale Gleichmässigkeit der Besteuerung bei angemessener Versorgung mit Staatsleistungen und vertikalpolitisch vertretbaren Wohlstandsunterschieden zwischen den einzelnen Regionen des Landes.»

Die Praxis der schweizerischen Finanzausgleichspolitik hat wegen der grossen Schwierigkeiten darauf verzichtet, «wissenschaftliche» Lösungen für den interkantonalen Finanzausgleich des Bundes zu finden, sondern hat auf pragmatischer Basis und unter teilweise Einbezug des jenen zu erwartenden Gerangels um Bundesgeld der Entscheidungen über die Finanzausgleichsschlüssel getroffen. Eine solche Lösung ist natürlich auch für den Lastenausgleich im tertiären Bildungswesen denkbar, wenn auch festzustellen ist, dass natürlich bei einer solchen Regelung über die genauen Wirkungen wenig ausgesagt werden kann. Dies gilt auch für den allgemeinen Finanzausgleich. Bis heute ist es kaum gelungen, die Grösse der budgetmässig erfassbaren Mittelveränderungen festzustellen, die durch irgendwelche Finanzausgleichsbestimmungen zustande gekommen sind. Jedenfalls würde aber damit einem Entscheid für eine pragmatische Regelung die Frage nach einem Lastenausgleich im tertiären Bildungswesen aus dem Bereich technischer Überlegungen hinaus und in die politische Argumentation und Entscheidung hinein verschoben.

Politische Aspekte

Massgebend für die politische Entscheidung für oder gegen die Einführung eines Lastenausgleichs im tertiären Bildungswesen ist die Funktion, die einem solchen Ausgleichssystem im Rahmen der längerfristigen Entwicklung des Bildungswesens zukommen kann. Offensichtlich leidet gerade das höhere Bildungswesen schon heute daran, dass die Kompetenzen verstreut sind. Ein Lastenausgleich im tertiären Bildungswesen ist die Funktion, die einem solchen Ausgleichssystem im Rahmen der längerfristigen Entwicklung des Bildungswesens zukommen kann. Offensichtlich leidet gerade das höhere Bildungswesen schon heute daran, dass die Kompetenzen verstreut sind. Ein Lastenausgleich im tertiären Bildungswesen ist die Funktion, die einem solchen Ausgleichssystem im Rahmen der längerfristigen Entwicklung des Bildungswesens zukommen kann. Offensichtlich leidet gerade das höhere Bildungswesen schon heute daran, dass die Kompetenzen verstreut sind.

beschlossen und durchgeführt werden können. Weil nach mehrjährigen Versuchen eine Kooperation unter den Hochschulkantonen nicht zustande gekommen ist, obwohl relativ günstige Voraussetzungen dafür vorhanden gewesen wären (vorläufiges Fehlen eines offenen NC), und weil eine vermehrte finanzielle Beteiligung der anderen Kantone an den Kosten des tertiären Bildungswesens mit vermehrter Entscheidungskompetenz nicht zu erwarten werden müsste, ist zu erwarten, dass die Hindernisse für eine koordinierte Entwicklung noch mehr vergrössert werden.

Dies gilt jedenfalls für Ausgleichsmodelle, die im wesentlichen als Gemeinschaftswerk der Kantone (allenfalls unter Beteiligung des Bundes) konzipiert würden. Bereits das Zustandekommen einer solchen (Konkordats-)Lösung ist aber sehr zweifelhaft. Ausserdem ergeben sich staatspolitische Bedenken. Eine von den Kantonen getragene Lösung würde die Schaffung eines mit ziemlich grossen Kompetenzen ausgestatteten Organs zwischen Bund und Kantonen zur Folge haben, das praktisch der demokratischen Kontrolle weitgehend entzogen wäre. Eine solche Lösung kann darum kaum befürwortet werden.

Die Sicherung der Handlungsfähigkeit und die Forderung nach demokratischer Kontrolle scheint ein Modell nahezuzeigen, in welchem vom Bund für Ausgleichsleistungen Vorschriften erlassen werden könnten, die sich aufzulegen fügen hätten. Der Bund würde also bei einem Teil der Kantone Gelder einzuziehen haben und sie nachher wieder an andere Kantone verteilen. Auch in diesem Fall wären aber die Kantone durch gewisse Mitentscheidungsrechte zu entschädigen. Ausserdem würde aber mit solchen Geldkontingenten auch mehr oder weniger eine finanzpolitische Neuheit geschaffen, deren Tauglichkeit durchaus fragwürdig ist.

Zwar waren bis 1958 in der Bundesverfassung solche Zahlungen der Kantone an den Bund vorgesehen, das Instrument wurde aber nur wenige Male benutzt. Diese Kontingente wurden im Rahmen der Bundesfinanzreform von 1958 als nicht taugliches Mittel abgeschafft. Die damit verbundenen Probleme sind ausserhalb des Rahmens der Beschränkung der kantonalen Budgethoheit, Probleme der Durchsetzung. Auch diese Form einer Ausgleichsregelung kann darum kaum als besonders praktikabel bezeichnet werden.

Es bleibt die Tatsache, dass in nächster Zukunft vermehrte Mittel für das tertiäre Bildungswesen bereitgestellt werden müssen. Weil offensichtlich ein Lastenausgleich zwischen den Kantonen in hohem Mass praktische und politische Schwierigkeiten bereiten würde, ohne die für die Entwicklung des tertiären Bildungswesens nötige zentrale Lenkung bringen zu können, scheint nur eine Lösung, die ein verstärktes finanzielles Engagement des Bundes, gekoppelt mit stark erweiterter Bundeskompetenz, bringt, über die heutige Situation hinauszuführen.

Ein Blick auf die Studentenstatistik (VWS 1971/72) scheint zum vornehmen alle weiteren Fragen beiseite zu schieben. Von den rund 34 000 Studenten (inkl. ETH) stammten etwa 24 000 aus den Hochschulkantonen. Nimmt man an, dass sich die Zusammensetzung der ETH-Studenten von derjenigen der Universitätsstudenten nicht allzu stark unterscheidet, so bedeutet dies, dass die Hochschulkantone im Durchschnitt fast 30% der für die Hochschulen aufgewendeten Gelder für die Ausbildung von Studenten aus den Nichthochschulkantonen einsetzen. In Anbetracht der stark gestiegenen Ausgaben scheint die Forderung nach Abgeltung darum unmittelbar gerechtfertigt. Genauere Untersuchungen lassen das Problem allerdings etwas komplexer erscheinen.

Entwicklungen im höheren Bildungswesen

Immer mehr weitet sich die Hochschuldiskussion zu einer Diskussion um das ganze höhere Bildungswesen, um den tertiären Sektor des Bildungswesens aus. In der Schaffung erster Gesamthochschulen in der Bundesrepublik hat sich diese Tendenz bis heute am deutlichsten gezeigt. Aber auch in der Schweiz werden Ansätze solcher Entwicklungen sichtbar:

● In der Einführung einer Regelung des Uebertritts von Technikumabsolventen (HTL) in die ETH unter zumindest teilweiser Anrechnung der an der HTL absolvierten Studienzeit. Andererseits in verbesserten Möglichkeiten für «geschweizert» ETH-Studenten, in die HTL überzutreten.

● In der Forderung nach der Einführung von Kurzstudiengängen zur Entlastung der überfüllten Hochschulen.

● In der Forderung nach der Verwissenschaftlichung (Akademisierung) der Ausbildung von Lehrern und anderer «halbakademischer» Berufe.

Die heute noch vorhandene starre Gliederung und Aufsplitterung im tertiären Bildungswesen wird also jedenfalls mit der Zeit in Bewegung geraten. Dies um so mehr, als nur eine Neuordnung des gesamten tertiären Bildungswesens einen Ausweg aus dem zu erwartenden Numerus clausus bringen kann, eine Lösung, die nicht zum vornehmen eine Verschlechterung der heute bestehenden Bildungschancen zur Folge hat.

Ein allfälliger Lastenausgleich müsste also jedenfalls die Finanzierungsverhältnisse im ganzen tertiären Bildungswesen berücksichtigen, was einer wesentlichen Komplizierung des Problems gleichkommt.

Bewertung der erbrachten Leistungen

Voraussetzung für eine Abgeltungsregelung ist eine einermassen genaue und fundierte Bewertung der von den einzelnen Kantonen durch Ausbildung von Studierenden erbrachten Leistungen. Die einfache Formel «Teilung der gesamten Kosten durch die Zahl der Studenten» genügt diesen Anforderungen sicher nicht. Gemäss den vorangehenden Überlegungen müssen Ausgaben für verschiedene Typen von Bil-

dungsinstitutionen miteinander verrechnet werden (Universitäten, HTL, Lehrerbildungsanstalten usw.). Innerhalb dieser einzelnen Typen sind zudem die Kosten von Ort zu Ort sehr unterschiedlich, wobei sehr verschiedene Gründe dafür verantwortlich sein können (unterschiedliche Qualität des Studienangebots, ungleicher Anteil von Forschung und Lehre usw.).

Für die Bewertung der erbrachten Leistung müssen nun aber noch weitere Gesichtspunkte beigezogen werden. Die Leistung kann nicht mit den in den Staatsrechnungen auftretenden Zahlenwerten gleichgesetzt werden, sondern gesamtwirtschaftliche Nebeneffekte sind ebenfalls einzubeziehen. Die Leistung kann nicht mit den in den Staatsrechnungen auftretenden Zahlenwerten gleichgesetzt werden, sondern gesamtwirtschaftliche Nebeneffekte sind ebenfalls einzubeziehen. Die Leistung kann nicht mit den in den Staatsrechnungen auftretenden Zahlenwerten gleichgesetzt werden, sondern gesamtwirtschaftliche Nebeneffekte sind ebenfalls einzubeziehen.

● Kosten:

Direkte Kosten: die in den Rechnungen auftretenden Ausgaben für eine Bildungsanstalt.

Indirekte Kosten: öffentliche und private Ausgaben, die als Folge der Existenz einer Bildungsanstalt ausserhalb dieser anfallen (Strassen und Verkehrseinrichtungen, Energieversorgung usw.).

● Erträge:

Direkte Erträge: nicht aus dem Kanton stammende Finanzierungsbeiträge an die Bildungsanstalt (Bundesubsidventionen, Teile der Betriebsentnahmen, Ausgaben der Studierenden und des Personals, Steuerentnahmen von im Standortort wohnenden Angehörigen der Bildungsanstalt usw.).

Indirekte Erträge: Bedeutung der Bildungsanstalt als Anziehungspunkt für wissenschaftliche und kulturelle Veranstaltungen, Kostenersparnis für die an der Bildungsanstalt studierende Studenten aus dem Standortort, Versorgung mit qualitativ hochstehender medizinischer Betreuung bei Universitäten mit medizinischen Fakultäten usw.

Die beim Versuch einer einermassen exakten Bewertung dieser und allfälliger weiterer Effekte auftretenden Schwierigkeiten sind offensichtlich. Immerhin wäre auf einen sehr vorläufigen Versuch hinzuweisen, die volkswirt-

licher Hochschule aus eigenen Mitteln aufgewendet haben.

Diese Werte werden mit der Grösse der Kantone multipliziert, um den einzelnen Kantonen multipliziert, über alle Fachbereiche pro Hochschule und alle Hochschulen addiert und – zwecks besserer Vergleichbarkeit – durch die kantonale Wohnbevölkerung dividiert. Das gleiche wird mit den Kosten für die Ausbildung studierender Ausländer, die den einzelnen Kantonen zugerechnet werden, durchgeführt. Die Tabelle für studierende Schweizer und Ausländer werden schliesslich zusammengestellt (siehe dazu Tabelle 1, Kolonne (2), zum Vergleich die von den Hochschulkantonen im Jahr 1972 real getätigten Ausgaben in Kolonne (1)).

Tabelle 1 (Fr. pro Kopf der Wohnbevölkerung)

	(1)	(2)	(3)	(4)
ZH	121.1	49.7	87.2	93.0
BE	126.1	101.3	126.7	101.3
SZ	7.1	65.8	32.9	45.8
UR	9.3	38.7	9.7	25.8
LU	1.7	37.1	9.3	24.7
OW	1.3	34.5	8.6	23.0
NW	3.9	58.9	14.7	39.2
GL	4.4	45.8	11.4	30.5
SO	3.9	51.2	25.6	48.2
VS	4.5	49.2	49.4	51.0
ZG	4.5	79.8	39.9	79.8
BS	406.2	155.6	194.5	207.5
SH	1.1	11.1	1.1	12.2
SH	4.4	70.4	35.2	93.9
AR	1.6	52.2	26.1	52.2
AI	2.7	28.7	7.7	15.1
SG	7.6	54.9	68.7	54.9
GR	2.7	53.6	12.4	35.7
GR	1.2	28.1	1.2	28.1
TG	2.3	45.8	22.9	45.8
TI	4.9	56.2	14.0	56.2
VD	99.8	63.4	79.2	84.5
VS	3.4	87.9	22.0	58.6
NE	59.9	99.8	124.8	99.8
GE	354.7	216.4	208.9	228.4
Mittel	51.2	72.7	57.4	77.9

Damit werden die im Jahr 1972 von den Hochschulkantonen für ihre Hochschulen ausgegebenen Summen allein nach der Grösse der Studentenkontingente auf die einzelnen Kantone verteilt. Nun sind jedoch nicht alle Kantone finanziell und wirtschaftlich gleich leistungsfähig. Die errechneten Prokopfwerte müssen daher noch mit einem Finanzausgleichsfaktor gewichtet werden:

Finanzausgleichsmodell I

In einer ersten Gewichtsrechnung (siehe Tabelle 1, Kolonne (3)), bei der die ziemlich heterogenen acht Hochschulkantonen in einer Gruppe zusammengefasst werden, wird wie folgt vorgegangen:

● Die Werte der Hochschulkantone werden (zur «versuchsweisen» Erfassung der direkten und indirekten Erträge, die den Hochschulkantonen aus der Verfügung über eine Hochschule erwachsen) mit dem Faktor 1,25 multipliziert.

Die Nichthochschulkantone werden nach dem Bruttosozialprodukt pro Kopf (ein behelfsmässiger Indikator für die finanzielle und wirtschaftliche Stärke) in zwei Gruppen eingeteilt:

● Nichthochschulkantone mit hohem Bruttosozialprodukt pro Kopf (LU, ZG, SO, BL, SH, AR, AG, TG) – Gewichtungsfaktor 0,5

● Nichthochschulkantone mit tiefem Bruttosozialprodukt pro Kopf (UR, SZ, OW, NW, GL, AI, GR, TI, VS) – Gewichtungsfaktor 0,25

Durch diesen Finanzausgleich verringern sich die hypothetisch von den Nichthochschulkantonen für die Studienplätze ihrer Studenten an den Universitäten den Hochschulkantonen zu zahlenden Ausgleichszahlungen von 156 Mio. Fr. (29% der gesamten von den Hochschulkantonen getragenen Aufwendungen für die Universitätsstudierenden) auf 126 Mio. Fr. (12% der kantonalen Aufwendungen).

Finanzausgleichsmodell II

In einer zweiten Gewichtsrechnung (siehe Tabelle 1, Kolonne (4)) werden die Kantone gemäss der Grösse ihrer Bruttosozialprodukte pro Kopf in drei Gruppen eingeteilt:

● Kantone mit hohem Bruttosozialprodukt (BS, GE, ZG, ZH, BL, VD, SH, AG) Gewichtungsfaktor 1½

● Kantone mit mittlerem Bruttosozialprodukt (NE, BE, SO, AR, TG, LU, TI, SG) Gewichtungsfaktor 1,0

● Kantone mit tiefem Bruttosozialprodukt (NW, GR, UR, VS, GL, SZ, FR, OW, AI) Gewichtungsfaktor ½

Die in dieser Gewichtsrechnung zu verteilende Summe ist grösser als die 1972 real ausgegebene (rund 620 Mio. Fr. gegenüber rund 530 Mio. Fr.). Die Nichthochschulkantone hätten nach diesem Ausgleichsmodell 163 Mio. Fr. oder rund 26% der von den Hochschulkantonen aufgebracht Summen zu übernehmen.

Gesamtbelastung für den tertiären Bildungsbereich

Addiert man die errechneten Belastungswerte zu den im Jahr 1972 von den Kantonen für die übrigen Bildungsbereiche getätigten Aufwendungen, so hätten die Nichthochschulkantone ihr Budget für «Unterricht und Forschung» im Durchschnitt um ca. 25% (Modellrechnung ohne Finanzausgleich) resp. um ca. 10% (Modellrechnung mit Finanzausgleich I) erhöhen. Die grossen Hochschulkantone ZH, BS, BE, VD und GE würden teilweise recht massiv entlastet, die Kantone mit kleinen Hochschulen (SZ, FR und NE) hingegen teilweise deutlich mehrbelastet. Dieses Bild wird auch dann nicht stark verändert, wenn man zu den in Tabelle 1 präsentierten Belastungswerten die von den Kantonen im Jahr 1972 aufgewendeten Prokopfwerte für Lehrer- und Technikumbildung addiert:

Tabelle 2 (Fr. pro Kopf der Wohnbevölkerung)

	(1)	(2)	(3)	(4)
ZH	154.7	102.3	119.7	125.5
BE	154.1	154.7	154.7	129.4
LU	55.6	114.3	81.5	114.3
UR	54.1	89.6	60.5	76.6
SZ	14.4	64.4	28.7	42.2
OW	7.5	40.7	14.8	29.2
NW	9.8	64.7	20.5	45.0
GL	45.5	89.6	31.5	79.0
ZG	15.4	62.7	37.1	79.7
FR	89.3	88.6	102.5	70.1
VS	55.5	114.3	61.5	123.3
BS	441.0	196.4	235.3	248.3
BL	32.2	146.2	89.1	184.2
SH	1.4	11.4	1.4	12.4
SH	7.5	58.2	32.1	58.2
AR	8.9	28.8	11.8	21.2
AI	32.7	89.6	49.8	61.0
GR	38.5	89.6	49.8	71.6
AG	41.3	96.3	58.2	115.1
GR	52.6	114.3	79.0	93.9
TI	40.0	91.3	49.2	91.3
VD	125.6	89.8	105.6	119.9
VS	23.8	114.3	61.5	79.7
NE	84.5	126.6	151.5	126.6
GE	375.9	267.6	329.2	349.8
Mittel	71.9	100.5	85.2	105.7

Setzt man nun diese Belastungswerte zu dem Bruttosozialprodukt pro Kopf, dem behelfsmässigen Indikator für die finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, in Beziehung, so stellt man fest, dass einige «starke» Kantone tendenziell unter, gewisse «mittelstarke» Kantone jedoch überbelastet würden. Für eine detailliertere Analyse müssten nicht nur weitere Indikatoren für die «Leistungsfähigkeit», sondern auch die von den Kantonen ausserhalb des Bildungsbereichs zu erfüllenden Infrastrukturaufgaben berücksichtigt werden. Im weiteren wäre vermehrt das Grenzkostenprinzip zu berücksichtigen.

Zürichs grösste Auswahl

la Capa

Toll! Technis in jeder Form poschert me bim Willy Korn

Jeans-Shop beim Poly

Sonnegasse 21 8006 Zürich

Gratisanpassung

Legi 5% Rabatt

Auswahlen in die ganze Schweiz

Unser Briefkasten für Ahnungslose

Lieber Onkel Adolar!

Frau M.F. in O. Ihre Besorgnis, aus dem Telefongespräch zwischen Bundesrat Gnägi und Dieter Bührle könnte ersterer ein kleines Sprengsatz erwachsen, ist grundlos. Es handelt sich ja auch nur um einige Sprengsätze, die im Koffer eines Bührle-Direktors gefunden worden waren, als dieser ihn im Flugzeug liegenliess. Bührle konnte auf glaubwürdige Weise glaubhaft machen, es habe sich dabei um banale Höhenmesser gehandelt. Da Bundesrat Furgler seine Telefonschnüffeleien nur auf echt subversive Elemente beschränkt, schwebt Bührle nicht in Gefahr: denn 1. haben ihn die 20 000 Fr. Busse für seine unberechtigterweise zum Skandal aufgebaute Millionengeschäfte sicher zu Reue und Einsicht gebracht, und 2. kann er seine Waffenführungstätigkeit seit geraumer Zeit mit vollem Wissen des Bundesrates – also nicht subversiv – fortführen.

Herr O.P.E. in L. Sie möchten wissen, wie man eigentlich an einem Sonntagabend von Chur nach Zürich fahren könne, ohne stundenlange Wartezeiten in den kilometerlangen Autoschlangen auf der Walenseestrasse zu verbringen. Es bestehen mehrere Möglichkeiten. Falls Sie an der absolut schnellsten interessiert sind: Chur ab 19.00 Uhr, Zürich an 20.20 Uhr, mit Halt in Zürich-Engel.

Frau G.A. in S. Natürlich hat die Gaspreiserhöhung in Basel ab 1. Juli 1974 nichts zu tun mit dem massenhaften Ausströmen von Gas infolge der Umstellung auf Erdgas. Denn trotz dem Verlust von Millionen Steuerfranken erweist sich das Erdgas als sehr einträglich, vor allem für die Hersteller der neuen Apparate. Die Gaspreiserhöhung wurde angeordnet, um die Rechnung des Gaswerks wenn möglich ohne Defizit abzuschliessen. Das Defizit ist Folge der Teuerung auf dem Energiesektor, welche eine Folge der Teuerung allgemein darstellt, eine Folge wiederum der Teuerung überhaupt.

Säuberungen an der Schule für Sozialarbeit Solothurn:

Der gute Hirte und die verirrtten Schafe

Ende April konnte der Kenner schweizerischer Parteipolitik eine interessante Meldung seiner Zeitung entnehmen: Urs C. Reinhardt, der Generalsekretär der Christlichdemokratischen Volkspartei, trat von seinem Posten zurück, um «der Berufung zum Rektor der Schule für Sozialarbeit in Solothurn Folge zu leisten». Nun verliert wohl die CVP einen «gewiegten und mutigen Politiker» (CVP-Organ «Vaterland»), doch die Schule für Sozialarbeit in Solothurn gewinnt einen Rektor, dem – so Frank A. Meyer in der «National-Zeitung» – «Führungsqualitäten und Teamgeist» fehlen. Die Schule hat den ihr aufgezwungenen neuen Rektor nicht ohne Protest akzeptiert.

Die Schule für Sozialarbeit in Solothurn besteht in ihrer heutigen Form seit 1968, getragen vom «Seraphischen Liebeswerk», einer katholischen Organisation, die sich hauptsächlich der Fürsorge und der Heimerziehung widmet. Die Schule beschränkt in der Ausbildung der Sozialarbeiter einen neuen Weg, der sich durch die Bereitschaft zu einem toleranten Dialog Schüler-Dozenten-Oeffentlichkeit und durch einen unautoritären Führungsstil auszeichnete. Es wurde versucht, den Bildungsweg zu einer fruchtbaren Kombination von theoretischer Ausbildung und praktischer Arbeit auszubauen. Den Studenten wurde durch eine umfassende Information (sie konnten an den Sitzungen des Dozentenstabs teilnehmen) die aktive Teilnahme an der Schularbeit ermöglicht: die Mitbestimmung war weitgehend verwirklicht. Man widmete sich besonders der Öffentlichkeitsarbeit in Praktiken, Kontakten zu verwandten Berufsgruppen, Ausarbeitung von konkreten Projekten. Im «Projekt 73» wurden von einer Klasse neue Möglichkeiten von kreativen Kinderspielflächen praktisch verwirklicht und in den drei Städten Solothurn, Olten und Baden mit einem grossen Echo vorgestellt.

Industrielle Familienbande

1972 wurde die Schule denn auch von der SASSA (Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Schulen für Sozialarbeit) offiziell anerkannt. Die Schule genoss wegen ihres in der deutschen Schweiz einzigartigen Konzepts von Sozialarbeiterausbildung bei weiten Kreisen ein grosses Ansehen. Angriffe gab es – laut dem Vertreter des Kantons in der Schulkommission – keine, ganz im Gegenteil: der Kanton erwog eine Erhöhung der Subventionen. Und trotzdem: gewissen Kreisen scheint die Führung der Schule nicht in den Kram gepasst zu haben. Das

Steuer soll um 180 Grad herumgeworfen werden.

Der gesundheitsbedingte Rücktritt des bisherigen Rektors Werner Ziltner Ende Februar scheint ein willkommenes Anlass dazu gewesen zu sein. Ein ad hoc gebildeter Ausschuss begann, die bisherige Arbeit der Schule und ihrer Dozenten kritisch unter die Lupe zu nehmen. In einem knapp vor den Frühlingsferien den Dozenten vorgelegten Papier kritisierte er «mangelnde Konzeptualisierung der Schularbeit und «mangelnde fachliche Qualifizierung» einiger Lehrer. Was jedoch das Liebeswerk am meisten zu befürchten schien, war der Verlust seiner Machtansprüche auf die Schulleitung. Man forderte eine neue Standortbestimmung und eine Gesundenschimpfung.

Als erste Massnahme berief nun der Träger der Schule einen neuen Rektor: Urs C. Reinhardt wurde unmittelbar nach den Ferien nominiert. Die Umstände dieser «Berufung» sind interessant: man hielt es nicht für nötig, die Stelle öffentlich auszuschreiben, und man stellte sowohl die Dozenten als auch die Schüler vor die vollendeten Tatsachen, das heisst vor den gewählten Rektor. Weder seine zukünftigen Mitarbeiter noch die Studenten waren um ihre Meinung, geschweige denn um ihre Zustimmung gefragt worden. Es ist dazu äusserst fraglich, woher der neugewählte Rektor, ausgebildeter Jurist und Philosoph, Redaktor der «Schweizer Rundschau» und Parteipolitiker der «dynamischen Mitte», die fachlichen Qualifikationen holt, die Schule für Sozialarbeit zu führen. Seine Trümpfe sind wohl eher seine ideologischen Qualitäten als rechte Vertreter des katholischen Establishments, der selbst gewissen CVP-Kreisen zu konservativ war.

Seine Werte stünden jenen des Seraphischen Liebeswerkes nahe, wird betont. Freilich, nicht nur seine Werte; auch familiäre Bindungen mögen ihre Hand im Spiel haben. Reinhardts Frau

nämlich ist eine Schwester der Gattin des Präsidenten der Schulkommission, welche die Rektorwahl vorgenommen hatte; sie entstammen der Solothurner Industrielldynastie Meyer, Beherrscherin der Uhrenfabrik Roamer. Die Meyers sind mit dem Liebeswerk aufs engste verbunden (schon die Gattin des Gründers stammte aus der Uhrenfamilie) und haben sich ihren Einfluss durch die Zeiten hindurch mit grosszügigen Stiftungen und dem selbstlosen Einsatz ihrer Schwiegeröhne bewahrt.

Liebeswerk mit Rosskur

Doch die Kommission des Seraphischen Liebeswerkes hielt neben dem neuen Rektor noch weitere Überwachungen bereit:

● Sie beschloss, im Herbst trotz der erfolgten Zusage an einige Kandidaten keine neuen Studenten aufzunehmen.

● Im Rahmen der «Gesundenschimpfung» wurde einem bewährten Dozenten wegen «fachlicher und emotionaler Divergenzen mit dem Träger» gekündigt.

● Die übrigen Mitglieder des Stabes erhielten die Aufforderung, ihre Stellung gegenüber dem Liebeswerk zu definieren und ihre fachlichen und weltanschaulichen Ansichten in Form eines Papiers niederzulegen;

● Den Studenten wurde angedeutet, jeder einzelne müsse sich auf neue qualifizieren, um an der Schule bleiben zu können.

Die fadenscheinige Begründung der Kündigung an den Dozenten, den man verdächtigt, Marxist zu sein, und die Forderung nach der Standortbestimmung der andern lassen durchblicken, was hinter diesem grossen Reineinmachen steht: die Rückführung des verlorenen Schafes in die grosse rechtgläubige Herde, bewacht von Liebeswerk und CVP. Schüler und Dozenten glauben jedoch auch, dass die «guten Hirten» nicht zögern werden, das verirrtte Schaf notzuschlachten, falls es sich als allzu störrisch erweisen sollte.

Christliches Kapital und christliche Partei vereint

Weder Vertreter des Trägers noch der designierte Rektor sind bereit, die

Vorkommnisse an der Schule zu kommentieren. Das Seraphische Liebeswerk erklärt lakonisch, es könne «nicht länger verantworten, eine Schule zu finanzieren, die über diffuse Wert- und Wissenskonzepte verfügt». Reinhardt seinerseits verkündet, er sei vor seinem Amtsantritt als Rektor nicht bereit, über die Sache Auskunft zu geben: «Meine jetzige Tätigkeit und meine zukünftigen Aufgaben haben nichts miteinander zu tun.» Dank seiner finanziellen Macht kann es sich das Liebeswerk leisten, niemandem für seine Schritte Rechenschaft abzulegen.

Die Schüler und die Dozenten sind deshalb auch äusserst vorsichtig in ihrer Politik: immer wieder suchen sie den Dialog mit dem Träger; jede kämpferische Konfrontation soll tunlichst vermieden werden. Doch die seraphischen Fräuleins beharren auf ihrem kompromisslosen Kurs: man hält das Gespräch mit Schülern und Lehrern für wertlos. Darum haben einige Dozenten und Studenten bereits angefangen, sich die Möglichkeiten einer Alternativschule zu überlegen: Dozenten und Schüler wären voran, auch Räumlichkeiten wären aufzutreiben, aber eben: das Geld fehlt, das haben die Seraphen», erklärte ein Dozent.

Es scheint, dass hier, gemeinsam von christlichem Kapital und christlicher Partei, ein Versuch im Keime erstickt wird, der endlich ein demokratisches Schulmodell zum Ziele hatte. Studenten und Lehrer haben trotz ihren Protesten wenig Hoffnung, ihre Schule gegen die mächtigen Interessen eines im Hintergrund bleibenden Gegners zu retten.

Jürg Bischoff

Als Kind

davon geträumt, einmal im Leben mit einer geliebten Frau auf der Ruine beim Katzensee zu stehen, ganz ruhig, ganz froh die Vögel, die Bäche im Licht, im Schatten je nach Tageszeit und Wetterglück. Gestern nun mit einer Frau auf der Ruine gestanden, Auto um Auto gehört, und gewusst, dass diese Frau nicht die Frau ist, von der ich träumte, mit Hölderlin unter dem Arm und Schubert im Ohr. Verdammst, verflucht und wunderbar.

FERIENZÜGE(LN)

Als erfahrenes Zügelunternehmen für Feriengestülte ist der SSR nicht im Zuge der Zeit stehengeblieben. Seit dem Programmerscheinen sind die neuen Destinationen Frankfurt, Innsbruck, Köln, Salzburg, Berlin, Düsseldorf und Hamburg hinzugekommen. Oder anders ausgedrückt: 34 europäische Städte kannst Du verbilligt mit dem Zug erreichen:

Unter Fr. 50.—

Ancona	Fr. 41.—
Florenz	Fr. 35.—
Frankfurt	Fr. 36.—
Innsbruck	Fr. 26.—
Köln	Fr. 50.—
München	Fr. 35.—
Rom	Fr. 47.—
Salzburg	Fr. 38.—
Venedig	Fr. 34.—
Wien	Fr. 48.—

Ueber Fr. 50.—

Amsterdam	Fr. 77.—
Barcelona	Fr. 78.—
Berlin	Fr. 70.—
Budapest	Fr. 56.—
Düsseldorf	Fr. 54.—
Hamburg	Fr. 75.—
Istanbul	Fr. 118.—
Kopenhagen	Fr. 107.—
London	Fr. 90.—
Paris retour	Fr. 80.—
Rijeka	Fr. 53.—
Stockholm	Fr. 162.—

Alle Preise einfach ab Zürich



SSR

Schweizerischer Studentenreisedienst

Basel, Bern, Genève, Lausanne, Lyon, Neuchâtel, St. Gallen, Zürich



«Wir wollen eine Literatur der Arbeitswelt herstellen»:

Aus der Werkstatt geschrieben

Sieft einiger Zeit versuchen zehn Leute in Zürich, eine neue Literatur aufzubauen. Die «Werkstatt schreibender Arbeiter», wie sich die Gruppe nennt, bildet damit die schweizerische Vertretung der dreissig im «Werkkreis der Literatur der Arbeitswelt» zusammengeschlossenen Gruppen. Welche Gründe zur Bildung dieser Werkstatt führten, welche Ziele

verfolgt werden, aber auch welchen Problemen sie gegenübersteht, will der folgende Artikel darstellen. Daneben drucken wir zwei Beispiele aus der bisherigen Arbeit der Zürcher Gruppe ab, die das Bemühen der «Werkstatt» verständlich machen und zu weiterer Lektüre anregen sollen.

Der herkömmliche Literaturbetrieb ist, um mit Adorno zu reden, nur Teil der gesamten «Kulturindustrie». Als solches unterliegt er den bestehenden Marktgesetzen: er hat Profit zu bringen. Die Massenproduktion von Literatur schlägt sich nieder in seichter, verdummender Lesewaren, die dem Leser Welten vorkauften, an denen er nicht teil hat und die ihn nichts angehen. Daneben geht noch eine hochgeistige Produktion einher, die zwar teilweise zu hohem Problembewusstsein gelangt, aber ihrer Esoterik wegen keine breiten Bevölkerungsschichten erreichen kann.

Um dieses Produktions- und Ideenmonopol zu brechen, wurde in der BRD im Frühling 1970 der «Werkkreis Literatur der Arbeitswelt» gegründet. Aufgabe des Werkkreises ist, die Lage in den Betrieben – für die grosse Mehrheit der Bevölkerung acht und mehr Stunden am Tag harte Wirklichkeit – einem grösseren Publikum bewusst zu machen.

Sich der Klassensituation bewusst werden

Was in der BRD aufgebaut wurde und schon beachtliche Erfolge gebracht hat, will die «Werkstatt» auch in der Schweiz versuchen. Zehn Arbeiter, die Lust am Schreiben haben, produzieren Texte, die sie einander vorlegen und gemeinsam diskutieren. «Arbeiter» verstehen sie in einem relativ weiten Sinn als Lohnabhängige, Nichtprivilegierte, das heisst ebenso wie Anesthetisten, Journalisten, Lehrer, Studenten. Die Diskussion der Texte bildet die zentrale Arbeit. Durch sie wird die Zielsetzung praktisch: Bewusstwerdung und Bewusstmachen der Klassensituation.

Die zwei folgenden Texte «Kapitalistische Lebensweisheiten» sollen beispielhaft zeigen, wie die «Werkstatt» arbeitet. Die erste Fassung des Textes wurde in der Gruppe diskutiert und kritisiert, wobei keine Einigung zustande kam. Anhand der Kritik entstand, von einem anderen Mitglied geschrieben, die zweite Fassung.

Kapitalistische Lebensweisheiten

1. Fassung von Ralf Winkler

Es steht geschrieben:
Der Arme helfe dem Reichen, der Kranke dem Gesunden, der Schwache dem Starken, der Abhängige dem Bestimmenden.
Der «Reiche» helfe, die Armen noch ärmer zu machen, auf dass die Super-«Gesunden» noch dicker werden.
Der Dicke helfe, die Schwachen noch schwächer zu machen, auf dass der «Starke» seinem «gesunden» Macht-wahn noch perverser frönen kann.
Der Grosse helfe – u. a. mit Hilfe des Hermandätel – den Kleinen noch mehr zu unterdrücken, auf dass die Betroffenen noch reichlicher die Dummen sind.
Der «Gescheite» helfe dem Volk, alles noch weniger zu verstehen, auf dass den raffiniert Versklavten noch mehr «Freiheit» und unheilbarer «Wohlstand» erwachse.
Alles etwas verworren? Nein, keineswegs! Alles so klar, so gesund und unüber-trefflich geordnet, wie nur das kapitalistische System jaucheklar, krebsigessund und s. a. u.-ordentlich (super- abgefeimt-unsagbar-gordentlich) sein kann.
Darum helfe der Geistliche und Gelehrte im Dienste des Dicken, Super-«Gesunden» und Mächtigen, das Volk noch blinder zu machen, auf dass die «freie Welt» noch goldiger leuchte.
Darum helfe der Werbemann, der Verdummungs-, Verführungs- und Rüstungstechniker im Dienste des «Gescheiten» und «reichen» Umverdrückten, die Hirne noch mehr zu versuchen, die Schwertner noch schärfer zu wetzen und reichlicher abzusetzen, die Nationen noch «freiheitliebender» und «verteidigungs-bereiter» aufzupfuschen, auf dass schlachtfelderzeugter «Friede» recht oft und recht blutig erstrahle.
Darum helfe der Zeitungsschreiber, der Lehrer, der Politiker, der Intellektuelle jedweder Sparte im Dienste des mächtigen Bestimmers, das Volk noch untertäniger, noch blinder, noch kränker, noch ärmer, noch unwissender und noch abgestumpfter zu machen, auf dass bald alle verrecke, der Profit hingegen sich mehr zu grossen Wohlgefallen des Götz von Mammoningen.
So sei, so bleibe es bis in alle kapitalistische Ewigkeit – die bald ein Ende nehmen möge.

Studium abgeschlossen? Ein Jahr im Praktikum? Aber «konzept» wollen Sie doch nicht vermissen! Sie finden einen Abonnier-tal in dieser Nummer.

2. Fassung von Beat Eberle

Der Arme helfe dem Reichen
Der Kranke dem Gesunden
Der Schwache dem Starken
Der Abhängige dem Bestimmenden
Zum Wohle des Volkes, wie der Politiker sagt
Zum Wohlstand, wie der Unternehmer sagt
Zu Freiheit und Recht und Ordnung und Frieden
Zur Blüte unserer Wirtschaft, unseres Staates
Unseres Volkes, unseres Gemeinwohls
Es seien zu bringen Opfer, Verzicht
Menschenopfer auch:
Verkehrstote, Kriegstote, Rauschgift-tote
Alkoholiker, Strafgefangene, Akkordar-beiter
Es helfe zu verschleiern,
zu beschönigen, zu verschönern:
Der Journalist, der Werbefachmann, der Künstler
Es helfe zu verheimlichen, zu verblenden:
Der Intellektuelle, der Lehrer
So sei Hilf von allen
zu erhalten, zu fördern, zu bauen
am babylonischen Turm
zu jeder Stunde
mit Lüge und Betrug und Steuerhinter-ziehung
und Tantiemen aus Verwaltungsratsitz-ungen
und friedlichen Worten des Pfarrers am Grab
auf dass sie ruhen in Frieden, die keine Ruhe hatten
bis in alle kapitalistische Ewigkeit.

Labirintisches

Von Ralf Winkler

Herr und Frau Dummerli spazierten durch die schöne, weite und freie Welt. Noch kurz zuvor hatten sie die Hölle-Lochgrube besucht und waren beindruckt von diesem naturgeschaffenen, weitläufigen, unterirdischen Gangsystem, in welchem sich Unkundige so leicht verirren. Nun gelangten sie zu einem neuen Mirakel. Sozusagen vor ein freies Weltwunder. Da war so etwas wie eine Schaubude, aber von riesen-haem Ausmass. Mitten in der Vorder-front, welche etwas kitschig gemalt, wohl ein Paradies darstellen sollte, befand sich ein grosses Tor mit der Uberschrift: «Freie Marktwirtschaft». Einige Gaukler – oder waren es Gauner – luden wörtlich zum Besuch ein. «Das müssen Sie erlebt haben! Wer den Schritt durchs Tor wagt, der sichert sich ein Maximum an Frieden, Freiheit, Fortschritt und Wohlstand.

eigenes Lektorat innehat und ohne Einmischung des Verlags produzieren kann. Diese Produktion, die grosse interne Probleme mit sich bringt (z. B. die ungenügende Werbung, die mangelnde Bezahlung der Lektoren – zeigt dennoch nicht zu unterschätzende Vorteile. So ist es zum Beispiel dank der Buchform möglich, Texte in Schulbüchern unterzubringen, auch, diese Bücher in Schulen zu verwenden. Leiter von Jugendheimen sind eher bereit, Texte aus Büchern, die man überall kaufen kann, lesen zu lassen. Der Verdacht von Schöngesteiner oder Linksradikalismus bringt so Lesungen nicht zu Fall.

Partei ergreifen

Die Zürcher «Werkstatt» hat ein grosses Konzept aufgestellt. Ein bedeutender Versuch innerhalb einer erdrückenden Produktion hat seinen Anfang genommen. Doch die zehn schreibenden Arbeiter sind sich ihrer Grenzen wohl bewusst. Sie wissen, dass sich mit Büchern keine politischen Aktionen ausführen lassen, ja nicht einmal auslösen können. Sie können aber mit Literatur in einem bestehenden Veränderungsprozess Partei ergreifen: Sie können mit der Propagierung die Kämpfe der Arbeiter unterstützen.

Ruedi Küng

Die «Werkstatt» in Zürich hat bisher ein Werkstattheft veröffentlicht. Anfragen können gestellt werden an: B. Wenger, Oltreitstr. 28, 8001 Letikon

Im Fischer-Verlag sind bisher sechs Bücher des «Werkkreises» erschienen: «Gehören oder kaputtgehen», «Lila Kollegien», «Solltes für uns», «Schichtarbeit», «Der rote Grosstar erzählt», «Muskelschrotts».

Ein Narr, wer sich das entgehen lässt! Treten Sie ein, meine Herrschaften! – «Wollen wir?» fragte Herr Dummerli seine Frau. Worauf sie zustimmend nickte. – Sie traten ein. (Der Chronist am Rande der Szene notierte: 2 Neueintritte!) Gleich hinter dem Tor befanden sich links und rechts Läden und Warenhäuser mit wunderschönen Auslagen. Beinahe noch schöner als in der schönsten Bahnhofstrasse der Welt und dem angegliederten Shop-Ville. Die Dummerlis konnten sich kaum sattsehen. (Der Chronist vermerkte: Besitzsucht angeregt.) Frau Dummerli meinte: «Schau, das Ding da rechts möchte ich haben». War es, weil dabei auf einem Plakat stand: «Für fortschrittliche Menschen und zum schöner Leben unentbehrlich»! Denn wer will schon rückständig sein und weniger schön leben? Die beiden betraten den Laden, um sich nach den Erwerbs- bzw. den Bezugsbedingungen zu erkundigen. «Ganz einfach! Für nur 270 pfundiges Dollarfrankenmark könnt ihr es mitnehmen. Aha, wie ich merke, habt ihr kein Geld, und müchtet wissen, wo pfundiges Dollarfrankenmark erhältlich ist. Auch das lässt sich leicht machen. Ihr geht bis ans Ende der Ladenstrasse. Dann gleich rechts kommt ein Tor, wo steht: 'Arbeit macht frei!' Da tretet ihr ein. Das Weitere ergibt sich. Und nachher kommt ihr wieder bei uns vorbei. Auf Wiedersehen»

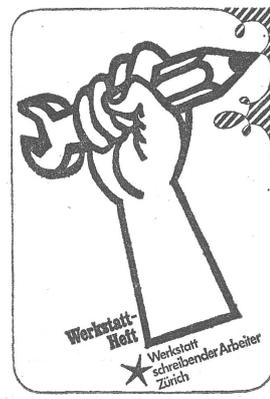
Dummerlis taten wie geraten. Vor dem genannten Tor wurden sie als Sozialpartner herzlich willkommen geheissen. Es traf sie sich gar, man hätte gerade eine schöne arbeitstägliche Toilette für sie bereit. Man führte sie in eine Halle – oh, Graus, war da ein Gestank und ein Höllenlärm! – und lehrte sie, die arbeitsteiligen Teilchen herzustellen. Von Sonnenaufgang bis Sonnenaufgang. Dann übergab man ihnen ein Tütchen mit pfundigem Dollarfrankenmark. Es ungeöffnet in die Tasche steckend, begaben sich die Dummerlis damit in den Laden, um sich ihr Dings-da-rechts zu holen. «Es reicht leider noch nicht ganz. Es braucht noch zweimal so viel», erhielten sie da zu ihrer Enttäuschung den Bescheid. «Aber weil ihr es seid, geben wir euch das Dings-da-rechts bei Ablieferung der morgigen Tüte, und den Rest des pfundigen Dollarfrankenmarks könnt ihr uns dann am dritten Tag bringen.» Was nun tun? «Umsonst wollen wir doch nicht die Mühen eines Arbeit-macht-frei-Werktages auf uns genommen haben. Also gehen wir halt nochmals für 2 Tage hin», sagten sich die Dummerlis. (Der Chronist notierte: Abstumpfungprozess setzt ein.) Doch der nächste Arbeit-macht-frei-Werk-Arbeitstag mit den ewig gleichen Handgriffen zur Herstellung arbeitstäglicher Teilchen fiel den beiden noch schwerer als tags zuvor. Lange vor Sonnenaufgang, als es die Dummerlis kaum mehr aushielten, da wusste ein ebenfalls arbeitsteiliger Teilchen produzierender Kollege Rat. «Da, nehmt mal einen Schluck aus meiner Flasche und einen Zug aus meinem glimmenden Glücksstengel, und es geht wieder bes-

ser.» Tatsächlich schien es so, als ginge es wieder besser. Aber noch bevor die Sonne ganz untergegangen war, war es ihnen dermassen miserabel zu Mute, dass sie gleich nach zwei Schlücken aus der Flasche und zwei Zügen aus dem glimmenden Glücksstengel verlangten. (Der Chronist vermerkte: Drogenabhängigkeit und -gewöhnung setzt ein.) Als sie es für diesen Tag endlich geschafft hatten, erhielten die Dummerlis ihr zweites Tütchen mit pfundigem Dollarfrankenmark und holten sich prompt ihr Dings-da-rechts ab. Aber geschlagen wie Hunde von zwei Tagen Arbeit im Arbeit-macht-frei-Werk, wurden sie ihres Besitzes nicht recht froh.

«Hätten wir nicht vielleicht doch besser das Dings noch mehr rechts genommen, wo dabeistand: 'Macht das Leben doppelt so schön?' fragte Herr Dummerli seine Frau. «Ja, vielleicht. Aber sei es wie es wolle, für unseren morgigen Aufenthalt von Sonnenaufgang bis Sonnenaufgang ist gesorgt.»

Es geht alles vorüber. Selbst ein dritter Arbeitstag im Robotern-macht-frei-Werk. Immerhin klagten sie dabei dem immer ratwissenden Arbeitskollegen ihre schlechten Erfahrungen mit dem gestern erworbenen Dings-da-rechts-ding. Und siehe, er wusste wiederum Rat. «Wäret ihr doch in den Laden Wiesahwi gegangen gleich gegenüber. Die haben noch viel schönere Sachen, welche man sofort auf Kredit mitnehmen kann und dafür allerdings eine Rente in der Kreide steht. Aber besser das, als ohne Schöner-lebe-Dingse in der Tinte zu sitzen.»

Am dritten Tag gingen die Dummerlis, von ihrem Macht-frei-Tagewerk unbefriedigter denn je, nach der abendlichen Restzahlung für das – von ihnen



inzwischen längst verfluchte – Dings-da-rechts-Ding in den Laden Wiesahwi. «Tatsächlich, unser Kollege hat recht! So Schönes sahen wir noch nie. Und diese ganze Pracht, diese schöne Musik, der herrliche Lichterglanz und die freundlichen Gesichter der Ladenberater! Einfach wunderbar!» (Chronist: Bemerkenswert Anfalligkeit auf Schein und Heuchelei. Illusionsgradmesser und Heuchelmeter zwar fällig, aber noch nicht erfunden.)

Bald entdeckten die Dummerlis das Ding, das sie am liebsten besitzen wollten, und wandten sich an den zuständigen Berater. «Ich gratuliere Ihnen», sagte der, «dass ist wirklich unser schönstes Stück. Ich gebe es Ihnen gleich mit.» – «Ja, ohne dass wir Ihnen jetzt ein Tütchen pfundiges Dollarfrankenmark geben müssen?» – «Ja, völlig ohne! Nur ein paar kleine Formalitäten sind zu erfüllen. Unterschrift und so.

konzept Tip
In dieser Spalte veröffentlicht die Redaktion von «konzept» Hinweise auf Lesenswerte Publikationen ausserhalb der kommerziellen Produktion, die ihr zugestellt werden.

Di ander Zülig

Eine Woche lang haben die Studenten des publizistischen Seminars an der Universität Zürich, der erfolglosen Auseinandersetzung um die Berücksichtigung studentischer Lerninteressen überdrüssig, eine Alternativ-Tageszeitung herausgegeben. «Diese Zeitung ist anders, weil darin Dinge stehen, die in «Tages-Anzeiger», «Blick», «Tat» usw. fehlen: nämlich Hintergrundberichte aus Zürichs Lokalbereich; ein täglicher Wirtschaftsteil vom Standpunkt der Lohnabhängigen betrachtet; ungereimte Vorgänge in den Massenmedien der Schweiz; ein Feuilleton mit Arbeiterliteratur und noch viel mehr» versprechen die Zeitungsmacher auf Zeit ihren Lesern. Ihr Versprechen lösten sie ein mit Artikeln wie «Inflation: Wer verdient daran?», «Tat muss entlassenen Typographen wieder einstellen», einer Kritik der Presseberichterstattung der Frauenstudie der Zürcher Soziologen (s. «konzept» Nr. 574, Mai 74) oder

Wo arbeiteten Sie denn bisher?» Und als er darauf die Antwort erhielt, fuhr er fort: «Jetzt noch einen Rat, gehen Sie doch beim 'Arbeit macht frei'-Tor die Strasse noch etwas tiefer hinunter. Da kommen Sie zur 'Arbeit macht frei'-Fabrik. Dort sind die Tüten bedeutend grösser, und Sie sind schneller ihrer Verpflichtung ledig.»

Hochbeglückt verliessen Herr und Frau Dummerli den Wiesahwi-Laden und freuten sich noch einen grossen Teil des Abends am schönsten Nachschöner-Ding. Freuten sich, bis ihnen aufdämmerte – Herr Dummerli hatte inzwischen im miterhaltenen Vertragspapier etwas geschmuffelt –, dass auch für dieses Ding der Preis zu entrichten sei. Und war für ein Preis! Doch dann sagten sie sich: «Wir wären ja Narren, gingen wir morgen zwischen Sonnenauf- und untergang nicht in die Arbeit-macht-frei-Fabrik.» Und weil sie selbstverständlich keine Narren sein wollten, handelten sie beinahe entsprechend und brachten sich vorerst sechs Tage lang um die Sonne im Gbt-grössere-Tüten-Werk. Dann nochmals sechs. Zwar war hier der Lärm noch höllischer, der Gestank noch widerlicher, die Mühen, arbeitsteilige Teilchen herzustellen, doch grösser. Aber am Abend gab's tatsächlich ein grösseres Tütchen, auf das der Wiesahwi-Laden wartete. Und noch bevor das drittmale sechs Tage um waren, hatten die Dummerlis (vom Chronisten getreulich notiert) im Freimarktparadies eine Reihe neuer Möglichkeiten versucht, wie abends jeweils die Pein einer Arbeit-macht-frei-Fabrik Arbeit vielleicht zu mildern und auszugleichen sei.

So waren sie unter anderem in die Fressackgasse geraten (Motto: «Der Zuckerbäcker macht Dein Leben noch süsser!»). Dann in die Sportsackgasse («Langläufer leben länger!»). Auch in anderweitigen Hobbysackgassen (Motto: «Freizeit, Dein zweites Leben!») versuchten sie es. Sogar in die Partien-sackgasse («Für die Erhaltung des Bewährten» oder «Wir ändern alles noch schneller zum Bessern») kirchen sie. Nicht zuletzt auch in die Kirchen-sackgasse («Wir reservieren Deiner Seele einen Platz im besseren Jenseits», «Jesus ruf Dich»). Wobei sogar den Dummerlis beinahe das Licht aufging, in letzterer Gasse wurde grosszügig übersehen, dass ein -Schwindel, ein Selbstbetrug gewöhnlich den nächsten ruft, der prompt folgt.

Nach bevor die letzte Räte der Dummerlis aus der Arbeit-macht-frei-Fabrik in den Wiesahwi-Laden getragen war, pinselte man, von den fleissig zirkulierenden Paradieswächtern uner-tappt, irgendein subversives Element vor die Torauschrift das Wort «Zwang» und machte aus dem kleinen f in «freier» ein Grosse, so dass es hiess: «Zwangsarbeit macht Freier!» Geschah es wohl allerdings, weil manche der «Besseren» verdienen, dass Arbeit-macht-frei-Fabrikler gute Kunden im Dimeniviertel des Paradieses «freie Marktwirtschaft» waren? Jedenfalls, paradisiessch wie alles war, stöhnten die Dummerlis wiederholt: «Wären wir doch nie in diese Schaubude geraten!» Wobei Herr Dummerli statt Schaubude einige Male das Wort «Saubude» entschlopfte und dabei nicht ganz klar war, meinte er nur die Fabrik oder aber das Ganze.

Immer mehr erinnerten sie sich: «Ach, wie gemütlich und schön war es doch zuvor im Hölloch!» Und sie ächzten: «Ach, wenn wir doch nur endlich den Ausstieg aus diesem, durch die Unnatur von... von... Profitsüchtigen und Scheffeltüchtigen geschaffenen verdammten kapitalistischen Labirint finden könnten! Gibt's denn da, wenn man hinter das Einwegtor 'Freie Marktwirtschaft' geraten ist, wirklich keinen Weg mehr zurück?»

Berichten über die Werbewirtschaft oder das Gesundheitswesen. Weitere Wirtschaftsbeiträge waren «Das Geschäft mit der Notlage» (Wer profitiert von der 2. und 3. Säule?), «Geschäftsbericht – einmal lesbar» (Gewinne und stille Reserven der Paillard AG), «Wer bezahlt die Steuern» (Reichtumssteuer), «Arbeit ist nicht immer human» in Beiträgen über die Massenmedien wurde die Einseitigkeit der Fernsehensendung («Tatsachen und Meinungen») kritisiert, der Ringier-Konzern durchleuchtet, die Unabhängigkeit des «Tages-Anzeigers» untersucht und gezeigt, wie sog. Auslandskorrespondenten öfters nicht vom Ort selbst her berichten, sondern von ihrem Schreibtisch in der Schweiz oder irgendeinem Land aus. In jeder Ausgabe sind die Rubriken «Für Sie gelesen – für Sie kommentiert», «Für Sie schreibt...» (Vorstellung kritischer Zeitschriften) und «Fürs Kapital schreibt», eine Gastkolumne und eine Feuilletonspalte mit Arbeiterliteratur zu finden. Sämtliche fünf Nummern können zum Multiplik-Preis von 3 Fr. in Briefmarken bei «Di ander Zülig», 8035 Zürich, bestellt werden.

Türkei

Das Türkei-Komitee hat eine erste Informationschrift über die Türkei unter dem Titel Dayanisma veröffentlicht. Aus dem Inhalt: Die politische Situation nach den Wahlen vom Oktober 1973, Türkei-tourismus, Emigration. Die Schrift ist erhältlich beim: Türkei-Komitee, Postfach 299, 8035 Zürich.

Uni Bern: Wachsender Widerstand gegen Soziologie Rüegg

Saubermachers Alptraum

In unserer Februar-Nummer berichteten wir über Walter Rüeggs unermüden Kampf gegen die Windmühlen angeblicher politischer Subversion an den Hochschulen. Was Rüegg Bauweh macht, ist vor allem der Ruf immer breiterer Studentenkreise nach gesellschaftlichem Fortschritt und nach einer Ausbildung, die diesem verpflichtet sei. Deshalb hat er - wie wir es in unserem Artikel voraussahen - seinen Busenfreund Viggo Graf von Blücher auf den vakanten Lehrstuhl am Institut geholt. Und damit eine massive studentische Opposition ausgelöst.

Das studentische Unbehagen gegen den Direktor des Soziologischen Instituts der Universität Bern, Walter Rüegg, ist sattsam bekannt und wird auch von einer breiteren Öffentlichkeit unterstützt, so von der Schweiz, Gesellschaft für Soziologie. Am 1. April wurde die seit einiger Zeit vakante Stelle des Extraordinarius mit Viggo Graf von Blücher besetzt. Dieser, 60jährig, war noch nicht habilitiert und ist bis jetzt, nach jahrelanger Offizierskarriere im Hitler-Deutschland und einem Nachkriegsstudium, langjähriger Direktor des privaten Marktforschungsinstituts EMNID in Bielefeld. Sein Lebensabend, dem von der Industrie geforderten Stress abhold, wird ihm von der Erziehungsdirektion durch Einkauf in die Pensionskasse und versprochene «gräfliche» Wohnverhältnisse versüßt.

Unmittelbar auf die Disziplinierung der Studenten ausgerichtet als ein fragwürdiges Lehrangebot ist die Organisation des Soziologiestudiums im zu Anfang des Sommersemesters veröffentlichten Feinprofil. Hiermit sollen die Studenten wieder in die Rüeggschen Vorlesungen gezwungen werden, die sie bisher konsequent gemieden haben. Zwischenprüfungen, Leistungs-nachweise, obligatorische Veranstaltungen schienen Rüegg und seinen Assistenten eine taugliche Studienreform. Doch die Veranstaltungen sind weiterhin miserabel besucht, ja finden deswegen teilweise überhaupt nicht statt. Dagegen wurde in den letzten Wochen eine breite publizistische Aktivität entfaltet, und auch der Studentenrat forderte die Abberufung Rüeggs und Blüchers.

Der Schritt zur Aktion wurde am Mittwoch vor Pfingsten vollzogen. Am Morgen, kurz nach Öffnung des Instituts, wurde dieses von etwa 40 Soziologiestudenten besetzt. Der normale Betrieb des Instituts wurde lamgelegt, auf Spruchbändern forderte man die Abberufung der Dozenten, die Presse kam, an der Universität wurden bereits Flugblätter zur Bekanntmachung der Aktion und zum Besuch des Instituts verteilt. Bald nach Beginn der Aktion trat Rüegg am Institut ein, allmählich auch die Assistenten. Einem ersten Ultimatum von Rüegg, das Institut zu verlassen, schenkte man überhaupt keine Beachtung.

Kurz nach 9 Uhr mobilisierte ein als Rechtsextremere bekannter Assistent rund 15 Hörer einer Soziologievorlesung mit falschen Angaben über nicht-existente Sachbeschädigungen an der Bibliothek und glaubte, durch prügeln die Studenten die Besetzer vertreiben zu können. Als die so Mobilisierten jedoch das Institut unbeschädigt, nur mit Plakaten und Parolen wie «Wer dem Kapital der Reichen nützt, wird von der Uni beschützt» geschmückt

vorfanden, gingen sie ausser einigen aufgetragenen Hitzköpfen zur Diskussion über. Einzelne Assistenten jedoch rissen in blinder Rage immer wieder Plakate herunter und mussten wiederholt zur Ruhe gebracht werden.

Als man bereits daran ging, das Mittagsspicknick vorzubereiten, hatte der Direktor inzwischen mit dem Rektorat, der Erziehungsdirektion und der Polizei Kontakt aufgenommen und verkündete ultimativ, die Erziehungsdirektion fordere zum Verlassen der Räume bis 12 Uhr auf, ansonsten räume die Polizei das Institut.

In einer Vollversammlung - die studentische Rechte war nach nicht geschlagener Schlacht abgezogen - beschloss man, nur direkt mit Polizei oder Erziehungsdirektion zu verhandeln. Nach 13 Uhr erschien eine Polizeidelegation in Zivil und forderte zum

Verlassen der Räumlichkeiten innerhalb von 10 Minuten auf. Draussen warteten die Polizeigruppen im Einsatzwagen. Dies bedeutete den ersten Polizeieinsatz an der Uni Bern. Die Vollversammlung beschloss darauf, das Institut zu verlassen, um die auf 16 Uhr angesagte gesamtuniversitäre Versammlung auf der Uniwiese vorzubereiten sowie eine Dokumentation zur Besetzung des Rüeggschen Instituts zu vollenden. Um 16 Uhr trafen sich vor der Universität etwa 100 Studenten. Diesen schickte man die Aktionen des Morgens und die aufgestellten Forderungen. Ausserdem wurden in kürzester Zeit 170 Unterschriften gesammelt, die sich mit der Besetzung und der Abberufungsforderung solidarisierten. Nachdem mehrere Redner, politische Gruppen und der Vorstand der Studentenschaft Bern die Besetzung voll unterstützten, brachten rund 100 Studenten die Unterschriften aus Rüeggsche Institut.

Diese durch Polizeieinsatz besetzte Aktion hat gezeigt, wie weit die Universitäts- und Regierungsvertreter sofort zu gehen bereit sind, wenn auf der Ebene von Aktionen, die den Rahmen der Legalität einhalten, gegen einen wissenschaftlich desolaten und politisch zu bekämpfenden Zustand angegangen wird. Dem Rüegg und seine Mannschaft sowie ihre Arbeitsweise entsprechen der Notwendigkeit der bürgerlichen Universität Bern, durch eine straffe Studienorganisation den Bedürfnissen der Privatindustrie und Verwaltung zu entsprechen.

Aktionsgruppe Soziologie

Recht im Rechtsstaat

Wie weit die Rede- und Pressefreiheit bei uns wieder bedroht ist, wird erst bewusst, wenn man sich eingehender mit den Fällen, in denen diese Rechte in letzter Zeit abgebaut oder eingeschränkt wurden, befasst. Besonders betroffen ist die Presse der revolutionären Gruppen. Die Prozesse gegen zwei «Oktober-Verkäufer», die jüngst im Bezirksgericht Zürich über die Bühne liefen, zeigen zwei Funktionen der herrschenden Rechtssprechung: Durch neue Gesetze und neue Interpretation alter Gesetze werden demokratische Grundrechte abgebaut; durch exemplarische Bestrafung von Linken, die sich exponieren, soll die Opposition zum Schweigen gebracht werden.

Der freie Austausch von Ideen und Erfahrungen ist die Grundlage jedes umfassenden Meinungsbildungsprozesses. Aus diesem Grund diskutieren die Marxist-Leninisten mit ihrer Zeitung, dem «Oktober», seit zehn Jahren vor Fabriken, in Quartieren und Schulen. In letzter Zeit nun versuchten die Unternehmer von Escher-Wyss und Sihl-Papier und ihre Portiers wiederholt, diese Diskussionen zu unterbinden. Gegen die «Oktober-Verkäufer wurden betriebseigene Hydranten und sogar Schlägertrupps eingesetzt. Als sich die «Oktober-Leute trotzdem nicht von ihrer Propagandaarbeit abhalten liessen, wurde die Polizei gerufen. Diese ahndete das Verbreiten von Ideen, die nicht den herrschenden entsprechen, einmal mehr als kriminelle Handlung: Die Polizei führte die «Oktober-Verkäufer wie Verbrecher in Handschellen (vor Escher-Wyss) und in Gefangenewagen (vor der Sihl-Papier) ab. Die Vorwürfe für diese Massnahmen waren «Übertretung des Markt- und Hausierwesens» und «Übertretung der Verordnung über die Benützung des öffentlichen Grundes zu Sonderzwecken». Zwei «Oktober-Verkäufer wurden zu

Bussen von insgesamt 1200 Fr. (!) verurteilt.

Die beiden Anklagepunkte sind nicht einmal juristisch haltbar. Vor einem zahlreich erschienenen Publikum (80-100 Personen) sagten die beiden Angeklagten in einem der kleinsten Räume des Zürcher Bezirksgerichts aus: Im Gegensatz zum Unternehmer, der durch den Einsatz des Hydranten quer über die Strasse den Verkehr gefährden liess, hatten sie durch ihren Verkauf niemanden behindert. Zudem ist die vom Zürcher Stadtrat erlassene, repressive Ordnung gegen politische Aktivitäten auf öffentlichen Grund noch nicht in Kraft, «da ihre völlig verfassungswidrigen Bestimmungen zu einer staatsrechtlichen Beschwerde geführt haben, die noch hängt ist». Auch zum Vorwurf des Hausierens verteidigten sich die Verkäufer: «Dieser Vorwurf ist lächerlich. Oktober ist eine politische Zeitung, darum geht es bei den Verurteilungen nicht um den Kommunismus und zeigt die Notwendigkeit des Kampfes gegen diesen Staat. Gegen diesen Staat, der sich demokratisch nennt und in Wirklichkeit -

wie wir es hier erleben - der politischen Unterdrückung einer Klasse durch eine andere diene. Gegen diesen Staat, der sich frei nennt, aber die Pressefreiheit aufhebt. Der sich gerecht nennt, aber Klassenjustiz ausübt. Die Verbreitung von «Oktober» dient ideellen Zwecken. «Oktober» hat keinen kommerziellen Zweck. Er enthält deswegen auch keinerlei kommerzielle Inserate. Der Preis von 50 Rappen ist ein politischer Unterstützungsbeitrag an die Unkosten dieser Zeitung und kommt niemandem als persönliches Einkommen zugute! Beweisen Sie das Gegenteil, Herr Richter!»

Der angesichts der vielen Zuschauer etwas nervöse Richter verkündete, dass die Urteile unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefällt würden. Nach dem Absingen der internationalen Strömte das Publikum aus dem Bezirksgerichtsgebäude vorab in eine spaltstehende und -sitzende Kampfpalastbesetzer, die sich die Gesichter der Anwesenden einmal mehr merken mussten und bereit waren einzugreifen. Die Urteile wurden erst kürzlich den Angeklagten bekanntgegeben: Schuld-spruch in beiden Punkten. (Gegen diese Urteile wurde eine Nichtigkeitsbeschwerde eingelegt.)

All diese Reaktionen zeigen die politische Brisanz dieses Prozesses; sie zeigen, welche Interessen von den (neutralen) Gerichten und damit vom Staat vertreten werden; sie zeigen die wachsende Angst der Unternehmer vor dem Erwachen der Arbeiter.

Auch die Hochschule ist davor nicht gefeit, das zeigen die jüngsten Massnahmen gegen die Meinungsfreiheit an der Universität Zürich:

Neue gesetzliche Bestimmungen wie das Regulatorik des Disziplinarrichts, die neue Ausordnung, die Institutsänderungen gegen autonome Gruppen und die Aufhebung der Diskussionsfreiheit in den Vorlesungen sollen die Meinungsfreiheit an der Hochschule verunmöglichen.

Mit Disziplinarverfahren, Säuberungen und Entlassung soll die Opposition zum Schweigen gebracht werden:

- Gegen fünf Studenten aus den Basisgruppen Ökonomie, Medizin, Psychologie und Publizistik laufen Disziplinarverfahren, weil sie sich im Kampf gegen das bürgerliche Meinungsdiikt exponiert haben.

- Ebenso läuft ein Verfahren gegen einen Studenten der in der Universität Zürich unter dem Verkauf der «Bresche» politische Propaganda gemacht hat.

- Die Wandzeitungen, mit Ausnahme derjenigen des beglückten Mensakaffees, werden heruntergerissen. Der Tisch, auf dem die marxistisch-leninistischen Studenten jeden Donnerstag revolutionäre Literatur anbieten, wurde kürzlich mit Gewalt von einigen Angestellten aus dem Uni-Eingang weggeführt.

Diese Beispiele mögen zeigen, wie sehr hierzulande die Meinungsfreiheit bedroht ist. Die Aufforderung der angeklagten «Oktober-Verkäufer richtet sich deshalb an jeden demokratisch und freiheitlich gesinnten Menschen; dessen Pflicht ist es, sich aufzuheben gegen die Herrschaft einer Minderheit über das Volk. Es ist sein Recht und seine Pflicht, gegen jede Unterdrückung Widerstand zu leisten. (...) Schlusslich kommt es nicht darauf an, was in all diesen Rechtsbüchern steht, sondern was das Volk meint.»

Karl Berchtold



Glücklicher Zufall

Schon gehört, doch nie gesehen. Nach dieser Probenummer bin ich überzeugt, das Abonnement viel zu spät zu bestellen; vielen Dank dem Zufall. Hugo Gasser, Kriens

Studentenprivilegiert

«Pillenliste»
Ich finde Ihre Idee mit der Pillenliste und den Tips für aussichtslosere Fälle einfach Klasse, aber wir sind doch einmal mehr die Privilegierten! Wo soll der Arbeiter solche Informationen erhalten?
M. K., Ostermündigen

Sexuelle Befreiung als Fallmasche

«Treffpunkt»
«konzept» Nr. 5/74, Mai 74
Was ihre Rubrik «Treffpunkt» bietet, ist eine offene Ermunterung zur Unmoral. Sie werden über diese Einstellung lächeln oder mich mit Ironie und Sarkasmus abtun. Erst recht, wenn Sie wissen, dass ich Jahrgang 09 bin und auch noch evangelischer Geistlicher. Aber als solcher sehe ich als Seelsorger in Abgründe menschlicher Not, das ich ihnen ihre Verantwortung zeigen möchte. Die moderne Masche von der sexuellen Befreiung ist eine «Fallmasche». Sie führt nicht zur Freiheit, sondern zur Verklawung. Natürlich gibt es eine leidenschaftliche Pruderie, die zu Verklawungen führt, aber das schrankenlose Ausleben schafft noch viel mehr verklawte Menschen. Ich freue mich grosser Freiheit, aber es ist eine Freiheit, die nicht anderen zum Verhängnis wird. Lernen Sie die Freiheit kennen, zu der Jesus frei macht, dann kennen Sie das Leben und müssen sich nicht ausleben.
H. Hauzenberger, Basel

Im Arschloch verrecken?

«Valéry Giscard de l'hopitiorie d'Estinga von N. Meienberg»
«konzept» Nr. 5/74, Mai 74
... Tun sie es dennoch, so müsste ich Ihnen und Ihrem Mitarbeiter Meienberg - um dessen Stil zu kopieren, den Sie anscheinend einer fortschrittlich gesinnten Studentenschaft angepasst und würdig erachtet - wünschen, adass Sie mit Ihren schweinschen Geschlechtsteilen im Arschloch eines Schwulen verrecken.
Ch. Z., St. Gallen

Keine Achtung

«Valéry Giscard de l'hopitiorie d'Estinga von N. Meienberg»
«konzept» Nr. 5/74, Mai 74
... Dass... nicht einmal die Regeln des primitivsten Anstandes eingehalten werden und verstorbene wie noch lebende Persönlichkeiten, nur weil sie ein anderes politisches Bekenntnis haben, auf billige Art im Dreck herumgezogen werden, schlägt dem Fass den Boden aus und zeugt von einem sehr primitiven Niveau.
B. Rütthemann, Abtwil

treffpunkt

Hübsche, kontaktfreudige Eva sucht Freund (Löwe, Stier, ca. 27-35, der eine vielseitig interessierte, diskussionsfreudige Partnerin schätzt. Hast auch Du Freude an der klassischen Musik? (Diskretion.) Bildzurschrift an Chiffre 6577 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Psychologiestudentin, 25, ZH, unternehmungslustig, familiär gesinnt, spezifisch, möchte nett gebildeten Freund kennenlernen, 23-35, der eine interessante, tröbliche junge Dame zu schätzen weiss. Zurschriften an Chiffre 6576 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

treffpunkt FLOHMARKT

Zum Inserieren einfach Talon ausfüllen (maximal 8 Zeilen) und einsenden an MOSSE-ANNONCEN AG, Postfach, 8023 Zürich, und Betrag (Kontaktinserat inkl. Chiffregebühr: Fr. 15.-, Kleininserat: Fr. 12.-) auf Postcheckkonto 80-1027, Mosse AG, 8023 Zürich, einzahlen, mit Vermerk «Kontaktinserat konzept» bzw. «Kleininserat konzept» auf der Rückseite vom Abschnitt des Einzahlungsscheins. Falls Platz nicht genügt, weiteren Talon ausfüllen und doppelten Betrag einzahlen. Ihr Inserat erscheint nach Überweisung des Betrages. Auf Kontaktinserate eingehende Briefe werden wöchentlich per Post zugestellt. Diskretion zugesichert. Unter dieser Rubrik werden keine kommerziellen Inserate angenommen.

Text (der angegebene Rahmen darf nicht überschritten werden):

Vergessen Sie nicht, bei Kleininseraten Ihre Adresse, evtl. Telefonnummer im Text anzugeben.

Kontaktinserat* (Fr. 15.-) Kleininserat* (Fr. 12.-)

Name und Adresse: _____

Unterschrift: _____

* Nichtzutreffendes streichen.

Warmherzige, sensible, hübsche Sozialarbeiterin (174, schlank) sucht **Partnerschaft** mit feinführendem, kritisch denkendem Mann (25-35 Jahre). Zurschriften an Chiffre 6584 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Tagesschülerin der AKAD sucht in Zürich **Separatzimmer**, möbl. oder ummöbl. ab August, mit Kochgelegenheit. Telefon nummern (061) 32 50 31, intern 74205 (M. Schiess).

Basel/Zürich: Volkswirt, 33/181, wünscht sich einen netten, gutaussehenden **Freund** bis 35 mit vielfältigen Interessen zur gelegentlichen und später vielleicht regelmäßigen Verbindung der Freizeit. Auf Deine Zurschrift mit Bild freue ich mich herzlich. Chiffre 6531, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Welche Eva ist an gelegentlichen Kontakten zur **geistigen und körperlichen Aufmunterung**, ohne feste Bindung, mit freiberufl. männl. Wesen 29/175 interessiert? Ich erwarte Deine Bildzurschrift. Raum Zürich. Chiffre 6532, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Zürcher, 29/180, schlank, geistig regsam, sucht jungheutigen, feinfühlig, **aufrichtigen Freund** bis 29. Jede Bildzurschrift wird beantwortet. Chiffre 6554 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

ZH: Phil. Her, 26/178, sucht 20-30jährigen homosexuellen **Freund**. Interesse an Musik, Literatur und einem Leben bis weit. Schreibe mir bitte (wenn möglich mit Foto) an Chiffre 6553 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Sie sind eine **unkomplizierte Dame** (25 bis 52) mit Niveau. Wenn Sie eine Wohnung in das frühlinghafte Gefühlswirrwarr eines zürcherischen St.-Galler Fisches (27/174) bringen können, sollten Sie mir schreiben. Chiffre 6555 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

BE/AG: Ich (Stud. 23/180, gutaussehend) suche einen **hübschen, aber unbekümmerten Frau** unbefriedigt werden, evtl. auch für die kommenden Ferien. Wer schreibt mir Foto? Chiffre 6515, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Symp. schlanker **Herr**, 47/178, bietet Intimen Kontakt zu zärtlicher Eva oder Adam. Ganzbildzurschriften (Bild zurück) werden streng diskret beantwortet. Stadt Zürich. Chiffre 6509, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

ZH: Studentin, 22; mein grösster Wunsch: viele **Freunde und Freundinnen** zu haben. Wenn geht es genau so? Kann mich so für ziemlich alles begeistern. Beantworte jeden Brief. Chiffre 6512, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Liebe und Geborgenheit suche ich bei einer Freundin. Ich bin Student (23). Willst Du mir

aus der Einsamkeit helfen und die Freizeit mit mir verbringen, dann schreibe mir mit Bild unter Chiffre 6513, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

BS: Werkstudent mit Bart, gutaussehend, 37/180, sucht spontane, feinführende **einmalige Partnerin** für Kommunikation, Lieben, Freizeit und evtl. Ferien im Sommer oder Herbst. Brief mit Foto unter Chiffre 6510, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Basel: Student, 28/178, hüblig, gutaussehend, sucht hübsche, **sinnliche Genieserin** für Zärtlichkeit, Schmusen und lustbetonte Stunden. Sichte Bildzurschriften unter Chiffre 6511, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Frau sucht Mann, der auf seine Mämllichkeit nicht allzu stolz ist. Ziele und Zwecke im voraus festzulegen, finde ich absurd. Richtiger ab ca. 26. Weitere techn. Daten beliebig. Chiffre 6514, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Zürich. 30jähriger Barträger wünscht fessende Beziehungen zu homosexuellen Freunden. Ebenso gesucht: Mitfahrgelegenheit auf schwerem Motorrad. Jede Zurschrift mit Foto wird beantwortet. Chiffre 6483, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Ing., 35/170, verh., sucht Eva, hübsch, zärtlich, zum Verwöhnen. Wann darf ich dich tagsüber besuchen? Nebst Liebe evtl. gemeinsam Yoga, Reisen, ... Intensive Lebensgestaltung. Bildzurschriften an Chiffre 6482, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Sympathisantin der **Woman's Lib** Wenn Du trotzdem gelegentl. bei einer männlichen Arbeitskollegin, lustvollen Augen zürdest, kometest Du gefährlich werden für mich (28/170, Phil. I, Zürich). Chiffre 6448, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Student 22/187 sucht einen **jüngeren oder gleichaltrigen Boy** zur liebevollen Freundschaft in der Gegend von Bern. Beantworte jede Zurschrift evtl. mit Foto. Chiffre 6449, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Junger, hochintelligenter, unbefriedigter Herr sucht lustvolle **Dame** zu zwecks Befriedigung seiner perversen sexuellen Triebe. Bildzurschriften werden sofort beantwortet. Chiffre 6468, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Basel: Gutaussehender Student, 27/178, schlank, sportlich, sucht etwa gleichaltrige **Freundin** für Freizeit, evtl. Ferien. Jede Bildzurschrift wird beantwortet. Abs. Diskretion selbstverständlich. Chiffre 6465, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Gutaussehender, romantischer Student (28, 184) sucht **unternehmungslustiges Girl** für gemein-

same schöne Stunden. Bildzurschriften an Chiffre 6464, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

ZH: Stud. lurr., sozial und kulturell interessiert, sucht **Bagueterin** (20 bis 26) für Eisenbahnreisen durch Europa. Bildzurschrift unter Chiffre 6463, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Stud. 23, Zürich, sucht **welches Wesen** (18 bis 30) zum Schlafen. Diskretion absolut zugesichert. Unbeantwortete Briefe werden zurückgeschickt. Photokopierschrift unter Chiffre 6462, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Schlanker, schlanker Frau, 26, sucht netten **sportlichen Freund** bis 27, dem noch nicht alle ideale abhanden gekommen sind für gemeinsame Freuden aller Art. Raum Basel. Chiffre 6461, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Basel: Student, 24/175, sportlich, sucht jungen symp. **Freund** für vielseitige, freie Kommunikation. Beantworte jede Zurschrift, wenn möglich mit Bild. Chiffre 6460, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

FLOHMARKT

- Verkaufte 2 CV-Folgen (2 Stück) mit Pneu Michelin X 155x400, Profil ca. 5 mm, 40 Fr. pro Stück. Abgabe im Juni. Interessenten: 2 CV-Modelle geeignet (Format beachten). Tel. (01) 34 67 42 tagsüber.
- Verkaufte Kamera Canonet QL 2.5, Objektiv 45 mm F. 2, mit auswechselbarer Belichtungsautomatik (Gds-Belichtungsmesser), Verschlusszeiten von B-1/500 sec., Schrittblitzgerät, Radiolänge mit Möglichkeit, beide Eingangssignale zu mischen, Mono, Stereo-Wiedergabe mit Zusatzverstärker möglich, 120 Fr. Tel. (01) 34 67 42 tagsüber.
- Verkaufte Vierspur-Tonbandgerät Philips EL 3542, Ausgangsleistung 2.5 W, Bandgeschw. 4.75, 9.5, 19 cm/sec., Frequenzgang 50-20 000 Hz, max. Spulendurchm. 18 cm., 3-Kopf-System, Mikrophon und Plattenspieler, Radiolänge mit Möglichkeit, beide Eingangssignale zu mischen, Mono, Stereo-Wiedergabe mit Zusatzverstärker möglich, 120 Fr. Tel. (01) 34 67 42 tagsüber.

«konzept», das Blatt, das kein Blatt vor den Mund nimmt. Und auch kein Brett vor dem Kopf hat!

Die Stellung der Frau in der Schweiz:

Diskrimination, Ueberforderung und Protest

Im letzten Artikel beschäftigten wir uns mit der Diskrimination der Frau im Bildungswesen und im ökonomischen Bereich. Analysiert wurden die Einflüsse der Familienbiographie und die familieninterne Macht- und Rollenverteilung zwischen Mann und Frau. In diesem Artikel wird die Problematik der Doppelrolle, die um die Komplexe «Minderwertigkeit» und «Andersartigkeit» zentrierten Frauennormen und die Bedingungen für Protest etwas näher beleuchtet.

Franz Gerschauer

In den beiden städtischen Umgebungen sind die Schichtunterschiede der Rollenverteilung sehr klein. In der kleinstädtischen Umgebung ist die Rollenverteilung in der Unterschichtfamilie etwas weniger traditionell als in der Mittelschicht. In den beiden ländlichen Umgebungen laufen die Schichtunterschiede in die entgegengesetzte Richtung. Während die Unterschichtfamilien in hochentwickelten Kantonen am häufigsten eine konsequent traditionelle Rollenverteilung aufweisen, sind sie in den Landgemeinden tiefentwickelter Kantone am wenigsten traditionell. Die in die gleiche Richtung laufenden Schichtunterschiede in der Kleinstadt und in der Landgemeinde im hochentwickelten Kanton weisen darauf hin, dass durch die vielfältigen Zwänge und Beschränkungen der Unterschichtsituation die starke Rollenverteilung dieser beiden Umgebungen teilweise aufgehoben wird, wobei die Berufstätigkeit der Frau nur eine dieser besonderen Unterschichtbedingungen darstellt.

Die Schichtdifferenzen der familiären Machtverteilung sind im allgemeinen gering. In der Grossstadt und in der Landgemeinde in tiefentwickelten Kantonen sind dabei die Familien deutlich «männlichdominant» als in den anderen beiden Umgebungen (vor allem bei der Mittelschicht).

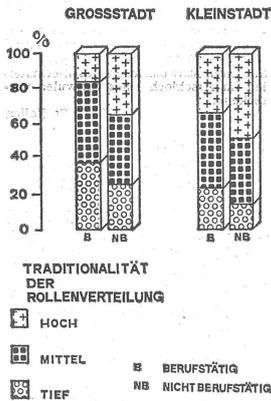


Abbildung 1: Familien nach Traditionalität der Rollenverteilung und Berufstätigkeit der Ehefrau

Der Zusammenhang zwischen weiblicher Berufstätigkeit (inklusive Teilzeitarbeit) und Traditionalität der Rollenstruktur ist recht deutlich: Wenn die Frau arbeitet, ist die Traditionalität der Rollenstruktur geringer als wenn die Frau nicht arbeitet. Man kann davon ausgehen, dass durch die Berufstätigkeit der Frau und ihren dadurch bedingten verstärkten Beitrag an den Bestand der Familie sowie durch die dadurch erzwungene andere Zeitaufteilung direkt die Rollenstruktur verändert wird. In die gleiche Richtung verläuft der Zusammenhang zwischen Machtstruktur und Berufstätigkeit der Ehefrau.

Zwischen Ueberforderung und Vereinsamung

Die verschiedenen sozialen Rollen, die die Frau wahrnimmt, also die Mutter-, Hausfrau-, Gattinnenrolle oder die Rolle der berufstätigen Frau, beanspruchen sie in verschiedener Hinsicht. Abgesehen davon, dass jede Rollenart mit physischer und psychischer Anstrengung und mit zeitlichem Aufwand verbunden ist, ist die spezifisch soziale Belastung durch die Rollenart wichtig: psychische und soziale Beanspruchung werden im folgenden als psychosoziale Beanspruchung bezeichnet. Die Vorstellungen von Belastungsüberschüssen oder Belastungsdefiziten gehen von einem Gleichgewicht psychosozialer Belastung oder Belastbarkeit aus. Diese Gleichgewichtsvorstellung beruht auf der Annahme, dass für eine bestimmte Person ein bestimmtes Mass an Rollenbelastung optimal ist.

Dieses Mass ist nicht für alle Menschen gleich, auch kann es bei derselben Person in verschiedenen biographischen Phasen variieren.

Folgende Rollenkombinationen lassen sich unterscheiden:

● **Doppelrolle:** Gleichzeitige Ausübung der Mutter- und Berufsrolle, der Gattinnen-, Hausfrau- und Berufsrolle. Besonders zugespitzt ist die Doppelrolle bei der berufstätigen Mütterin. Der wichtigste Grund für das Vorhandensein der Doppelrolle ist zweifellos die ökonomische Notwendigkeit, das Einkommen des Mannes durch dasjenige der Frau aufzubessern. In der Diskussion dieses Problems wird oft ausschliesslich vom absoluten Niveau der Existenzfristung ausgegangen. Demgegenüber muss auf die Tatsache eines sozialen «Statusminimums» hingewiesen werden. Das Statusminimum ist das Konsumniveau, welches eine Familie beibehalten muss, um nicht sozial deklariert zu werden. Neben dem ökonomischen Druck kann der Eigenwert, den die Frau ihrer Berufstätigkeit beimisst, dazu führen, dass sie auch als Mutter ihre Arbeit beibehält.

Beide Beweggründe zur Doppelrolle hängen eng mit der sozialen Schichtung zusammen: Ökonomischer Druck ist in der Unterschicht am stärksten; gleichzeitig bieten die Berufsmöglichkeiten, die den Angehörigen der Unterschicht zugänglich sind, vergleichsweise am wenigsten Befriedigung und geben daher am wenigsten Anlass zu einer positiven Bewertung der Berufstätigkeit. Darüber hinaus stehen den Frauen in der Mittel- und Oberschicht mehr Mittel zur Verfügung, um insbesondere die physisch belastenden Teile der innerfamiliären Rollen abzubauen (technische Rationalisierung des Haushalts, Hilfskräfte usw.). Die Doppelrolle ist deshalb in erster Linie ein Problem der Unterschicht.

● **Ausschliessliche Berufstätigkeit:** Berufstätige Frauen, die noch keine Kinder haben oder deren Kinder der Familie entwachsen sind. In beiden Fällen steht die Berufstätigkeit nicht in starkem Widerspruch zu den sozialen Normvorstellungen. Dies gilt weniger für den Fall, dass sich eine Frau ausserhalb der Wahl zwischen Kind oder Beruf für den Beruf entscheidet. Der letztgenannte Fall illustriert den strukturellen Zwang, mit dem die gegenseitige Ausschliesslichkeit von Mutter-schaft und Berufstätigkeit in unserer Gesellschaft ausgetastet ist.

● **Ausschliessliche Mutterrolle:** Diese Rollenkombination entspricht den an die Frau gestellten Rollenerwartungen am direktesten und stellt den «Normalfall» dar. Diese sozial «normale» und häufigste Situation hat jedoch ihre eigenen Probleme, die aus der Konzentration auf die Mutter/Kind-Beziehung resultieren. Frauen, die sich ausschliesslich um ihre Kinder kümmern, sind auf diese Weise wohl physisch und zeitlich viel fach überlastet. Dieser Überbelastung steht aber eine psychosoziale Unterbelastung gegenüber, die auf die relative soziale Isolierung zurückzuführen ist (Problem der «grünen Witwen» usw.).

● **Weder Mutterrolle noch Berufstätigkeit:** Die gleichzeitige Abwesenheit beider Rollen tritt vor allem bei Frauen mit erwachsenen Kindern auf. Dies führt in der Regel zu besonders ausgeprägten Belastungsdefiziten und Anpassungsproblemen. Allerdings wird in dieser Situation die Bildung eines adäquaten Problembewusstseins häufig durch die Tendenz behindert, die Ursachen für derartige Probleme vorwiegend auf der individuellen Ebene, also bei der eigenen Person, zu suchen. Diese Situation wird noch verschärft durch die auftretende Altersproblematik (soziale Desintegration, Beziehungsverlust usw.).

Doppelrolle, soziale Umgebung und soziale Schicht

Frauen mit Doppelrolle werden in Bäuerinnen und Nichtbäuerinnen aufgeteilt. Einerseits ist die Bäuerin mit ihrer Arbeitskraft in die landwirtschaftliche Produktion eingegliedert und nimmt darin einen wesentlichen Platz

ein. Andererseits gibt es zwischen der Doppelrollensituation der Bäuerin und jener der Nichtbäuerin entscheidende Unterschiede: hier ist die Frau meist ganz auf sich selbst gestellt und selten in der Lage, für die Erfüllung ihrer Rollenverpflichtung Hilfskräfte beizuziehen. Ausserdem ist ihr Arbeitsplatz nicht mit dem Haushalt verbunden. Analysiert man die verheirateten Frauen nach Rollenkombination, so ergibt sich folgendes Bild (siehe Tabelle 1):

In den beiden städtischen Umgebungen dominiert die Rollenkombination der nichtberufstätigen Mutter deutlich, mit geringem Abstand aber auch in ländlichen Gemeinden tiefentwickelter Kantone. In allen Umgebungen ist die Rolle der ausschliesslich berufstätigen Frau selten, wobei der Stadt/Land-Unterschied ins Spiel kommt: in den Städten ist diese Rollenkombination häufiger in den ländlichen Gemeinden. Die Doppelrolle – Mutterrolle und ausserhäusliche Beschäftigung – ist also in erster Linie ein städtisches Phänomen.

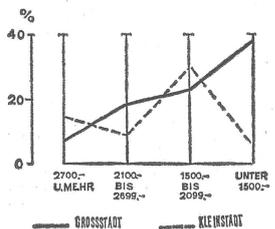


Abbildung 2: Erwerbsquote der Mütter nach Einkommen des Ehemannes

Betrachtet man die Erwerbsquote der Mütter und das Einkommen des Mannes, so besteht in der Grossstadt ein durchgehender Zusammenhang: Je geringer das Einkommen des Mannes, desto höher die Erwerbsquote der Frau. In der Kleinstadt hingegen ist die Erwerbsquote im zweithöchsten Bereich am grössten. Dabei handelt es sich weitgehend um die Gruppe der *kleinen Selbständigen*, in dessen Familienbetrieb die Frau mitarbeitet. Im Gegensatz zur Grossstadt ist in der Kleinstadt die Erwerbsquote der Mütter aus Familien der untersten Einkommensklasse gering. Grössere Kinderzahl und späterer Beginn der Nachkommen sowie die geringere Möglichkeit, Kinder während der Arbeitszeit unterzubringen, sind Gründe für diese tiefe Erwerbsquote. Dazu kommen das geringe Angebot an Teilzeitarbeitsstellen und die starke Ablehnung der Berufstätigkeit der Ehefrau durch die Männer der Unterschicht in kleinstädtischer Umgebung.

«Minderwertigkeit» und «Andersartigkeit»

Als Normen werden Wertvorstellungen bezeichnet, die bestimmte Aspekte des Verhaltens leiten. Die Frauennormen werden hier in zwei Gruppen unterteilt:

● Normen, die sich direkt auf die männliche Dominanz beziehen und damit offen oder unausgesprochen eine Minderwertigkeit der Frau voraussetzen. Immer wieder erscheint die Frau in dienender, verzichtender, helfender, abhängiger und dem Mann untergeordneter Funktion. Die damit verbundenen Verzichtleistungen, die Hintanstellung eigener Bedürfnisse werden dabei zuweilen in eindrücklicher Weise verherrlicht.

● Normen, die die familiäre und ausserfamiliäre Rollenverteilung von Mann und Frau zum Gegenstand haben, also das Gewicht vor allem auf die Andersartigkeit der Frau legen. – Mit dieser angeblich grundsätzlichen Andersartigkeit wird die objektive Diskriminierung der Frau durch den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen gerechtfertigt. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Tatsache, dass sich die Andersartigkeit normiert, indem sie als normative Vorstellung über die Rolleneigenschaften von Mann und Frau immer wieder zur Schaffung eben jener Unterschiede beiträgt, die sie als natürlich postuliert, andauernd selbst bestätigt.

Die beiden Varianten traditioneller Frauennormen wurden dabei auf die folgende Art und Weise erfasst: eine Reihe einzelner normativer Aussagen wurde den Befragten als Stellungnahmen vorgelegt, mit denen sie sich einverstanden oder nicht einverstanden erklärten oder sich unentschieden äusserten. Die Aussagen, die einer Variante zuzurechnen sind, wurden zu einem zusammenfassenden Index kombiniert, so dass jene Befragten, die mit

Tabelle 1

	Hochentwickelter Kanton		Tiefentwickelter Kanton	
	Land	Stadt	Land	Stadt
Doppelrolle: Nichtbäuerin	14%	18%	10%	11%
Doppelrolle: Bäuerin	39%	1%	26%	9%
nur Beruf über Mutter	2%	7%	2%	10%
weder Beruf noch Mutter	32%	40%	50%	42%
	12%	14%	12%	10%

Tabelle 2

	Hochentwickelter Kanton		Tiefentwickelter Kanton	
	Land	Stadt	Land	Stadt
Frauen mit starker Rollentrennungsnorm	42%	19%	90%	38%
ledige	35%	27%	46%	42%
Frauen mit starker Dominanznorm	40%	26%	55%	45%
ledige	55%	45%	66%	61%

Tabelle 3

	Hochentwickelter Kanton		Tiefentwickelter Kanton	
	Land	Stadt	Land	Stadt
Zustimmung zum Frauenstimmrecht	57%	83%	42%	73%
ledige	43%	82%	51%	55%
Wahrnehmung allgemeiner Frauen Diskrimination	46%	61%	45%	50%
ledige	50%	54%	51%	49%
Forderung nach Zusammenschluss der Frauen	70%	65%	65%	67%
ledige	66%	64%	62%	61%

Tabelle 4

	Hochentwickelter Kanton		Tiefentwickelter Kanton	
	Land	Stadt	Land	Stadt
Für Protest	43%	44%	36%	39%
ledige	48%	47%	40%	42%
ledige	14%	5%	16%	8%
verheiratete	22%	8%	14%	14%

den Testaussagen vorwiegend einverstanden waren, als traditionell eingestuft werden. (1) (siehe Tabelle 2):

Was die Rollentrennungsnorm anbelangt, so sind die Unterschiede zwischen ledigen und verheirateten Frauen relativ gering. Ins Gewicht fällt vor allem die Stadt/Land-Dimension. In den ländlichen Umgebungen ist die Rollentrennungsnorm stärker verbreitet als in städtischen. In ländlichen Umgebungen sind ledige Frauen etwas traditioneller, in städtischen etwas weniger traditionell als verheiratete Frauen.

Betrachtet man die Verteilung der starken Betonung der Dominanznorm, so weisen hier verheiratete Frauen durchweg höhere Werte auf als ledige Frauen. Damit stellt sich die Frage, ob nicht ein Wertewandel über verschiedene Generationen hinweg vorliegt, der dafür verantwortlich wäre, dass die generell jüngeren ledigen Frauen sich weniger traditionell äussern. Der Unterschied bleibt jedoch bestehen, wenn man die Nachkriegsgeneration gesondert betrachtet. Der Ausmass der Anerkennung männlicher Dominanz bei der Frau ist also in erster Linie als Ausdruck einer normativen Anpassung an das Verheiratssein und weniger als Produkt eines Wertwandels zu interpretieren. Für diese Anpassung ist die spezifische Familienstruktur, wie sie sich etwa in der Macht- und Rollenstruktur ausdrückt, nicht entscheidend.

Traditionelle und gemässigte Werthaltung

Die beiden Normkomplexe «Andersartigkeit» (Rollentrennung) und «Minderwertigkeit» (männliche Dominanz) überschneiden sich stark. In ländlichen Gemeinden tiefentwickelter Kantone äussern sich 58% und in ländlichen Gemeinden hochentwickelter Kantone 66% der Befragten positiv bezüglich beider Normkomplexe. Die konsistent traditionelle Normkonstellation tritt also recht häufig auf. Die ledigen Frauen zeigen dabei in allen Umgebungen ein tieferes Traditionitätsniveau als die verheirateten.

Bei den verheirateten Frauen kommt dabei vor allem jene Abweichung von der konsistent traditionellen Normkonstellation relativ häufig vor, bei der die geringe Betonung der Rollentrennungsnorm mit einer starken Anerkennung der männlichen Dominanz einhergeht. Bei dieser Konstellation, bei der die

weibliche Unterlegenheit stärker betont wird als die Andersartigkeit, handelt es sich um einen «normativen Autoritarismus». Offenbar machen auch jene Ehefrauen, die nicht mit voller Konsequenz die Idee der Andersartigkeit der Frau vertreten, unter dem Einfluss des durch die Heirat markierten Statusübergangs ihren «Frieden» mit ihrer neuen und objektiv durch starke Abhängigkeit gekennzeichneten Situation dadurch, dass sie ihr Frauenbild diesem Zustand anpassen.

Eine konsistent gemässigte Werthaltung (2) (tiefe Rollentrennungsnorm und tiefe Dominanznorm) findet sich bei verheirateten Frauen in der Grossstadt knapp zur Hälfte (bei ledigen Frauen zu rund zwei Dritteln), in Landgemeinden hochentwickelter und Kleinstädten tiefentwickelter Kantone zu rund einem Drittel (ledige), in Landgemeinden tiefentwickelter Kantone zu einem Viertel (ledige zu einem Drittel).

Normen und individuelle Situation

Der einfache Zivilstandsvergleich hat gezeigt, dass Normen nicht nur als rein kulturell, d.h. durch frühe Erziehungseinflüsse definitiv festgelegte Grössen betrachtet werden können, sondern dass die Veränderungen der Normen durch Veränderungen der Situation der Frau miteingelassen sind. Die Abklärung des gegenseitigen Wechselverhältnisses der beiden traditionellen Normkomplexe hat gezeigt, dass die Rollentrennungsnorm stärker fixiert ist und etwa durch die Heirat wesentlich weniger beeinflusst wird als die Dominanznorm. Im folgenden wird nun die Beziehung zwischen der Rollentrennungsnorm und verschiedenen Aspekten der individuellen Situation etwas genauer betrachtet.

In allen Umgebungen äussern sich Mittelschichtfrauen weniger traditionell als Unterschichtfrauen. Die Schichtdifferenz nimmt dabei mit zunehmendem Entwicklungsgrad der Umgebung ab. In der Grossstadt unterscheiden sich Arbeiterfrau bezüglich ihrer Normtraditionalität kaum mehr von den Mittelschichtfrauen. Ältere Frauen äussern durchweg traditionellere Normen als jüngere. Der Generationenunterschied ist hier nicht ohne weiteres auf einen zwischen-generationellen Wertewandel zurückzuführen. Einerseits haben jüngere Frauen eher eine bessere Schulbildung als ältere (je besser dabei

Fortsetzung auf Seite 10

(1) Die folgenden drei Aussagen wurden zur Erfassung des Akzeptierens männlicher Dominanz, d.h. der oft diskriminierenden Normen verwendet:

● «Wenn der Mann von der Arbeit nach Hause kommt, muss er sich ausruhen – ganz gleich, was es im Haushalt für Probleme gibt.»
 ● «Wenn die Frau nicht gleicher Meinung ist wie der Mann, sollte in der Regel sie nachgeben.»
 ● «Eine gewisse Gleichheit in der Ehe kann recht gut sein, aber in Familienangelegenheiten sollte doch der Mann den Ausschlag geben.»
 Die Betonung der weiblichen Andersartigkeit, die vor allem in der Rollentrennung zwischen Mann und Frau zum Ausdruck kommt (Rollentrennungsnorm) wurde anhand der folgenden Aussagen gemessen:
 ● «Die Erziehung der Kinder ist in erster Linie Sache der Mutter und nicht des Vaters.»
 ● «Die Aufgaben in der Familie müssen so verteilt sein, dass die Frau sich um den Haushalt kümmert, und dass der Mann für den Lebensunterhalt der Familie sorgt.»
 ● «Die Stärke der Frau liegt bei anderen Dingen als bei der Politik. Deshalb sollte sie sich vor allem dort betätigen, wo sie etwas geben kann, und die Politik den Männern überlassen.»
 ● «Eine verheiratete Frau sollte nicht arbeiten gehen, denn Geld verdienen ist Männer Sache.»
 ● «Knaben und Mädchen müssen auf verschiedene Aufgaben im späteren Leben vorbereitet werden. Deshalb müssen sie auch auf verschiedene Art erzogen und ausgebildet werden.»
 (2) Hinsichtlich beider Normgruppen können nicht Personen mit traditionellen Rollen sol-

chen mit modernen Normen gegenübergestellt werden, weil die «modernen Normen», die diesen Positionen entsprechen, gar nicht deutlich ausgeprägt sind. Die Unterscheidung muss deshalb strengenommen zwischen konsequent traditionellen und gemässigt traditionellen Normen gemacht werden. Die konsistent gemässigte Position legt also weder auf die Andersartigkeit noch auf die Minderwertigkeit der Frau spezielles Gewicht. Obwohl hier nicht ausgesprochen moderne Normen vorhanden sind, muss diese Werthaltung für die Möglichkeit einer normativen Öffnung am günstigsten eingeschätzt werden.

(3) Als Protestäusserungen werden die Stellungnahmen zu folgenden drei Fragen betrachtet:
 ● «Wenn es in nächster Zeit eine eidgenössische Volksabstimmung über das Frauenstimmrecht gibt – sind sie dann dafür oder dagegen, dass es angenommen wird?»
 ● «Ihre sprechen zwei Frauen miteinander. Welche von beiden hat Ihrer Meinung nach eher recht?»
 Frau A: Es ist leeres Geschwätz, wenn behauptet wird, heute werde die Frau noch diskriminiert. Eine tüchtige Frau hat bei uns genau dieselben Möglichkeiten wie ein Mann. Die Leute, die sich so hartnäckig gegen die Emanzipation der Frau einsetzen, wirken ein bisschen lächerlich.
 Frau B: Ob man es nun Diskrimination nennen will oder nicht – Tatsache ist jedenfalls, dass die Frauen nach wie vor im öffentlichen Leben und in den Wirtschaftsbereichen der Männer benachteiligt sind. All das etwas dagegen unternehmen, sollten unterstützt werden.
 ● «Es genügt nicht, immer wieder von der Benachteiligung der Frau in unserer Gesellschaft zu sprechen. Es wird nur etwas geschrien, wenn sich die Frauen organisieren und selbst etwas unternehmen.»



Lehrerzentrierte Curriculumreform*

hf. Eine «lehrerzentrierte Curriculumreform» kann in mehrfacher Weise verwirklicht werden...

Dieses Konzept von lehrerzentrierter Curriculumrevision liegt in ausgeprägter Weise dem «Lehrerteil» des Curriculums MACOS (Man - A Course of Study), schwedischen Lehrplanerneuerungen und Einführungen in Curricula in «Neue Mathematik» zugrunde...

Kurt Aegerer beschreibt im vorliegenden Buch eine andere Konzeption von Lehrerzentrierung. Der Lehrer fungiert hier nicht nur als Zentralfigur in der Verwirklichung (Implementation), sondern ebenso und vor allem in der Planung, Entwicklung und Evaluation eines Curriculums...

Im vorliegenden Buch ist ein Beispiel für die Planung und Organisation einer lehrerzentrierten Curriculumreform dargestellt. Im Vordergrund stehen die Fragen der systemorientierten Planung, wobei Theorien der Organisationsplanung und Interaktion mit konkreten Techniken der

Projektarbeit wie Netzplantechnik, Phasenplanung, Phasenrevision, Kategorisierung, Kategorisierung von Beurteilungsgesichtspunkten usw. verbunden werden.

* Aegerer K.: «Lehrerzentrierte Curriculumreform», UTB 314, Verlag Paul Haupt, Bern 1974, 20 Fr.

Politische Systemkrisen*

pm. Krisenanalyse, diese jahrhundertalte, multidisziplinär in Medizin, Psychologie, Ökonomie oder Soziologie betriebene Erforschung fundamentaler Wert- und Existenzbedrohungen von Menschen, ist in den Sozialwissenschaften, zumal in der Politik, nach dem Zweiten Weltkrieg stark vernachlässigt worden...

Hier wird für eine veränderte Perspektive plädiert: Nicht die Frage nach dem gleichsam «natürlichen» Gleichgewichtszustand, der sich über längere Zeiträume immer wiederherstellt und daher die dauerhaften Institutionen, Mechanismen, Funktionen usw. ins Blickfeld rückt, sondern die Frage nach den Herausforderungen an das politische System, deren potentielle Nichtbewältigung eine politische Herrschaftsstruktur sprengt, scheint die

zu sein. Zwei Dinge sind es, die Fritsch zum Angelpunkt seiner Überlegungen macht: erstens die Erkenntnis, dass die Welt der Überlebenden vorbei ist, dass wir uns auf der Erde einrichten müssen, zweitens die Entspannung zwischen den beiden Supermächten USA und UdSSR. Die Fragen, die sich daran anschließen, sind sehr umfassend gestellt. Sie lauten: Wie reagiert die politische Welt auf das plötzlich erwachte Bewusstsein von der Begrenztheit unserer Umwelt, und was kann getan werden, um ein solches Verhalten zu verhindern?

Wachstumsbegrenzung als Machtinstrument*

w.v. Zwei Dinge sind es, die Fritsch zum Angelpunkt seiner Überlegungen macht: erstens die Erkenntnis, dass die Welt der Überlebenden vorbei ist, dass wir uns auf der Erde einrichten müssen, zweitens die Entspannung zwischen den beiden Supermächten USA und UdSSR.

UdSSR. Die Fragen, die sich daran anschließen, sind sehr umfassend gestellt. Sie lauten: Wie reagiert die politische Welt auf das plötzlich erwachte Bewusstsein von der Begrenztheit unserer Umwelt, und was kann getan werden, um ein solches Verhalten zu verhindern?

Dabei werden gleich zu Beginn zwei kräftige Eckpfeiler in Gestalt zweier widersprüchlicher Thesen gesetzt. Die eine besagt, dass die gesamte Menschheit trefende Zwang gemeinsame Lösungen unausweichlich macht und deshalb zu einer neuen Harmonie zwischen den Menschen führt. Die andere besagt, dass die Industrieländer ihre «Lösung» des Problems der beschränkten Ressourcen auf dem Rücken der Entwicklungsländer durchsetzen werden.

«Die Wahrheit liegt wie fast immer auch hier nicht in der Mitte.» Fritsch skizziert den wirtschaftlichen Missstand einer Welt, in der einige Reiche auf Kosten vieler Armer zu Wohlstand gekommen sind. Die Begrenztheit der Mittel jahrzehntlang hinausgeschoben haben. «Die Ungleichheiten der Einkommens- und Vermögensverteilung nehmen sowohl innerhalb der Staaten als auch zwischenstaatlich zu.»

Wichtig im Hinblick auf die Fragestellung ist aber vor allem dies: «Würden die Entwicklungsländer den Prozess der Industrialisierung nachvollziehen (in h. ein mit dem Industriestaat vergleichbares Einkommen erzielen), so nähme die Umweltbelastung allein schon deshalb um ein Mehrfaches zu den heutigen Ausmassen zu.»

Fritsch widerspricht den Theorien, wonach ein Weltfrieden pactum ohne Umweltbelastung, getragen allein vom menschen-

fruchtbarer Sichtweise zu ergeben. War die traditionelle Lehre von den Herrschaftsverhältnissen unfähig, dem sozialen Wandel Rechnung zu tragen, so sieht die derzeit stark expandierende Revolutionsforschung nur in Europa und den Schwellenländern Form dieses Wandels. Für die politologische Krisenanalyse ist die Revolution nur eine Unterklasse der Gattung «Krisenhaftes Welt». Die Stabilität des gleichgewichtigen Wandels ist für sie nur der andere, derzeit ungleich häufigere Grenzfall; hier stellt sich die Frage nach der Art der bewältigten Herausforderungen und der diebezüglichen Krisenreaktionskapazität des politischen Systems.

Das vorliegende Buch versucht, relevante Beiträge zusammenzufassen, die die Ursachen und Funktionen krisenhaft-bedrohlicher Herausforderungen des politischen Systems als Folge des sich wandelnden Herrschaftssystems zum Gegenstand haben.

In diesem Zusammenhang analysieren Autoren verschiedener Couleur den Zusammenhang von politischer Krise, kollektivem Gewalt und Klassenkonflikt. Des Weiteren werden analytische Modelle revolutionärer Krisen diskutiert und - heute besonders aktuell - der Zusammenhang zwischen Wachstumskrisen und den Grenzen des kapitalistischen Interventionsstaats genauer betrachtet. Am Schluss findet sich eine ausgezeichnete Bibliographie, die für jeden, der auf diesem Gebiet arbeitet, unentbehrlich werden wird.

* Janek M. (Hrsg.): «Politische Systemkrisen. Neue Wissenschaftliche Bibliothek Nr. 65, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 1973, 35 Fr.

zu beschreiben, dann wird die notwendige Wachstumsbegrenzung zu sozialen Konflikten von bisher ungewohntem Ausmass führen, und der nationale und der internationalen Klassenkampf wird sich entscheiden verschärfen.

* Fritsch Bruno: «Wachstumsbegrenzung als Machtinstrument». Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart, 1974, Fr. 32,-.

Marxismus als Methode*

rt. Die Zielsetzung dieser Untersuchung ist die Konfrontation der methodischen Aussagen des Marxismus mit der modernen Wissenschaftstheorie. Hierbei werden als Anwendungsfälle sowohl für die marxistische Methode wie für die Analyse dieser Methode einige zentrale Theoreme der Marxschen politischen Ökonomie herangezogen.

Es besteht zwischen marxistischen Theoretikern weitgehende Einigkeit, dass ein wichtiger Teil der Aussagen des Mar-

Abhängigkeit und Unterentwicklung*

r.s. Ein gemeinsamer Nenner für variable Ausdrucksformen von Unterentwicklung lässt sich, wie die in diesem Band dokumentierte internationale Diskussion zeigt,

angemessen in der theoretischen Konzeption vom «peripheren Kapitalismus» begründen. Abhängigkeit ist dabei das analytische Bindeglied zwischen einer Theorie des «metropolitane» und des «peripheren» Kapitalismus, Unterentwicklung ein Resultat von Abhängigkeit.

Die Unterentwicklung der dritten Welt kennzeichnet dabei nicht, wie gängige Modernisierungstheorien, Entwicklungsänderung und Entwicklungsplanung in den Metropolen jahrelang glauben machen wollten, ein Durchgangsstadium auf dem Wege zu einer selbstgesteuerten Entwicklung. Unterentwicklung ist vielmehr als ein historisch entfallendes integrales Moment des kapitalistischen Metropolen dominierten internationalen Wirtschaftssystems und damit der internationalen Gesellschaft zu begreifen. Die Entwicklung dieser Metropole, der Zentren, und die Geschichte der Unterentwicklung der dritten Welt sind miteinander über das internationale System vermittelte, komplementäre Vorgänge.

Die Reproduktion der Gesellschaften der dritten Welt ist in analytischer Absonderung von der dominanten Reproduktionsdynamik der Metropolen nicht zureichend

xismus methodologischer Art ist. Die Diskussion über sie ist allerdings weit davon entfernt, Klarheit und Übereinstimmung gebracht zu haben. Es ist sogar mit einem Recht von einer zunehmenden Spaltung zwischen philosophisch-methodologisch orientierten Marxisteneinerseits und empirisch-anwendungsorientierten Marxisteneinerseits gesprochen worden. Dabei werfen die «Empiriker» den «Philosophen» die Auftrichtung teilsweiser, unerfüllbarer und überflüssiger methodischer Postulate vor, während die «Philosophen» den «Empirikern» ein empiristisch-ökonomisch verkürztes Marx-Verständnis zur Last legen.

Die vorliegende Arbeit versucht, eine größere Zahl jener methodologischen Kontroversen einer Klärung näherzubringen. Im Unterschied zu fast allen anderen marxistischen Arbeiten versucht sie dabei, von dem durch die moderne Wissenschaftstheorie inzwischen erreichten Stand der Erkenntnis auszugehen.

* Helberger Ch.: «Marxismus als Methode», Fischer-Athenäum-Taschenbücher, Nr. 5005, Frankfurt a.M. 1974, 13 Fr.

erfassbar. Im Rahmen einer Gesamtheorie über Entwicklung und Struktur des kapitalistisch dominierten Weltwirtschaftssystems

● ist die Theorie des metropolitane Kapitalismus als Ausgangspunkt zu konzipieren, da der Kapitalismus der «Zentren» die Rahmenbedingungen für die Reproduktion der «Peripherie» setzt;

● bezeichnet die Konzeption der «strukturellen Abhängigkeit» die Vermittlung der dominanten Reproduktionsdynamik der «Zentren» in die «Peripherie» hinein;

● bezeichnet die Konzeption «peripherer Kapitalismus» das Resultat «struktureller Abhängigkeit» in peripheren gesellschaftlichen Formationen.

Wer sich ernsthaft mit den Problemen der dritten Welt und der Unterentwicklung beschäftigt, wird die - in der vorliegenden Textauswahl freilich nur ansatzweise skizzierten - Theorie des «peripheren Kapitalismus» nicht ignorieren können.

* Senghass D. (Hrsg.): «Peripherer Kapitalismus - Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung», edition suhrkamp, 652, Frankfurt am Main, 1974, Fr. 15.90.

Dazu als Ergänzung: Senghass D. (Hrsg.): «Imperialismus und strukturelle Gewalt - Analysen über abhängige Reproduktion», edition suhrkamp, 563, Frankfurt am Main, 1972, Fr. 15.90.



Fingerzeig: Hinweise auf Rosinen in der Flut der Neuerscheinungen.

Diskrimination, Anpassung und Protest

Fortsetzung von Seite 9

die Schulbildung, desto geringeres Gewicht wird auf die Rollentrennungsnorm gelegt), andersseits gehen mit dem Alter verschiedene Veränderungen der persönlichen Situation einher, die zu einer Verstärkung der traditionellen Normen beitragen können (dies unabhängig von der Sozialisation).

In tiefentwickelten Kantonen, wo traditionelle Frauennormen vorherrschen und die Berufstätigkeit verheirateter Frauen relativ selten ist, sind berufstätige Frauen deutlich weniger traditionell als nicht berufstätige. In den städtischen Umgebungen, wo einerseits die Berufstätigkeit häufiger vorkommt, andererseits auch die dagegen gerichteten Normen weniger verbreitet sind, ist dies nicht der Fall. Arbeiterinnen haben dabei durchweg traditionellere Normen als Angestellte. Dies ist jedoch bei berufstätigen Arbeiterfrauen in geringem Ausmass der Fall als bei nicht berufstätigen. Es ist anzunehmen, dass die Verminderung der Normtraditionalität berufstätiger Frauen nicht nur mit ihrer eigenen Arbeitssituation und den damit verbunden Rollenkonflikten zusammenhängt, sondern auch damit, dass sie mit ihrer Berufstätigkeit von der sie umgebenden Kultur abzuweichen gezwungen sind. Sie werden somit durch die von ihrer sozialen Situation bedingten Unmöglichkeiten, den Werten ihrer Kultur nachzuleben, zur Infragestellung dieser Werte provoziert.

Frauenprotest

Im Zusammenhang mit Protesthaltungen sind folgende zwei Aspekte wichtig: Einerseits stellt sich die Frage nach dem Vorhandensein resp. der Verbreitung einzelner Protestäußerungen. Andererseits ist zu untersuchen, in welchem Ausmass einzelne Protestäußerungen miteinander verbunden sind, inwiefern also von einer «feministischen» Ideologiebildung, von einem

eigenlichen Diskriminationsbewusstsein gesprochen werden kann.

Drei verschiedene Protestäußerungen (3) werden erfasst: die Haltung zum Frauenstimmrecht, Wahrnehmung von und Einstellung zur Frauendiskrimination und Forderung nach Zusammenschluss der Frauen (siehe Tabelle 3).

Interessant ist nun vor allem die Analyse der kombinierten Extremtypen: Protestäußerungen auf allen drei Ebenen (konsistent protestierende, «feministische» Kombination) und überhaupt keine Protestäußerungen (konsistent gegen Protest gerichtete Kombination) (siehe Tabelle 4):

Die konsistenten Protesthaltungen sind in allen Umgebungstypen häufiger als die Anti-Protesthaltungen. Die hohe Rate von Protestforderungen darf nun jedoch werden doch lediglich verbale Äusserungen zu drei Themen betrachtet nicht überinterpretiert werden. Trotzdem ist die Tatsache hervorzuheben, dass sich offenbar nicht zwei gleiche Lager von Frauen (eines mit Pro-Status-quo, eines mit Anti-Status-quo-Einstellungen) gegenüberstehen. Angesichts der deutlichen Häufigkeitsunterschiede und des Vorkommens sehr inkonsistenter Antwortkombinationen muss die Situation dahingehend charakterisiert werden, dass im wesentlichen eine Anti-Status-quo-Gruppe mit ansatzweise integrierten Vorstellungen einem «unbewussten» Lager mit viel weniger integrierter Ideologie gegenübersteht.

Praktisch durchweg ist ein deutlicher Zusammenhang festzustellen: «Feministischer» Protest ist bei Frauen der Unterschicht häufiger als bei Mittel- und Oberschichtfrauen - dies trotz der grösseren Bedeutung der Rollentrennungsnorm und dem geringeren Bildungsniveau in der Unterschicht. Dies ist anzunehmen, dass die verstärkte Berufstätigkeit der Frau aus der Unterschicht hier mit hinein spielt.

Frauennormen und Protest

Die starke Betonung der «Andersartigkeit» der Frau (Rollentrennungsnorm) wirkt sich praktisch durchgehend hindernd auf Protestäußerung aus. Das Vorhandensein einer nicht völlig traditionellen Rollentrennungsnorm (geringes Gewicht der «Andersartigkeit») ist jedoch nur als eine notwendige, nicht aber als eine hinreichende Bedingung für das Auftreten von Protest zu betrachten. Eine schwache Rollentrennungsnorm ermöglicht also Protest, garantiert ihn jedoch nicht. Noch häufiger als die Übereinstimmung von schwacher Rollentrennungsnorm und Protest («Empanzationsideologie») tritt in allen Umgebungstypen eine eher «individualistische» Haltung auf, bei der trotz schwacher Rollentrennungsnorm kein Protest gegenüber der Situation der Frau geäußert wird, «Empanzationsideologie» im obgenannten Sinn findet sich am häufigsten in der Grossstadt, am wenigsten in der Landgemeinde im tiefentwickelten Kanton.

Ledige Frauen sind praktisch durchweg «individualistischer» eingestellt als verheiratete. Dies weist darauf hin, dass es aufgrund ihrer Berufstätigkeit, aber auch aufgrund ihrer Heiratsersparung auf einen individuellen Erfolg hoffen, der für sie die kollektive Situation häufig weniger bedeutend erscheinen lässt. Ledige Frauen im Alter von 20 bis 29 Jahren, die ihre Verheiratung erwarten, zeigen durchweg weniger «Empanzationsideologie» als diejenigen, die keine Heiratsabsichten äussern. Die antizipierte Heirat führt also zu einem Abbau des Protestpotentials.

Franz Gerschauer

Die «Untersuchung über die Stellung der Frau in der Schweiz» erscheint im Verlag Huber, Frauenfeld.

Systemtheorie und Gesellschaftsanalyse*

hk. «Systemtheorie und Demokratie» erscheinen als Kategorien, die von ihrer eigenen theoretischen Qualität her zunächst eine gemeinsame Behandlung ausschliessen. Suggestiert der Begriff «Systemtheorie» schon vor allem

Beginn der Reflexion den Ausdruck eines nüchternen, technischen «modernen» Politikverständnisses, so haftet gerade in dieser Konfrontation der Begriffe der «Demokratie» etwas altväterlich «idealistisches» an, das sie in scheinbarem Gegensatz zu der Wirklichkeit einer «Computer-Gesellschaft» setzt. Begriffliche Zusammenstellungen wie «Computer-Demokratie» versuchen vergeblich, diese scheinbar verschiedenen historischen Epochen zugehörige Begrifflichkeit zu vereinen, und erwecken doch eher den Eindruck, als handle es sich bei ihnen um Kompromisse einer Übergangszeit, in der von dem einen noch die vage Erinnerung verblieben ist und dem anderen noch ein Ruch des Unfertigen, als Legitimationsbasis noch nicht Tragfähigen anhaftet.

Dieses Buch will nicht anderem zeigen, dass mit der Modernisierung der Sprache, dass mit der Verwendung «moderner» naturwissenschaftlicher Methoden und Ausdrücke wie Systemtheorie, Kybernetik und Regelungstechnik allein noch nicht der inhaltliche Sprung, der qualitative Fortschritt im Theoretisieren geleistet ist, dass sich vielmehr in den neuen Begriffen Analogien und Modellen alte Vorstellungen verbergen.

Dieser Eindruck, dass mit den Begriffen «Systemtheorie und Demokratie» zwei verschiedene Epochen wissenschaftlichen Denkens und gesellschaftlicher Entwicklung angesprochen würden, resultiert nicht zuletzt aus der Tatsache, dass mit dem Konzept «Systemtheorie» der Wissenschaft der Anspruch verbunden wird, die gesellschaftliche Wirklichkeit ebenso inter-

essentlos und wertfrei in Angriff nehmen zu können wie die naturwissenschaftlichen Objektbereiche. Demgegenüber sind Begriff und Vorstellung von Demokratie in langer Tradition ideengeschichtlicher Auseinandersetzungen und politischen Kampfes dem Anspruch nach zu bloss ideologischen Parolen abgenutzt worden und verboten den exakten Zugriff wissenschaftlicher Operationalisierungen.

Dieses Buch versucht zu zeigen, dass die Zweitteilung der Welt in eine Spärrwissenschaftlicher Begriffe einerseits und ideologischer Parolen andererseits keinesfalls dazu führt, den Bereich der Wissenschaft von den politischen Auseinandersetzungen um die künftige Gestaltung der Gesellschaft, um die es letztlich in der Politik immer geht, fernzuhalten, vielmehr hat sie, in ihrem Anspruch nach entideologisierte Sprache objektiv und unabhängig von den Interessen derer, die sie in der Wissenschaft verwenden, eine spezifische gesellschaftliche Wirkung. Die Politisierung einer Theorie ist kein Vorgang der von aussen an sie herangetragen wird, sondern in ihm wird nur aufgedeckt, was an politischen Implikationen, was an Wertsetzungen und an ideologischen Formeln in ihr enthalten ist.

* Greven M. Th.: «Systemtheorie und Gesellschaftsanalyse», Sammlung Luchterhand Nr. 154, Neuwied 1974, 16.70 Fr.

«konzept» gibt gratis eine Liste von Aertzen ab, die die Verordnung von Empfängnisverhütungspillen auch an unverheiratete Frauen oder Mädchen liberal handhaben. «konzept» kann Ihnen auch in noch aussichtsloseren Fällen einen Tip geben. Schriftliche Anfragen an: Redaktion «konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich. Frankiertes und adressiertes Antwortcouvert bitte nicht vergessen.

Einkaufszentren III: Die wirtschaftlichen Verflechtungen

Hintermänner des Profit-Shoppings

In zwei Folgen (Nummern vom März und Mai) sind die Auswirkungen der Einkaufszentrenstudie analysiert worden...

sich doch die Frage nach den «Drahtziehern». Das Ergebnis mühseliger Recherchearbeit war verblüffend...

Das Shopping-Center-Wesen ist ein relativ junger Zweig in der schweizerischen Wirtschaftszene...

Der schweizerische Pionier, das Shopping-Center Spreitenbach, wurde durch den Liegenschafts- und Anlagefonds Interwies finanziert...

Viele kleine Namen - wenig grosse Inhaber

Sofort ins Auge sticht die Einmistung des Lebensmittelgiganten Migros (Marktanteil Lebensmittel ca. 18%) ins Geschäft der Einkaufszentren...

Von SBG zu Intershop

Im Interessensbereich der allergrössten Grossbank, der Schweizerischen Bankgesellschaft, finden wir ein Pendant zur Transplan AG...

Mit sieben bestehenden und mindestens vier geplanten Verbrauchermärkten ist die WAGO AG eine der grössten Verteilergesellschaften im Geschäft der Verkaufszentren...

Die restlichen Aktien an Uster Illuster besitzt ein Robert Heuberger, Inhaber der Siska AG (Immobilien)...

Die Vielfalt von Firmenbezeichnungen und Aktiengesellschaften, welche im weiteren als Träger von Einkaufszentren auftreten...

Der Durchschnitts-Deutscher legt sich wohl kaum Reichenschaft darüber, dass der weitaus grösste Warenhauskonzern der Schweiz im Westen beheimatet ist...

Eng verknüpft mit der Intershop ist die Reaconsult AG, ebenfalls in Zürich domiziliert...

Die Bedeutung von Gesellschaften wie der Intershop ist nicht zu unterschätzen. Im Verwaltungsratspräsident, Dr. Hans Braunschweiler in Winterthur...

Kreditanstalt: Jelmoli und Göhner

Vollständig im Einflussbereich der Kreditanstalt ist die Warenhaus Jelmoli AG, seit die Familie Ringler 1969 ihren 51%-Anteil an die SKA verkaufte...

Eine Mammut-Maus

Die absolute Mehrheit bei den Aktionären des Grossmagasins Maus besitzt knapp ein Drittel der Aktien der Nouvelles Galeries (Bazar de l'Hotel de Ville, Paris)...

Versteckte Beteiligungen

Einzelne Beteiligungen sind die Verhältnisse um die Transplan AG in Zürich, die sich der «Clan» von Geschäfts- und Industriebauten verschrieben hat...

La crème de la crème

Im beinahe monumentalen Glatt-Center, das erstmals die drei Grossen Jelmoli, Globus/ABM und Migros unter einem Dach beherbergen wird...

Shopping-Centers in der Region Basel

laut der Titel einer Broschüre, welche die Ergebnisse eines Seminars von Ökonomenstudienten an der Uni Basel beinhaltet...

Die äusserlich harmlos erscheinende AG für Einkaufszentren vereinigt in ihrem Verwaltungsrat die höchsten Spitzen der grössten Warenvertriebler...

Entartete Versorgungspolitik

Die aggressive Expansionspolitik der Migros im Zusammenhang mit den Einkaufszentren wäre für sich Gegenstand einer Untersuchung...

Wesentlich besser steht die sozialdemokratisch orientierte Genossenschaft Coop da, die sich immerhin bemüht, auch in unrentierbaren Gebieten die Versorgung sicherzustellen...

Es braucht wohl einmal eine wirkliche und andauernde Erdölkrise, um den Weg zu einem volkswirtschaftlich sinnvollen Warenverteilungssystem zu ebnen.

Konsum-Maschinen für 10 Millionen

Einkaufsroboter oder die unvollendete Liste von Fehlplänen

Gegenüber der in Nr. 3 (März) veröffentlichten Liste sind hier zusätzlich enthalten: Bilach Sonnenhof, St. Fiden Grossacker, Schaffhausen Herblingental...

Table with columns: Ort, Bezeichnung, Typ, Inhaberschaft, Träger/Vermieter, Fläche in qm, Parkplätze, Einw. im Einzugsgebiet, Umsatzziffer in Mio. Fr.

Thesen zur Wohnungsnot der Studenten und des Volkes

Der Verband der Schweizerischen Studentenschaften hat für dieses Sommersemester eine Wohnungskampagne in Aussicht genommen. An dieser Stelle soll mit einigen Bemerkungen eine Begründung dafür versucht werden, warum diese Kampagne den Horizont der aus dem Studentendasein ableitbaren Probleme überschreiten muss, um nicht in eine reformistische Initiative à la Wohnraumbeschaffung für Studenten (sprich: Privilegierung einer ohnehin vom Klassenkonflikt gesonderten Schicht) zu verfallen.

Peter Lidzba, VSS

These 1

Es existiert – für jeden direkt einsehbar – eine studentische Wohnungsnot. Sie ist Bestandteil eines ganzen Komplexes völlig ungenügender materieller Absicherung des Studiums für einen Grossteil der Studentenschaft. Dieses staatliche Fürsorgedefizit ist nicht allein erklärbar aus der Finanzknappheit der Hochschulträger, sondern nimmt heute immer mehr den Charakter einer bewusst betriebenen Politik der Disziplinierung des Studenten auch auf dem Feld seiner sozialen Existenz an. Zusammen mit einem sich verschärfenden Leistungsdruck im Studienbetrieb bilden diese Mangelerscheinungen auf den Gebieten der Ausbildungsfinanzierung und der Wohnungsversorgung den idealen Sozialisationshintergrund für die Heranbildung anpassungsfähiger, bewährungswilliger und in Selbsthilfe eingetübter Menschen.

Mögliche Abhilfemassnahmen von seiten des Bundes oder der Kantone gegen diesen materiellen und sozialen Pauperismus der Studenten sind darum erst dann zu erwarten, wenn auf dem Nährboden bedrängender Lebensbedingungen eine Unruhebewegung entsteht. Aber mit mehr als einem Befriedigungsprogramm in Form der teilweisen Förderung des progressiven Wohnheimbaus für Studenten darf von unserer Seite nicht gerechnet werden.

These 2

Zur Absicherung und Entfaltung seiner Herrschaft ist das Kapital heute gezwungen, sein Kommando über die Arbeitskraft in der Fabrik auszudehnen auf den gesamten Bereich der gesellschaftlichen Reproduktion. Was wir heute erleben als steigende Mietzinsen und Erhöhung der Kosten des täglichen Lebens, das ist nichts anderes als der Versuch des Kapitals, den Arbeitern die auf der Ebene der Fabrik gewährten Lohnzugeständnisse auf der anderen Seite – nämlich bei der Realisierung ihrer nominal gestiegenen Einkommen – wieder abzuverlangen.

Garantie für das sichere Spielen dieses Lohnraubmechanismus ist die Ausweitung der kapitalistischen Herrschaft von der Fabrikhalle bis in die Wohnstube. Wohnbaupolitik und Städteplanung sind in diesem Sinn Instrumente für den grossen Versuch, das gesamte gesellschaftliche Leben für die Despotie des Profits zu verplanen.

These 3

Wohnungspolitik als sozialpolitische Aufgabe entweder der einzelnen Fabrikherren oder des Staates hat ihre geschichtliche Wurzel im Elend des Proletariats Mitte des 19. Jahrhunderts. Die Erfindung der Sozialwohnung, der Bau von Arbeiterwohnheimen oder –

wie heute moderner – die Förderungsmassnahmen des Bundes zum Erwerb von Wohnungs- und Hauseigentum sind Ausdruck der vielen Versuche der Bourgeoisie, die Wohnungsnot für die Ausrottung proletarischer Klassenbewusstseins zu instrumentalisieren.

In der Literatur und in den Verlautbarungen der Staatsbürokratie findet man immer wieder das offene Eingeständnis dieses Ziels. Hier einige Kostproben:

V. A. Huber (Die Wohnungsnot der kleinen Leute in den grossen Städten, 1857): «Abgesehen davon, dass die Wohnungsreform... eine der wirksamsten Mittel sein wird, um bedenkliche Absichten, Stimmungen und Gesinnungen der kleinen Leute zu brechen und zu korrigieren, wird schlimmstenfalls die polizeiliche Überwachung oder militärische Unterdrückung gefährlicher Bewegungen unter sonst gleichen Umständen in dem Mass leichter sein, wie die Stellung der Gegner übersichtlich, offen und zugänglich ist. Man frage doch erfahrene Kriegskleute, ob sie ein paar hundert Arbeiter usw. lieber in einer offenen, freundlichen Vorstadt mit kleinen Häusern und breiten Strassen angreifen mögen oder in den engen Strassen und hohen Häusern der Stadt?»

Aus der Regierungserklärung des deutschen Bundeskanzlers (September 1949): «Die beengten Wohnungsverhältnisse mindern, physisch und psychisch, die Arbeitsleistung. Ihre nachhaltige Steigerung ist unabdingbare Voraussetzung für eine Gesundung der deutschen Wirtschaft. Infolge des Wohnungsmangels stehen trotz 1,5 Millionen Arbeitsloser zahlreiche Arbeitsplätze für Facharbeiter an den Schwerpunkten gewerblich-industrieller Entwicklung leer. Als Schlüsselindustrie bildet die Bauindustrie den geeigneten Ansatzpunkt zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit allgemein.»

F. Berger, Ex-Delegierter des Bundes für Wohnungsbau (1973): «Der soziale Friede und die Wohlfahrt unseres Landes werden wesentlich davon abhängen, ob es uns gelingt, die dringenden Aufgaben unseres Wohnungswesens zu bewältigen... Wir dürfen uns dabei nicht nach Zielen orientieren, die aus der Mottenkiste des Klassenkampfes stammen und die noch in der Zeit der Armut formuliert wurden.» Oder: «In der modernen Gesellschaft gewinnt die Wohnung als Refugium, in dem sich der Mensch frei entfalten kann und in dem er vor der Reizüberflutung und einseitiger psychischer Beanspruchung geschützt ist, besondere Bedeutung. Die Wohnung ermöglicht auch räumliche Standortgewinnung und Verwurzelung und wird so zu einem Faktor der Kontinuität und Beständigkeit. In einer Gesellschaft, in der soziale Dynamik und Mobilität eine Intensität erreicht haben, die zu schwerwiegenden sozialen Spannungen und Störungen führt, müssen die Wohnung und das Wohnen tenden-

ziell als Stabilisierungsfaktoren angesehen werden.»

Botschaft des Bundesrates (1973): «Dem gesellschafts- und staatspolitisch wichtigen Anliegen der Wohnungs- selbstversorgung dienen die Bestimmungen des Entwurfs über die Förderung des Erwerbs von Haus- und Wohnungseigentum.»

These 4

Singemäss ist am in Aussicht stehenden Wohnbauförderungsgesetz eine deutliche, von einem klaren Klassenstandpunkt ausgehende Kritik zu üben. Das Gesetz hat typisch den Charakter eines sozialen Befriedigungsprogramms: Die aktuelle Wohnungsnot mit ihren vielzähligen Erscheinungsformen (Verdrängung der Bevölkerung in tangentielle Ghettos, Zweckentfremdung von bestehendem Wohnraum, Infrastrukturfizit in den neuen Schlafstädten usw.) wird zusammengefasst auf eine reine Mietzinsnot.

So heisst es z. B. deutlich in der Botschaft des Bundesrates: «Das primäre Ziel der öffentlichen Wohnbauförderung besteht bei der gegenwärtigen Lage nicht in der Erhöhung der Wohnungsproduktion, sondern in der Senkung oder Verlangsamung der Verteuerung der Land- und Baukosten und damit in der Verbilligung der Neubaukosten.» Folglich sieht der Gesetzentwurf zur Hauptsache eine allgemeine, subventionfreie Mietzinsverbilligung vor, die nicht auf Sozialhilfe beschränkt ist.

Hier soll also – unter Vernachlässigung einer Vielzahl sozialpsychologischer Probleme – die wachsende Unzufriedenheit des Volkes über die Verteuerung des Wohnens mit einem sozialpolitischen Zückerchen eingedämmt werden. Dass nebenbei das ganze gezielte Verbilligungssystem darauf ausgerichtet ist, den Hauseigentümern und Generalunternehmern die Realisierung ihrer in Bedrängnis geratenen Profite zu sichern, wird verschwiegen. Verständlich aber drückt es die Baubranche aus: «Allerdings wird der Bedarf von preisgünstigen Wohnungen in guter Verkehrslage kaum je befriedigt werden können, es sei denn, die allgemeine Wirtschaftslage würde sich stark verändern» (Dr. E. Hatt, Vizepräsident des Verwaltungsrates der AG Heint. Hatt-Haller, Zürich).

These 5

Der VSS hat vielerorts eine Abkehr von ständischer Vergünstigungspolitik für notwendig erklärt. Ein isoliert auf die Studenten bezogenes Vorgehen in Sachen Wohnen wäre deshalb unglaubwürdig. Die Wohnungskampagne hat daher in erster Linie das gesamtgesellschaftliche Wohnungsproblem zu thematisieren und in der Studentenschaft bewusst werden zu lassen.

Selbstverständlich soll damit nicht die Berechtigung der Forderung nach ausreichender materieller Versorgung der Studenten durch den Staat in Abrede gestellt werden. Es ist jedoch meine Meinung, dass dieses Postulat seine volle Legitimität erst erhält, wenn es auf der Grundlage eines kapitalpolitischen Standpunktes hergeleitet und in entsprechender Praxis vertreten wird.

Peter Lidzba, VSS



Giftgas und Panzerteile zum Wohl der Menschheit. Durch Indiskretionen ist ein Protokoll einer Sitzung der *Battelle-Stiftung*, die auch ein Institut in Genf besitzt, bekannt geworden, in welchem von diesen Forschungsprojekten die Rede war. Für Forschung zum Wohl der Menschheit hatte der amerikanische Philanthrop sein Vermögen vermacht. Das Battelle-Institut in Amerika arbeitet mit dem US-Verteidigungsdepartement zusammen, jenes in der BRD mit der westdeutschen Bundeswehr. Das Institut in Genf wies jedoch alle Befürchtungen zurück. Dazu die Zeitung *«La Suisse»*: Liegt hier vielleicht ein Redaktionsfehler im Protokoll vor? Handelt es sich in Wirklichkeit gar nicht um Panzerwagen, sondern um Ochsenkarren?

Schule Kloten

Auf Beginn des Wintersemesters 1974/75, 21. Oktober 1974, sind an unserer Schule einige Lehrstellen an der

Primarschule

(Unterstufe)

Oberschule

neu zu besetzen.

Nebst neuesten und modernsten Schulanlagen bietet eine aufgeschlossene Schulpflege Gewähr für die Anwendung moderner technischer Hilfsmittel für den Unterricht und ein angenehmes Arbeitsklima. Bei der Wohnungssuche sind wir Ihnen gerne behilflich.

Die Besoldung richtet sich nach der Besoldungsverordnung des Kantons Zürich. Die freiwillige Gemeindezulage entspricht den kant. Höchstansätzen. Die auswärtigen Dienstjahre werden angerechnet. Es kommen auch ausserkantonale Bewerberinnen und Bewerber in Frage.

Anmeldungen mit den üblichen Unterlagen sind an das Schulsekretariat Kloten, Stadthaus, 8302 Kloten, zuhanden des Schulpräsidenten, Herrn Kurt Falisi, zu richten. Für telefonische Auskünfte stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung. Telefon (01) 813 13 00.

Schulpflege Kloten

++ redaktionelles ++ redak

Wer eigentlich hinter «konzept» stehe, mögen Sie sich schon gefragt haben, lieber Leser. Seien Sie getrost: Wir sind weder die Marionetten irgendeines mächtigen Trusts noch das Sprachrohr einer einflussreichen Partei. «konzept» wird von einem Verein gleichen Namens herausgegeben, der vor kurzem gegründet wurde und dem der Verband der Schweizerischen Studentenschaften, die Studentenschaft der Universität Zürich und der Verband der Studierenden an der ETH angehören. Weitere Mitglieder werden hoffentlich bald dazustossen. Die Vereinsversammlung erlässt Richtlinien, die die Arbeit der Redaktion bestimmen, genehmigt Budget und Rechnung und wählt die Redaktion. Die Vertreter der verschiedenen Vereinsmitglieder werden in der Legislative ihrer Organisation demokratisch gewählt. Ausführendes Organ des Vereins ist die Redaktion; ihr obliegt die Produktion der Zeitung und die Vertretung des Herausgebervereins nach aussen. Sie genießt, im Rahmen der Richtlinien der Vereinsversammlung, volle redaktionelle Freiheit.

Mit der Gründung des «konzept»-Vereins wurde eine Seite in der Geschichte von «konzept» gewendet. Eine feste Struktur wurde für diese Zeitung geschaffen, die während ihrer ersten beiden Existenzjahre von den vier Redaktoren des «zürcher studentens» aus eigener Initiative, mit einer Defizitgarantie des VSS, aufgebaut worden ist. Für Sie, lieber Leser, bedeutet die Konsolidierung unserer Strukturen nichts weiteres, als dass sich die Redaktion nun nicht mehr nur in Zürich, sondern im gesamtschweizerischen Herausgeberverein zur Wahl stellen muss, bevor sie zur Übernahme ihrer Tätigkeit grünes Licht erhält. Wir hoffen, unsere Konzeption für «konzept» weiterentwickeln zu können und damit weiterhin eine Zeitung redigieren zu können, die sich von anderen Elaboraten im Blätterwald vielleicht positiv abhebt.

Redaktion «konzept»



Bringen Sie Ihre wissenschaftlichen Arbeiten dem erfahrenen Spezialisten:
Juris Druck + Verlag AG, Basteiplatz 5, 8001 Zürich
Telefon 01 / 27 77 27

Unser Verkaufsprogramm

- Schwefelsäure aller Konzentrationen
- Schwefeldioxid
- Sulfite
- Sulfate
- Phosphorsäure
- Alkaliphosphate
- Silikate
- Trocken- und Adsorptionsmittel (Silicagel und Molekularsieb)
- Chloridivate
- Produkte für die Wasseraufbereitung und Abwasserreinigung
- Komplexonite (EDTA) und andere organische Komplexbildner
- Landwirtschaftliche Hilfsstoffe

Chemische Fabrik Uetikon
CH 8707 Uetikon am Zürichsee
Tel. 01-74 03 01, Telex 75675

Studium abgeschlossen?

Ein Jahr in Praktikum?

Aber «Zürcher studentens» und «konzept» wollen Sie doch nicht vermissen!

Sie finden einen Abonnementalton in dieser Nummer.

FOTO-DISCOUNT

Wir organisieren Sammelbestellungen für

Olympus OM 1 und Konica T3

min. 25% Rabatt

Interessenten verlangen Auskünfte bei

Studenten-Discount-Shop
SOSETH, Clausiusstr. 1, 8006 Zürich
Tel. (01) 47 04 84

Flüeli-Ranft

Internatsschule sucht auf Herbst einen vollamtlichen

Sekundarschullehrer

Wir haben nur 3 kleine Klassen und führen Fachunterricht. Zu halten wäre der Unterricht in den naturwissenschaftlichen Fächern sowie eventuell Turnen und Englisch.

Auskunft durch: P. Schulleiter,
Juvenat der Franziskaner
6073 Flüeli-Ranft, Telefon (041) 66 53 23

Dem Zürcher «Mittelstand» sitzt der Reichtumssteuer-Schreck in den Knochen

... und sie verteidigten sich bis zum letzten Rappen

Reichtumssteuer-Initiativen pflegen - man hat's im Kanton Basel-Land erlebt - die sonst propagandastischen Hauptexponenten des Steuergrosswildes aus dem Busch zu klopfen. Komme ein solches Volksbegehren bald zur Abstimmung, und es wird nicht an Leuten aus besseren Vierteln fehlen, die sich ob eines plötzlichen beklemmenden Gefühls in der Kasse bemühtig fühlen, irgendeinem «Komitee für vernünftige Steuerpolitik» oder «für gesunde Finanzen» ihre selbstlose Mitarbeit anzubieten. Eigentlich erstaunlich wirkt, dass sich der-

artige Komitees nicht etwa «Komitee zur Verteidigung der Interessen der Reichen» nennen, was ehrlicher wäre, sondern sich unter dem Motto der Vernunft anbieten, gleich bescheiden wie die Oberschicht insgesamt, die sich stets gerne mit dem Attribut «Mittelstand» selbst herabrudelt. Fest steht jedenfalls, dass es zur Finanzierung färbiger Plakatorgien und imposanter Inseratkampagnen mit dem bekannten Bild des abgesehenen Asts recht saftiger Finanzzuschüsse bedarf.

Im Kanton Zürich steht für den 29./30. Juni die Abstimmung über die Reichtumssteuerinitiative der SP bevor. Im Hinblick auf den nahenden Abstimmungstag hat sich ein «Komitee für gesunde Finanzpolitik» entschlossen, gegen die von den Wohlbestellten gefürchtete Vorlage die Werbetrommel zu rühren. Dem Komitee verdankte mählich im Verlauf der letzten Wochen den Empfang eines Rundschreibens, mit dem ihm nahegelegt wird, wie «jeder verantwortungsbewusste Stimmbürger» sollte er am 30. Juni ein Nein in die Urne legen und dafür sorgen, dass seine Verwandten und Bekannten es auch tun, damit die Reichtumssteuer abgelehnt und der massivere Gegenschlag des Kantonsrats angenommen wird. Dem «sehr geehrten Herrn» (Damen gehören im Bewusstsein gesunder Finanzpolitiker offenbar noch immer nicht an die Urne) wird die altskeptische Argumentation unterbreitet: es handelt sich um kommenden Abstimmungstag nicht nur um einen brutalen Zugriff auf die höheren Einkommen (ab 100 000 Fr.) und Vermögen (ab 1 Mio. Fr.), sondern auch um den Finanzkater, der auch gleich an die Wand gemalt wird, mit Namen wie «Steuerflucht», «Einnahmeausfälle durch den günstigeren Tarif der Initiative» und die Indexierung der Einkommen (der Tarif der Initiative geht mit der Progression nur bis max. 12% statt 13%, wie der Gegenschlag, sieht jedoch zusätzlich noch einen Reichtumssteuerzuschlag vor), massive Steuerfusserhöhungen (eine aus der Luft gegriffene Behauptung, da die Reichtumssteuer präzise darauf abzielt, dem Staat mehr Geld zuzuführen und dies zwischen den Gemeinden besser umzuverteilen).

«Wir, die schweigende Mehrheit...»

Sogar der Zürcher Regierungsrat wird bemüht, der die Reichtumssteuer als «verheerend» bezeichnet hat, um mit dem Kommunistenschreck wird wacker agiert: «Es geht aber an diesem Abstimmungsnacht noch um mehr: der extreme linke Flügel der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Zürich will mit diesem offensichtlichen Missbrauch der Steuerpolitik seinen gesellschaftspolitischen Ziel einen Schritt näher kommen: der Neuverteilung des privaten Eigentums. Dafür spricht schon die klassenkämpferische Etikette dieser Steuerinitiative.» Immerhin waren 30 000 Stimmbürger des Kantons Zürich klassenkämpferisch genug, um diese Neuverteilung des pri-

vaten Eigentums mit ihrer Unterschrift zu unterstützen. «Es ist höchste Zeit, dass wir, die schweigende Mehrheit, fahren die sechs (!) Unterzeichner des Rundschreibens fort, dem Ansturm der Extremlinken entgegenzutreten.» Die selbsternannten Sprecher der «schweigenden Mehrheit» stört vor allem, dass die Reichtumssteuer unsozial sei, weil sie «zum vornherein eine Mehrbelastung mittlerer Einkommen» brächte. Und die Behauptung wird auch straks mit einem Beispiel belegt: ein reformiertes Ehepaar mit zwei Kindern und einem Reineinkommen von 30 000 Fr. würde - so die tüchtigen Briefeschreiber - 1975 in der Stadt Zürich bei Annahme der Reichtumssteuer 2125 Fr. zahlen, statt nur 2108 Fr. bei Annahme des Gegenschlags. Welch eine Mehrbelastung: ganze 17 Franken! (Da erübrigt es sich schon, zu überprüfen, ob die behaupteten Zahlen überhaupt stimmen.)

Mehrbelastung «mittler Einkommen»

Weil bedeutendere Pfründen haben jedoch die Unterzeichner des Reichtumssteuer-Bekämpfungsschreibens selbst zu verteidigen. Ihre Einkommen und Vermögen erheben für das Verständnis des Durchschnittsbürgers recht schwindelhafte Höhen.

- Allen voran ist Dr. Nicolas Julius Bär, Bankier aus Zollikon, der zur Deklaration seiner Bedürfnisse lediglich über ein Reineinkommen von 763 000 Fr. jährlich und ein Vermögen von 3,1 Mio. verfügt. «Im Schweisse seines Angesichts» redlich verdientes Geld, denn Bär ist unbeschränkt haftender Gesellschafter der Bank Julius Bär & Co., Zürich, Verwaltungsrat der Bär Holding AG, Zürich, der Barifso-Verwaltungs AG, Zürich, der Compagnie de

Rekrutenschule oder WK

Von den Dokumenten «Wie soll der KpKd mit oppositionellen Sdt umgehen?» von Oberst Ernst Bierl und «Methodik der Provokationen» von Oberst i Gst Emil Brun (eine Antwort auf die Frage: Wie demokratisch ist unsere Armee?) sind Separatdrucke erhältlich bei: «Konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich. Preis pro Einzel exemplar -50 Fr., 50 Ex 8 Fr., 100 Ex 15 Fr. Betrag in Briefmarken und Adressetikette belegen.

Sozialer Liberalismus: «Möglichst viel...»

Fortssetzung von Seite 2
den. Die pragmatische Verwirklichung der Mitbestimmung hat übrigens den Vorteil, dass sie den so notwendigen Lernprozess bei den Arbeitnehmern nicht nur ermöglicht, sondern sogar beschleunigt.

Ein dritter Punkt: Im Unterschied zu den gewerkschaftlichen Initiativen haben wir ein gewisses Unbehagen gegenüber dem Gedanken, dass die Macht der Kapitaleigner und des Managements durch die Macht der Syndikate abgelöst werden soll. Die Frage der Mitbestimmung wird nicht unbedingt im Sinn der Mitbestimmen, die mitbestimmen wollen, gelöst, wenn Gewerkschaftsfunktionäre in den Verwaltungsräten Einsitz nehmen. Die Mitbestimmung ist so auszubauen, dass sie den Bedürfnissen derjenigen nachkommt, die mitbestimmen wollen. Der Wille zur Mitbestimmung - auch zur Mitbestimmung auf Unternehmensebene - ist unter den Arbeitnehmern eindeutig vorhanden. Es ist ein Märchen, wenn gesagt wird, dies sei nicht der Fall. Die gleichen Arbeitnehmer, die die Mitbestimmung auch auf Unternehmensebene wünschen, dies haben Umfragen deutlich gezeigt, sehen jedoch ihre Interessen durch betriebsfremde Gewerkschaftsfunktionäre im Verwaltungsrat nicht vertreten. Auch dies muss man anerkennen. Wir wenden uns deshalb - zumindest heute - gegen eine Ausübung der Mitbestimmung über betriebsfremde Gewerkschaftsfunktionäre.
k. Im Entwurf zu Thesen über kum-

Banque et d'Investissements, Genf, der Intira AG, Zürich, der Scangerma AG für Beteiligungen, Zürich, der SEAG für schweizerisches Erdöl, Zürich, der Diner's Club Ltd. Switserland, Zürich, und gewesener Verwaltungsrat der Fibena AG, Chur, sowie der Lignospas AG, Chur. Bär wohnte bis vor kurzem in der steuergünstigen Gemeinde Küsnacht am rechten Zürichseeufer (Steuerfuß 93%, gegenüber 141% in der Stadt Zürich und noch mehr in armen Gemeinden) und musste schon mit seinem Umzug nach Zollikon (Steuerfuß 95%) eine Steuererhöhung in Kauf nehmen. Ebenfalls in Zollikon wohnt Prof. Dr. Hugo Kravtsovitch, der hohe Direktor der Neurochirurgischen Universitätsklinik in Zürich, der sich nun in seiner Villa «Zum Schlossberg» voll der Pflege seiner 9 Mio. Vermögen widmen kann, die noch lumpige 321 000 Fr. Einkommen jährlich abwerfen. Punkto Verwaltungsräte ist er bescheiden: er bezieht sich mit einem Sitz bei der Wanner AG, Horgen.

- Aerzte scheinen von der Reichtumssteuer besonders bedroht zu sein, befinden sich doch unter den Unterzeichnern des Rundschreibens gleich noch zwei Angehörige dieses Berufsstands: Herr Dr. med. Thomas Preiss in Zürich bekannt als Chirurg mit gesunden Preisen, bangt um ein Reineinkommen von 635 000 Fr. und ein Reineinkommen von 176 100 Fr. im Jahr. In Nachbarkreisen munkt man jedoch, dass sein Reineinkommen auf das Fünffache höher sein könnte.
- Auch nur noch von den Zinsen lebt Prof. Adolf Max Fehr, ehemaliger Chefarzt der chirurgischen Klinik des Kantonsospitals Winterthur, dem seinem Reineinkommen von 2,8 Mio. steht ein Jahreseinkommen von nur 119 000 Fr. gegenüber.
- Am bedauernswertesten unter den 6 Unterzeichnern ist zweifelhafte Prof. Dr. phil. Dietrich Schwarz, ord. Professor für Geschichte des Mittelalters, Kulturgeschichte und historische Hilfswissenschaften an der Uni Zürich, der über ein Vermögen von 3,5 Mio. verfügt und es laut Steuerausweis trotzdem nur auf ein Reineinkommen von jährlich 18 700 Fr. bringt. Gemäss der Verordnung über Besoldung von Professoren der Uni Zürich sollte Schwarz jedoch einen Lohn zwischen 80 000 und 100 000 Fr. im Jahr erhalten. Im übrigen kann sich ein Primarschüler ausrechnen, dass ein Vermögen von 3,5 Mio. selbst zum relativ ungünstigen Zins von 6% angelegt, jährlich allein 210 000 Fr. an Zinsen abwerfen sollte. Schwarz, Verwaltungsrat der C. F. Bally AG, hat sich als freisinniger Kantons-

men, gewisse Ansprüche zeitlich etwas zu erstrecken. Unter «Anspruchsinflation» versteht ich vor allem die Forderung nach sofortiger Erfüllung aller Wünsche. Dass eine solche Haftung in unserer Konsum- und Wohlstandsgesellschaft vorhanden ist, lässt sich leicht nicht bestreiten. Hier stimme ich mit der Analyse der Rechten überein. Aber diese Analyse führt bei uns zu anderen Schlussfolgerungen: Die Ansprüche sind nicht einfach aufzugeben, sondern nur zeitlich zu erstrecken.

Auch wenn es gelingen sollte, auf der Ausgabenseite eine etwas gemächlichere Gangart einzuschlagen, sind gewisse Aufgaben unaufschiebbar und wird vermehrtes staatliches «Sparen» nur in gewissen Grenzen möglich sein. Die Ansprüche an den Sozialstaat sind da und können nicht wegdiskutiert werden. Sie werden ja teilweise von den gleichen Kreisen gestellt, die auf der andern Seite lautstark nach dem Sparen rufen. So oder so werden wir also nicht darum herumkommen, eine ethischere Fiskalpolitik zu betreiben. In diesem Zusammenhang drängen sich nicht nur Steuererhöhungen bei den hohen und sehr hohen Einkommen und Vermögen, sondern auch die Harmonisierung des schweizerischen Steuersystems auf, um die Steuerflucht der Reichen zu verhindern. Schliesslich gilt es, neue Steuerobjekte zu erfassen, z. B. durch eine rigorose Abschöpfung der Grundrenten und Bodenmerkmale. Letzten Endes werden wir auch um eine Mehrwertsteuer nicht herumkommen, wobei auch hier wiederum aufzupassen ist, dass nicht die sozial Schwachen darunter zu leiden haben.

k. Herr Dr. Jäger, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.
J. Wir werden nicht darum herumkom-

rat in Steuersachen schon in der Vergangenheit für die Verteidigung von seinesgleichen eingesetzt.

● Der Letzte im Sechserteam ist der freisinnige Präsident des Zürcher Kantonsrats für 1973/74 Ulrich Bremi. Bremi, «Austöser» spe der FdJ Zürich, dürfte vor allem aus politischen Überlegungen mitgemacht haben. Er stand schon verschiedentlich - so unter anderem als Präsident des Abstimmungskomitees pro Uni Strickhof - im Rampenlicht. Er ist Verwaltungsrat der Dynarest AG, Zürich, der Chemischen Fabrik Uetikon und der Bauer AG, Zürich, bei der er einen Direktorenposten besetzt. An letzterem Unternehmen, das sich pikarerweise mit dem «Betrieb der Kassenfabrikation und verwandter Geschäftszweige» widmet, ist er auch selbst beteiligt. Bremi, der sonst eher mit liberalen Positionen hervorgetreten ist, gerät mit seinem Reineinkommen von 161 000 Fr. und seinem Reinvermögen von 723 000 Fr. auch in die Kategorie derjenigen, die mit der Reichtumssteuer schlechter wegkommen.

Zu den hier aufgeführten Beträgen ist zu bemerken, dass es sich stets um das Reineinkommen und Reinvermögen handelt, also um das Bruttoeinkommen minus alle zulässigen Abzüge. Noch komplizierter wäre es, wenn man nicht mit Sicherheit ausschliessen könnte, dass keiner der aufgeführten Unterzeichner auf irgendeine Weise Steuern zu «sparen» versteht.

Lohnendes Engagement

Zu Geldspenden ruft das Komitee die Empfänger des Briefs abschliessend auf.

Eine helvetische Identitätskrise?

Fortssetzung von Seite 3

Interessant, wenn auch nicht überraschend ist die Differenzierung in den Kreisen um Schwarzenbach. Das Image des Leaders hat seinen einstigen Glanz für viele verloren. An öffentlichen Veranstaltungen traten zunehmend seine «Freunde» auf, wobei sie seinen taktischen und inhaltlichen Vorstellungen nicht immer genau Rechnung trugen. Schliesslich kam es zu Rebellionen von lokalen Obmännern der Republikanischen Bewegung gegen ihn, wenn sein diktatorischer Führungsstil ihn zu Ordnungsmassnahmen in der eigenen Organisation verleiete. Im Nationalrat, wo er seit zwei Jahren nicht mehr der einzige Überfremdungsbekämpfer ist, sondern mit den sechs andern Republikanern und vier Vertretern der NA eine Fraktion hatte, der er allerdings präsiidierte, wurde ihm die demagogische Schau vor allem von W. Reich (Dr. jur., rep.) und H. Müller (Dr. jur., na.) gestohlen. Letzterer hat, wie Schwarzenbach, eine eigene Zeitung als Sprachrohr, das «Neue Bülacher Tagblatt».

Durch die erneute Spaltung der äussersten Rechten, die sich wohl irgendwo von der Spitze auf die Basis übertragen wird, ist das Bild der Zerplittertheit der Kräfte, die (angeblich) gegen die zunehmend mächtige Lobby von Grossunternehmern, Boden- und Finanzkapital in unserem Land ankämpfen, vervollständigt. Mit dem Divide et impera, der sorgfältigen Aufrechterhaltung des Status quo der heutigen politischen Landschaft regiert mittlerweile die «politische Oberschicht» unseres Landes relativ ungestört in ihrem Sinn weiler.

Das Ungenügen des Einzelstaates

Die Zwiespältigkeit der ganzen Fremdarbeiterpolitik von ihrem Anfang an bis zur heutigen grotesken Situation zeigt, dass die Internationalisierung des Arbeitsmarkts nicht so reibungslos zu erreichen ist wie diejenige des Güter- oder des Kapitalmarkts in guten Zeiten für die Wirtschaft, denn es geht hier um Menschen, menschliche Kontakte und besondere Konfliktquellen.

Die beste Alternative zur Auswanderung, die Entwicklung der Herkunftsges-

Kein Zweifel, dass es bei Leuten «aus Besseren Verhältnissen» auf gutes Gehör stossen wird. Eine substantielle Spende an das Komitee erweist sich unter Umständen als gute Investition. So könnte z. B. Bankier Bär dem Komitee 70 000 Fr. übergeben und müsste dazu noch nicht tiefer in die Tasche greifen als für die Bezahlung des Betrags, um den sich seine Steuerrechnung im ersten Jahr nach Einführung der Reichtumssteuer im Fall deren Annahme erhöhen würde. Das Risiko ist gleich null, also lohnt sich der Einsatz.

Zur Verbreitung seines Aufrufs benützt das Komitee eine recht raffinierte Lawinermethode. Jedem Brief sind einige Kopien sowie frankierte Umschläge beigelegt, mit der Bitte an den Empfänger, diese an seine Bekannten weiterzuleiten. Der rote Aufdruck: «Dieser an mich gerichtete Brief dürfte auch einige meiner Bekannten und Freunde interessieren. Ich empfehle eine aufmerksame Lektüre und möchte die Gedanken der Initianten unterstützen» gibt dem Brief auch gleich eine persönliche Note. Und schon vernimmt der nächste «sehr geehrte Herr»: «Wir verdanken Ihre Adresse einer Persönlichkeit Ihres Bekanntenkreises...» Das Beispiel hat inzwischen Schule gemacht: Bei der «NZZ» erhielten die Mitarbeiter eine Broschüre über «Reichtumssteuer - Dichtung und Wahrheit» zur Streuung im Bekanntenkreis. Auch mit frankierten Umschlägen. Herausgegeben von einem «Komitee für eine vernünftige Steuerpolitik». Dahinter stehen teilweise die gleichen Leute, die sich schon so vehement für eine gesunde Finanzpolitik eingesetzt haben.

Barbara Stein

biete der Fremdarbeiter (Maschinen zu den Menschen, statt Menschen zu den Maschinen), scheidet an der Dynamik des Kapitalismus, der die einmal höher entwickelten Gebiete tendenziell immer wieder bevorzugt und relativ schneller entwickelt, was auf Kosten der übrigen Regionen geht. Dagegen könnte nur eine internationale, die Regionalpolitik erfolgreich sein, diese kapitalistischen «Entwicklungsgesetze» aufhebt, was aber nicht systemkonform ist.

Spätestens an diesem Punkt müssen wir unser Verhältnis zur europäischen Eingung kritisch überprüfen. Von den EG wissen wir, dass sie durch die Vereinheitlichung des Arbeitsmarktes in ein gleiches Dilemma zwischen Humanität und Systemerfordernissen gekommen sind. Die europäische Regionalpolitik scheiterte bisher daran, dass die reicheren Länder ihr Geld dafür brauchen, die Kompetenzprobleme zur Auswanderung in ihren Ländern zu lösen: die Folgen des nicht zuteil auch von Gastarbeiterbeschäftigung gestützten enormen Wachstums wie Inflation, Ökologiekrisen, Wohnungsnot, Verkehrsprobleme, Umstrukturierungen, neue soziale Spannungen usw.

Die Schweiz nimmt Teil am europäischen «Supermarkt», leidet aber die aktive Mitarbeit und Mitverantwortung beim Ausbau der europäischen Strukturen in der nicht wegdiskutierenden Schicksalsgemeinschaft ab. Die Grenzen der Eigenbrötelei des Kleinstaatens zeigen sich aber besonders, wenn nebst dem national-wirtschaftlichen auch ein gesellschaftlicher Fortschritt verlangt wird. So gesehen, befriedigt keiner der heute angebotenen Lösungsvorschläge vor allem auch nicht der Kurs des Bundesrats mit der Konzentration auf eine «konsequente Fortsetzung und Verschärfung der bisherigen Stabilisierungspolitik», wodurch die alten Schemata nicht überwunden, sondern noch zementiert werden. Man schaut auch mit einiger Skepsis der Revision des ANAG (Ausländeraufenthalts- und Niederlassungsgesetz) entgegen, die zwar überfällig ist, aber bei der heutigen Konstellation und der auffälligen Eile keine bahnbrechenden Neuigkeiten erwarten lässt. Obwohl wesentlich ersatzfähiger und menschlicher im Grundgedanken, haften auch der neuesten Initiative (für eine neue Ausländerpolitik) noch die verständlichen, situationsbedingten Rücksichten auf realpolitische Argumente an. Sie ist aber der erste Lichtblick im Fremdarbeiter-tunnel der siebziger Jahre.

Silvio Ronzani

konzept

Abonnement: Pro Jahrgang Inland Fr. 12.-, Ausland Fr. 14.-, Abonnemente laufen jeweils vom Januar bis Dezember. Die nächsten 16 Nummern (bis Dezember 1975) Fr. 17.- (Ausland Fr. 20.-).

Talon in mit 30 Rappen frankiertem Couvert einenden an: Administration «konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich

Herr/Frau/Fräulein (Nichtzutreffendes streichen)
Name, Vorname: _____
Strasse, Nr.: _____
PLZ, Ort: _____
Abonniert ab sofort «konzept» bis Dezember 1975.
Datum: _____ Beruf: _____

Ich kam in Besitz dieser «konzept»-Nummer über einen Bekannten*/durch Zusendung*/Kiosk*. Die Nummer war aufgelegt oder wurde verteilt an folgendem Ort*:

Schicken Sie bitte eine Gratisprobenummer an folgenden Bekannten: k 74/6



Lesen in die Bude bringen.

Ganz recht, ab und zu braucht es einfach etwas Lesen in der Bude. Schicken Sie mir bitte den Tages-Anzeiger samt Magazindrei Wochen lang gratis.

Ich möchte ein Abonnement für den Tages-Anzeiger und sein Magazin. (Die ersten drei Wochen sind gratis.)

Die Abonnementspreise sind:

Fr. 5.- statt Fr. 7.10 für 1 Monat Fr. 28.30 statt Fr. 40.45 für 6 Monate
 Fr. 14.30 statt Fr. 20.45 für 3 Monate Fr. 58.- statt Fr. 80.- für 12 Monate

Name: _____

Fakultät: _____

Semester: _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Coupon bitte einsenden an:

Tages-Anzeiger, Vertriebsabteilung, Postfach, 8021 Zürich

7208

Tages-Anzeiger
Freut Euch des Lesens.